

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-  
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7879  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Insetate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr  
 vormittags geöffnet.

Korrespondent: Kauf 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 5. Oktober 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Die Ursachen der Unfälle.

Von verschiedenen Seiten hat man es unternommen, festzustellen, an welchen Wochentagen und zu welchen Tageszeiten sich hauptsächlich Unfälle in gewerblichen Betrieben ereignen, und man glaubte damit einen Fingerzeig zur besseren Verhütung derselben zu erhalten. Der jüngste solche Versuch ist von dem Gewerbeamt für Unterelbischer Regierungsrath Dr. Wolff in Straßburg in seinem Jahresbericht für 1897 gemacht worden, der 1071 angezeigte Unfälle nach Wochentagen und Tagesstunden in Tabellen zusammengestellt hat, die uns momentan nicht zur Hand sind. Wolff hat aus denselben gefolgert, daß Montag und Freitag die meisten Unfälle vorkommen, weil am Sonnabend und Sonntag resp. Donnerstag die Trinkhäuser gefüllt sind, und daß am Dienstag die wenigsten Unfälle vorkämen, „weil an keinem Wochentage die Wirtschaften abends so leer sind, als Montags“. Was die einzelnen Tagesstunden betrifft, so glaubt Wolff gefunden zu haben, daß die Stunden nach der Frühstücks-, Mittags- und Vesperpause eine Zunahme der Unfälle zeigen. Er schreibt dies der Erschlaffung der Nerventätigkeit und Muskelkraft während der dann erfolgenden Verdauung und den bei den Mahlzeiten genossenen Spirituosen, Bier eingeschlossen, zu. Daß während der Verdauung eine Erschlaffung der Nerventätigkeit und auch der Körperkraft eintritt, und daß dadurch Unfälle bei gefährlichen Arbeiten während der Verdauung veranlaßt werden können, darin wird Wolff gewiß recht haben. Dies beweist jedoch nur, wie notwendig es ist, die Espausen nicht zu kurz zu bemessen. Schon eine Zugabe von einer Viertelsunde ist hierbei von großem Einflusse, und die „Soziale Praxis“ schreibt sehr richtig, daß von zwei Betrieben mit gleicher Arbeitszeit und fast gleichen Einrichtungen der, der eine viertelstündige Vor- und Nachmittags-

pause giebt, mehr Unfälle und mehr Schwere haben wird, als der, der eine halbstündige Vor- und Nachmittagspause giebt. Daß der Genuß von Spirituosen während der Espausen übrigens so groß sei, daß dadurch auch zur Herbeiführung von Unfällen beigetragen würde, dafür ist Wolff den Beweis schuldig geblieben. Die Vorstellungen sind in dieser Beziehung vielfach übertrieben. Steinträger, Maurer und Zimmerleute gelten zum Beispiel als starke Konsumenten von Spirituosen in den Espausen. Nun, Schreiber dieses hat oft Gelegenheit gehabt, mit diesen Arbeitern in den Pausen zu verkehren und muß demzufolge erklären, daß sie im allgemeinen, namentlich in den Mittags- und Vesperpausen sehr wenig Spirituosen genießen, sondern viel lieber in der Mittags- oder Vesperpause eine Tasse Kaffee trinken, wenn sie dieselbe in der Nähe bekommen können, und nur, wenn dies nicht der Fall ist, zu Bier oder Branntwein greifen. Aufgabe der Gegner des Alkoholgenusses, dessen Schädlichkeit in vielen Fällen gar nicht bestritten werden soll, ist es deshalb, nicht nur für angemessene Verlängerung der Pausen — nicht unter einer halben Stunde —, sondern auch für Beschaffung von unschädlichen und der Jahreszeit entsprechenden Erfrischungsmitteln, wie Kaffee, gutes, kühles Wasser und Zitronenlimonade zu sorgen, welche letztere im Sommer besonders zu empfehlen ist.

Schon in den vorhergehenden Jahren sind u. a. von der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie und von den Gewerbe-Aufsichtsbeamten der Bezirke Schwaben-Neuburg, Döbeln, Bausen, Jittau, Chemnitz, Annaberg, Koburg-Gotha und Weimar die Unfälle der letzten Jahre nach den Wochentagen von den betreffenden Beamten in Tabellen zusammengestellt worden, die wir nachstehend wiedergeben. Sie haben aber zu sehr verschiedenen Resultaten geführt, die auch in ihrer Gesamtheit mit denen von Wolff nicht übereinstimmen.

### Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie.

	Schwaben-Neuburg				Döbeln			Bausen		Jittau		Chemnitz	Anna-berg	Sachsen-Koburg-Gotha	Sachsen-Weimar
	1892	1894	1895	1896	1894	1895	1896	1894	1895	1895	1896	1895	1896	1896	
Sonntag	184	15	19	15	14	9	6	3	6	7	10	3	5	3	15
Montag	750	152	137	148	70	59	46	46	54	34	49	59	24	65	60
Dienstag	708	172	169	176	50	53	65	61	64	38	58	55	34	33	83
Mittwoch	790	130	168	161	46	53	63	55	50	44	62	68	26	38	71
Donnerstag	724	151	168	153	45	59	73	58	36	58	55	51	30	43	65
Freitag	718	157	196	174	50	68	72	57	57	51	57	75	32	44	78
Sonnabend	794	174	171	222	61	62	63	50	52	69	62	80	27	43	81
Unbestimmt	87	33	—	31	—	—	—	—	—	—	6	—	—	6	11

Hiernach fallen sowohl die wenigsten wie die meisten Unfälle nicht nur in den verschiedenen Bezirken, sondern auch in denselben Bezirken in den einzelnen Jahren auf verschiedene Tage. Die Ursachen, welche nach Wolff für die einzelnen Tage maßgebend sein sollen, können also nur in sehr beschränktem Maße wirken. Auch wenn man die genannten Bezirke zusammenzählt, wodurch man größere Zahlen erhält, fallen auf

Sonntag Montag Dienstag Mittwoch Donnerstag Freitag Sonnabend  
 314 1792 1902 1823 1767 1886 2011  
 Unfälle.

Die höchste Unfallzahl hat hiernach entschieden der Sonnabend. Sein Uebergewicht kommt durch die Zahl sogar noch nicht völlig zum Ausdruck, weil dieser Tag allgemein weniger Arbeitsstunden hat, als die anderen Wochentage. Das Bausen der laufenden Maschinen, das ja noch vielfach trotz Verbot der Behörden aber oft auf ausdrückliches Verlangen des Arbeitgebers erfolgt, verursacht wohl an diesen Tagen eine Reihe von Unfällen, aber die Hauptursache derselben ist doch die Ueberanstrengung und Erschlaffung der Arbeiter im Laufe der Woche, die sich am Ende derselben geltend macht. Rächst dem Sonnabend zeigen Dienstag und Freitag die meisten Unfälle und Montag die wenigsten, was gar nicht mit Wolffs Beobachtungen übereinstimmt. Dabei soll gar nicht behauptet werden, daß ein Einfluß des Genußes von Spirituosen auf die Anzahl der Unfälle gar nicht vorkommen. Aber er selbst ist meist eine Folge der überlangen Arbeitszeit und der Ueberanstrengung. Durch diese Erschlaffen die Muskeln der Arbeiter und erlahmen die Nerven in einer Weise, daß um nicht nach Beendigung der Arbeit sich wie das Vieh auf das Lager legen und geistig ganz zu verflümmern, sie zu einem Reizmittel greifen müssen. Nicht der Wohlgeschmack des Branntweins ist es, der die Arbeiter nach Beendigung der Arbeit in die erste beste Schonwirthschaft treibt, sondern das Bedürfnis, seine Nerven und das Gefühl der Ermüdung zu betäuben. Verlängert man die Pausen und verkürzt man die Arbeitszeit, so fällt die Hauptveranlassung zum häufigen Genuß von Spirituosen während und nach der Arbeit fort. Daß diese Abspannung am Ende der Woche am größten ist, liegt an der Hand. Wenn die Arbeiter die ganze Woche nicht nur Arbeitsvieh sind, wenn sie nicht jeden Tag todtnüde beim Schlafengehen sind, so fällt es ihnen gar nicht ein, am Ende der Woche und Sonntags sich ihrer Freiheit nur dadurch bewußt zu werden, daß sie sich dem Alkoholgenuß in irgend einer Form als Sorgenbrecher hingeben. Ein Menschenfreund, dem es wirklich darum zu thun ist, die Arbeiter dem Branntweingenuß zu entziehen, sollte sich daher nicht, wie Dr. Wolff, damit begnügen, die Einschränkung des Alkoholgenusses in jeder Form zu empfehlen, sondern sollte lieber auf Verkürzung der Arbeitszeit und auf Verlängerung der Pausen bedacht sein. Das wäre wirksamer. Mit jeder Verkürzung der Arbeitszeit geht stets eine Abnahme des Genußes von Spirituosen Hand in Hand. Als in der großen chemischen Fabrik von Brunner, Mond u. Co. in Rangsherr hat der bis dahin üblichen 12 stündigen Arbeitszeit die 8 stündige unter Verbeibehaltung der bisherigen Lohnsätze eingeführt wurde, nahm der Konsum von Spirituosen in den Kantinen der Werke in 1 1/2 Jahren um 20 pCt. ab. Wo die Arbeitszeit am längsten und die Pausen am kürzesten sind, da fühlt sich der Arbeiter am meisten gedrängt, zu einem Reizmittel zu greifen, um das Müdigkeitsgefühl zu unterdrücken, besonders wenn diese lange Arbeit auch körperlich sehr anstrengend ist. Gerade die heutige Fabrikarbeit veranlaßt vielfach die Entstehung der Trunksucht. Früher, als Handarbeit vorwaltete, wurde weit gemäßigter genascht. Denn muß der Arbeiter in vielen Fällen mit einer Maschine in gleichem Tempo arbeiten. Die Maschine ermüdet nie, wenn sie

genügend geheizt und geschmiert wird; aber der Arbeitgeber hat ein bedeutendes Kapital in sie gesteckt. Deshalb sucht er sie möglichst auszunutzen, sie in möglichst schnellem Gang zu bringen und möglichst lange in demselben zu erhalten. Der Arbeiter ist aber kein Mechanismus; nach einer gewissen Arbeitszeit ermüden seine Nerven, erschaffen seine Muskeln und verlangen nach Ruhe zur Ansammlung neuer Kräfte. Ist er nun trotzdem gezwungen, die Arbeit fortzusetzen, so muß er zu Reizmitteln greifen. Vielfach veranlassen ihn auch verdorbene oder mit Staub erfüllte Luft dazu. Aber die dadurch erlangte Spannkraft seiner Nerven ist keine sichere, sondern künstlich aufgestachelte, so wird er jetzt vielmehr von Unfällen betroffen, als der nicht ermüdete und nicht künstlich gereizte menschliche Organismus. Daher kommen dann in gefährlichen Betrieben die Unfälle um so eher vor. Diese größere Gefahr bei überlanger Arbeitszeit und Ueberanstrengung bestätigt auch der Gewerbebericht von Rosnowski in Weisburg, der Seite 220 des Jahresberichts für 1897 schreibt: „Je anstrengender an und für sich die Arbeit ist, um so früher wird sich der Einfluß der zu langen Arbeitsdauer bemerklich machen. Achtstündige Arbeitszeiten, wie sie in diesen Betrieben (Sägewerken) theilweise vorkommen, müssen entschieden als schädlich bezeichnet werden. Wie sehr eine solche den Organismus der Leute angreift, geht schon daraus hervor, daß die späteren Arbeitsstunden des Vor- und Nachmittags, sowie der Sonnabend Nachmittags infolge der körperlichen und geistigen Ermüdung mit einer über das Durchschnittmaß weit hinausgehenden Zahl von Unfällen belastet sind.“ Das zeigt sich namentlich bei flotten Geschäftsgängen am deutlichsten, wie auch der Bericht aus Oberschlesien bestätigt. So erhöht wohl flottes Geschäftsgang für den Arbeitgeber den Gewinn, aber für den Arbeiter in erster Linie die Gefahr, zu verunglücken (und zu erkranken), seinen Lohn steigert er nicht so sicher. Neben der mit flotten Geschäftsgänge vielfach verbundenen Ueberanstrengung verurteilt, wie Gewerbebericht Theobald in Düsseldorf im Jahresbericht für 1897 Seite 428 bestätigt, die Neueinstellung einer großen Zahl ungeschulter Arbeiter die Vermehrung der Unfälle. Es hatten sich in diesem Jahre speziell in der Eisenindustrie dieses Bezirks die Unfälle um 15,3 pCt. vermehrt, während die Vermehrung der Arbeiter in dieser Zeit nur 11,3 pCt. betrug. Auch Gewerbebericht Grunewald in Hildesheim erklärt Seite 278 des Jahresberichts für 1897: „Die Beobachtung, daß die Einstellung von ungeschulten Arbeitskräften die Unfallziffer besonders ungünstig beeinflusst, findet im Inspektionsbezirk Hildesheim wiederum ihre Bestätigung, wo in einem Hüttenwerk die Zahl der Arbeiter um 26 pCt. die Zahl der Unfälle gleichzeitig um 45 pCt. gestiegen ist. Die Unfälle, welche eine Erwerbsunfähigkeit von mehr als 13 Wochen im Gefolge hatten, haben sich nur von 399 auf 404 vermehrt, dagegen sind 32 Todesfälle gegen 19 im Jahre 1896 zu verzeichnen.“ Auch Gewerbebericht Hirsch in Magdeburg weist Seite 208 des Jahresberichts für 1897 darauf hin, daß viele Unfälle von der Dauer der Arbeitszeit abhängig sind. Schon in den amtlichen Mittheilungen für 1896 erklärte Seite 470 der Bericht für Oberbahren: „Eine Reihe von Unfälle im Berichtsjahr sind lediglich dem Umstande zuzuschreiben, daß die Auswahl des Personals eine ungeeignete war, daß dasselbe nicht in der erforderlichen Weise auf die Betriebsgefahren vorher aufmerksam gemacht wurde, daß insbesondere eine ganz ungehörige Verwendung jugendlicher Personen an Maschinen stattfand u. a. m. Nicht wenige Unfälle hängen sicherlich auch mit der Alfordbahrung zusammen, welche den Arbeiter zur raschen Verhütung seiner Leistungsfähigkeit anspornt, während gewisse gefährliche Vorrichtungen in höherer Nähe Ruhe und Bedachtsamkeit erforderlich machen.“

Wir ersehen aus alledem, daß nicht der Alkoholgenuß an sich

die Ursache der Unfälle ist, daß sein Einfluß vielfach übertrieben wird, daß er selbst aber, soweit er vorhanden ist, ebenso wie die Unfälle, eine Folge zu kurzer Arbeitspausen, zu langer Arbeitszeit und zu großer Ueberanstrengung ist. Man wachte danach, die Pausen zu verlängern, die Arbeitszeit zu verkürzen, keine ungeeigneten Arbeiter einzustellen, resp. die eingestellten genügend anzuzuwachen und zu beaufsichtigen, und man wird nicht nur sicher eine Verminderung der gewerblichen Erkrankungen, sondern auch der Unfälle herbeiführen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Oktober.

**Der Wahlausruf der freikonservativen Partei** zu den preussischen Landtags-Wahlen ist erschienen und sucht sich durch eine Reihe wunderschöner Phrasen bei denjenigen groß-bourgeois-freiwirtschaftlichen Schichten, die für diese reaktionäre Reichthums-Partei Interesse haben, in guten Geruch zu setzen. Aus dem Ausrufe heben wir hervor:

„Fester Zusammenschluß aller staatserkaltenden Elemente“ auf dem Boden starker monarchischer Institutionen, Sammlung der patriotischen Männer von rechts und links, Abwehr gegen sozialistische, radikale und rückschrittliche Bestrebungen, kräftiges Eintreten für die Beseitigung wirklicher Mißstände, stetige und gedeihliche Fortentwicklung unseres Staatslebens in den guten Traditionen bürgerlicher Freiheit und fester staatlicher Ordnung, Förderung jedes Kulturfortschrittes, gleichmäßige Pflege aller Zweige des heimischen Erwerbslebens, das Vaterland über die Partei, das Gemeinwohl über die Sonderinteressen.“

Die Herren Stumm, Camp, Kardorff, Jellisch-Neukirch u. suchen auch in den Reihen des bürgerlichen und bäuerlichen Mittelstandes starke Anhängererschaft zu werben.

Wir wollen nur noch die von den „sozialrevolutionären Bestrebungen“ handelnde Stelle hier wiedergeben:

Aber gerade im Interesse der bürgerlichen Freiheit verlangen wir wirksame Schutzwehren gegen den Mißbrauch der staatsbürgerlichen Rechte zu sozialrevolutionären Bestrebungen, welche sich gegen die Monarchie, unseren Staat und seine Verfassung selbst richten und zugleich den Nährboden für die Verirrungen und Verbrechen des Anarchismus bilden. Die Bekämpfung der sozialrevolutionären Bestrebungen mit allen geistigen Waffen, aber auch mit den Nachmitteln des Staates, ist die große Aufgabe unserer Zeit. Mit ihr Hand in Hand gehen muß aber die stetige Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen.

Schutzwehren gegen den Mißbrauch staatsbürgerlicher Rechte, — das heißt: Beschränkung des Reichstags-Wahlrechts; Nachmittel des Staates gegen die sozialrevolutionären Bestrebungen, — das heißt: Vereinsgesetz, Umsturzvorlage, Zucht- und Gefängnisgesetz! — Nun, die freundlichen Absichten des Herrn Stumm und seiner Partei sind ja genugsam bekannt. Und diese Bekämpfung jener Bestrebungen in der deutschen Bevölkerung wird hoffentlich die Ursache für ein klägliches Fiasko der Stumm'schen Partei bei den Landtagswahlen sein.

**Den österreichisch-ungarischen Ausgleich** möchten die Minister beider Reichshälften am liebsten ohne parlamentarische Einmischung des österreichischen Abgeordnetenhauses regeln. Sowohl das österreichische, wie das ungarische Kabinett rechnen bestimmt auf die Obstruktion im Wiener Reichsrathe. Nun diese infolge der Anregung der Sozialdemokraten aufgegeben wurde, soll sie durch Provokationen stärkster Art von der Majorität erzwungen, hierauf das österreichische Parlament verlagert und dann der Ausgleich auf Grund des § 14 der österreichischen Verfassung unter Umgehung des Parlamentes beschlossen werden. Ueber den Preis, der für diese selbstmörderische Aktion der Majorität der österreichischen Volksvertretung gezahlt werden soll, verläutert folgendes. Das Ministerium Thun wird rekonstruiert und zu einem reinen Ministerium der jugoslawisch-polnisch-feral-kerischen Koalition umgebildet. Das von dem liberalen Baernreither bisher verwaltete Handelsministerium soll ein polnischer Agrarier, das Kultus- und Unterrichtsministerium der kerische Deutsch-Tyroler Dipauli erhalten und die Jungeschehen, die ihren Kaiser schon im Kabinete haben, sollen in Mähren eine czechische Universität und ein czechisches Polytechnikum erhalten. Die Demission Baernreither's ist heute angenommen. Der Aushandlung konnte somit beginnen, wenn die Opposition ungehindert genug sein sollte, der Majorität ihr sivoles Spiel zu erleichtern.

### Deutsches Reich.

**Als der Erlass des Ministers Voffe** bekannt wurde, nach welchem Personen, welche der sozialdemokratischen Partei angehören oder sich als Anhänger oder Förderer derselben betheiligen, weder in städtische Schuldeputationen, noch auch in Schulvorstände als Mitglieder eintreten dürfen — ein Erlass, der die Berufung Singer's in die Schuldeputation vereiteln sollte, erklärte der „Vorwärts“: „Es giebt kein Gesetz, welches eine Beseitigung der Sozialdemokraten an öffentlich-rechtlichen Institutionen anordnet.“ Die „D. S. T.“ erkannte in einem Artikel, der seinen Weg durch die Provinzpresse gefunden, die Nichtigkeit dieser Behauptung an. Statt aber daraus den Schluß zu ziehen, daß der Voffe'sche Erlass ungesetzlich und deshalb nicht gültig sei, fordert sie mit frecher Stirn, daß die vom „Vorwärts“ bemängelte Fiktion unserer Gesetzgebung“ ausgefüllt werde. Und mit dankenswerther Offenheit führt sie aus, welche Stellen nach ihrem Ermessen den Sozialdemokraten verschlossen bleiben sollen. Stadtverordnete sollen künftighin Sozialdemokraten noch werden können, aber „an der kommunalen Verwaltung selbst sollen sie nicht theilnehmen dürfen.“ Als Schöffe oder Geschworener

hat, bei der dreifachen Siebung der in betracht kommenden Personen, wohl noch nie ein Sozialdemokrat bei der Rechtsprechung mitgewirkt. Es ist deshalb ganz einleuchtend, wenn die D. V. C. die Bekämpfung dieser Posten den Sozialdemokraten auch gesetzlich verbieten will. Was aber soll man dazu sagen, wenn die D. V. C. sich schließlich dazu versteigt, eine gesetzliche Bestimmung zu fordern, wonach Sozialdemokraten nicht Mitglieder im Gewerbeamt sein dürfen? So unglücklich dieser Satz klingt, die D. V. C. spricht ihn allen Ernstes und mit größtem Nachdruck aus. Sie schreibt:

Schließlich würde es mit dem Ehrenamt als Geschworene, als Schöffen, als Mitglieder der Gewerbeämter zu halten sein. Diese sind zur Mitwirkung bei der Rechtsprechung berufen, welche im Namen des Königs geschieht. Ihre Mitwirkung erfolgt also in Ausübung vom Staate delegierter obrigkeitlicher Funktionen, sollte also Sozialdemokraten aus den von Herrn Vosse sehr folgerichtig entwickelten Gründen verweigert werden. Die „Macht“ der Sozialdemokratie beruht sehr wesentlich darauf, daß ihre Führer in den Augen der Menge mit jenem Nimbus bekleidet sind, welcher aus der Uebertragung obrigkeitlicher Funktionen an Privatpersonen resultiert. Man wird also die Rechtsstellung der Sozialdemokratie brechen, wenn man ihre Mitglieder dieses Nimbus entkleidet, und da solches, ohne die aktive und passive politische Wahlfähigkeit zu berühren, geschehen kann, würde nicht zu verfehlen sein, weshalb das, was Herr Vosse für sein Nestort im Verordnungswege als Norm ausstellen konnte, nicht für alle anderen Nestorts gesetzlich festgelegt werden sollte.

Das wären gesetzliche Annahmestimmungen allerhöchster Art sein, wie sie nicht einmal das Sozialistengesetz kannte. Aber wer die preussische Reaktion kennt, wird kaum bezweifeln, daß die preussische Regierung mit einer konservativen Mehrheit auch diesen Schritt thun würde. In ihrem Uebermuth scheuen die Konservativen nicht davor zurück, die Gefahren einer konservativen Majorität den Arbeitern auf jede Weise klar zu machen.

Die Prekorruption wird seit langem wieder einmal in der bürgerlichen Presse ganz vornehmlich anfänglich eines Einzelfalles erörtert. Wir haben über denselben vor mehreren Monaten schon ausführlich und auch in den letzten Tagen berichtet, trotzdem hat das Organ für die Bekämpfung von Thronstuhls-Tantoms, die „Deutsche Tageszeitung“, die Strafen zu behaupten, wir hätten es ängstlich vermeiden, den Fall zu erwähnen. Schon unsere ganze Haltung der Prekorruption gegenüber hätte das würdige Blatt abhalten sollen, eine solche Behauptung aufzustellen. Der „Vorwärts“ hat mehr Material gegen die Prekorruption zusammengetragen, als die ganze übrige Berliner Presse.

Wir würden auf den zuletzt bekannt gewordenen Fall Dumy nicht noch einmal zurückkommen, wenn die Haltung der „Voss. Ztg.“ nicht dazu herausforderte. In dem Blatte, das sich auf seine Reputationslosigkeit so viel zu gute thut, wird seit einigen Tagen behauptet, der pp. Dumy sei sofort entlassen worden, als seine Beziehungen zu Bankhäusern bekannt geworden waren. Bevor in den Spalten der Presse der Fall breiter erörtert wurde, bestritt die Redaktion der „Voss. Ztg.“, daß Herr Dumy Verhältnis zur Tante Voss deshalb gelöst wurde. Man gab rein private, mit der journalistischen Thätigkeit des Herrn anher jeder Beziehung stehende Gründe hierfür an. Ja, als vor wenigen Wochen ein ehrenrühriges Verfahren gegen den früheren Redakteur der „Voss. Ztg.“ eingeleitet wurde, war die große Redaktion der „Voss. Ztg.“ mit ihren Affilierten selbst solchen aus dem Auslande, zur Stelle, um für Herrn Dumy einzutreten. Und der Oberredakteur der „Voss. Ztg.“, Herr Stephan, bemühte sich in längerer Rede, die Unschuld, Charaktereinheit und journalistische Ehrenhaftigkeit des ehemaligen Kollegen zu erweisen. Und nun wird dem blöden Publikum erklärt, Herr Dumy ist wegen seiner Väterbeziehungen entlassen und hat sich zum Mitschuldigen des Dumy gemacht.

Die „Voss. Ztg.“ hat in diesem Falle keinen Beweis ihrer puritanischen Keuschheit erbracht, sie hat sich zum Mitschuldigen des Dumy gemacht. Als Herr Stephan Herr Dumy verteidigte, gab er dessen Beziehungen zu verschiedenen großen Berliner Banken und Bankiers zu, aber er erklärte diese Beziehungen für legitime, die journalistische Unabhängigkeit nicht tangierende. Aber selbst wenn Herr Dumy lediglich tendenziöse statistische Arbeiten für die Distriktsverwaltung, das Haus Reichardt er. gemacht haben sollte, so wäre er doch um seine Unabhängigkeit als Vorkorredakteur gekommen. Der Mann mit großen gesellschaftlichen Verpflichtungen, der von der „Voss. Ztg.“ nicht so bezahlt wurde, daß er auf Nebenverdienst verzichtete, daß er der Verhütung leicht entgegen konnte, mußte sich bei jeder Zeile, die er schrieb, sagen, unterdrücke lieber Dinge, die den dich beschäftigenden Banken unbedenklich sein können, denn sonst entziehen sie dir dein Nebenkommen, das du nicht entbehren kannst, weil die Millionäre, die die „Voss. Ztg.“ besitzen, dich nicht anständig genug bezahlen. Herr Dumy, früher am Vorkorredakteur der Berliner Neuesten Nachrichten, des Organs der schlesischen Kohlenmagnaten, thätig war, bekam dort ein Gehalt von — 2000 M. Dort, bei dem der „Deutschen Tageszeitung“ so nahestehenden Blatte hat er von den verbotenen Früchten der Vorkorruption zuerst gekostet. Wir beurtheilen das entschieden. Aber weit verwerflicher als der arme Schächer, sind die Millionäre, die den armen Schriftsteller andenten und ihn auf das Feld der Unehre mit der Hungerpeitsche hegen.

Ein militärischer Geheimniss nicht ganz uninteressanten Inhalts fand sich ohne jegliche Bemerkung in Redaktions-Briefkasten der „Münchener Post“. Das Blatt bemerkt dazu: Wir nehmen an, daß der uns unbekannt Ueberbringer die Veröffentlichung des Schriftstückes in der „Münchener Post“ angestrebt hat und stehen nicht an, diesen unangewiesenen Wünsche nachzukommen.

Der Akt hat folgenden Wortlaut: München, 20. Juni 1898.

Rr. 94 g.  
R. V. I. Armeekorps  
Korpsarzt. Geheim.  
Betreff: Einhaltung des Dienstes.

Nr. 94 g. vom 15. ds. Nr. 163 g. wurde nachstehender R. V. E. vom 11. ds. Nr. 7090 zur Kenntniss gebracht.

Zu jüngster Zeit fanden persönliche Interessen von Offizieren sowie von Beamten der Militärverwaltung sowohl in der Presse wie durch Mitglieder der Kammer der Abgeordneten wiederholt eine Vertretung, die auf unmittelbare Anregung seitens Angehöriger des Offiziers- und Beamtenstandes der Armee schließen läßt.

Dieses Verfahren steht mit den Allerhöchsten Vorschriften, nach denen die Anbringung aller Bitten, Gesuche und Beschwerden ausschließlich auf den Dienstweg verwiesen ist, in Widerspruch und muß die ernsteste Mißbilligung des Kriegsministeriums finden.

Zugleich erscheint die Vertretung solcher Nebenwege mit der Standeswürde der Offiziere, Sanitätsbeamten und Beamten unvereinbar, welche von der besten Ueberzeugung getragen sein sollten, daß ihre persönlichen Interessen nirgends eine wohlwollendere Förderung und thätigere Unterstützung finden, als bei den berufenen Vertretern des Standes, den militärischen Vorgesetzten.

Wenn in einzelnen dem Kriegsministerium bekannt gewordenen Fällen eine unmittelbare Transparenznahme anderweitiger Vertretung nicht erfolgt sein sollte, so scheint doch durch den öffentlichen Verkehr die allgemeine Aufmerksamkeit auf die bestehenden Wünsche gelenkt und letztere hierdurch der Presse und der Volksvertretung zugänglich geworden zu sein.

Wird von den Angehörigen der Armee verstanden, persönliche Verhältnisse und Wünsche in der Öffentlichkeit und vor unbedenklichen Zeugen zu besprechen, so werden die Fälle selten werden, daß Fernstehende zu einer Mißleistung sich bemühen, die weder das allgemeine Ansehen des Standes zu heben, noch die Interessen der einzelnen zu fördern geeignet sind.

Das Kriegsministerium darf der gefälligen Unterstützung der Kommandostellen und Behörden gewärtig sein, daß in dieser Richtung auf die unterstellten Offiziere, Sanitätsbeamten und

Beamten belehrend gewirkt und hierdurch eine Wiederholung bezogter Vorkommnisse nach Möglichkeit hintangehalten werde.

Dies wird mit dem Ertraben ergebenst bekannt gegeben, Gegenwärtiges bei den Ueberwachenden Sanitätsbeamten und Garisondienstleistungen für Kenntniss und Abwehrnahme gefälligst in Umlauf zu setzen.

Der Korps-Generalarzt.  
(gez.) Dr. Vogl, Generalarzt.

Die „Münchener Post“ bemerkt dazu: Wie wahr's denn, wenn man der Presse ein und für allemal verbieten und den Mitgliedern der Kammer bei ihrem Abgeordneten-Eid untersagen würde, in militärischen Dingen je etwas Anderes als das lieblich klingende J—a von sich zu geben?

Die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Militärvereine wird in der schärfsten Oberaufsicht in ebenso ausgiebiger, wie lächerlicher Weise betrieben. Die lustlosmüthige „Jüttauer Morgen-zeitung“, die bei der letzten Reichstags-Stichwahl zwischen einem bündnerischen Nationalliberalen und dem Sozialdemokraten den freisinnigen Wählern empfahl: „Wählt das kleinere Uebel“, hat an ihrem Verbreitungsbezirk eine große Anzahl sogenannter Wochen-Ausgabenstellen errichtet. Unter den Inhabern solcher Ausgabenstellen befindet sich auch ein Vorstandsmittelglied des Militärvereins. Dieser erhielt nun ein vom Vorstande des Bezirksvereins des Königlich-schlesischen Militärvereins-Bundes, Premierlieutenant C. Paenitz in Groß-Saßna unterzeichnetes, vom 13. September datirtes und mit „Vertraulich“ bezeichnetes Schreiben. Herr Paenitz fragt, bezugnehmend auf eine mündliche Unterredung, bei dem Adressaten an, ob er entschlossen sei, die Ausgabenstelle aufzugeben. Er müsse ihn dazu auffordern, weil es nach der ganzen Haltung des Blattes, nicht nur bei der letzten Stichwahl, sondern überhaupt, mit der Mitgliedschaft eines königlichen Militärvereins, besonders aber mit dem Amte eines Vorstehenden eines königlichen Militärvereins schwer vereinbar sei, in irgend einem Verhältnisse zu dieser Zeitung zu stehen. Der Adressat werde nach Lage der Dinge selbst entscheiden, daß diese Aufforderung nichts Unbilliges fordere. Von demselben Bezirksvorstehenden ist dem gedachten Verein direkt verboten worden, in der freisinnigen Zeitung zu inseriren. Man sieht also, daß diese Herren, die geneigt sind, gegen jede Berufserklärung, wenn sie von Arbeitern ausgeht, mit den schwersten Strafen einzuschreiten, selbst einen regelrechten Boykott inszeniren. Die arme freisinnige Zeitung, die nun für die Sünden der Sozialdemokratie büßen muß!

Die hurrahpatriotische Hag gegen die oppositionell gestimmten Elemente in den deutschen Kriegervereinen ruft bereits eine natürliche Reaktion auf Seiten der einsichtigeren Leute unter den „Staatsbehaltenden“ hervor, die sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß alle jene Maßregeln der Achtung und Ausschließung politisch Andersdenkender das Uebel, das man bekämpfen will, nur verschlimmern und in ihrem Endeffekt zu einer schweren Schädigung der „patriotischen“ Vereine selbst führen müssen. In der regierungsoffiziösen „Straßburger Post“ wendet sich ein „alter Offizier“ gegen das politische Spionagesystem in den Kriegervereinigungen, die doch vor allem militärischer aber nicht politischer Art sein sollten. Der Mann hat zwar nichts dagegen einzuwenden, daß sich die Kriegervereine der Sozialdemokraten mit allen Mitteln zu erwehren suchen, weil diese kein Vaterland anerkennen, jeglicher Monarchie dauernde Feindschaft geschworen und die Souveränität des Volkes (schrecklich) auf ihre Fahne geschrieben haben. Dagegen erblickt er in dem Vorgehen einiger preussischer Landräthe, die sich bereits nach den freisinnigen Mitgliedern in den Kriegervereinen erkundigten, eine Maßregel, die die Festigung der Kameradschaft zur notwendigen Folge haben und den Verfall dieser vaterländischen Vereine nach sich ziehen müßte. Der „alte Offizier“ ruft schließlich die Bundesbehörde der deutschen Kriegervereine auf, gegen „derartig übertriebene Nachforschungen nach der politischen Stellung der einzelnen Mitglieder“ Stellung zu nehmen, weil sonst „diesem Kulerplage für vaterländische Gesinnung in dem Gewoge der Parteilagen eine ernsthafte Gefahr entstehen könnte“.

Durch Verfügung des Justizministers ist den Direktionen der Strafgefängnisse seit einiger Zeit die Befugnis erteilt worden, Disziplinarstrafen bis zur Dauer von sechs Wochen zu verhängen, auch dann noch, wenn der betreffende Gefangene in ein oder wenigen Tagen die ihm durch Richterpruch zuerkannte Strafe verbüßt hat. In solchen Fällen ist der Gefangene auch über seine eigentliche Straftat in der Anstalt festzuhalten. Früher durften Disziplinarstrafen über die Dauer der gerichtlich festgesetzten Straftat nicht verhängt werden. In dem Augenblicke der vollendeten Strafverbüßung war es mit den disziplinarischen Nachmitteln der Strafanstalt zu Ende, denn der Gefangene durfte nicht eine Minute über seine Zeit innerhalb der Gefängnismauern festgehalten werden. Es scheint aber, als würde von dieser erweiterten Nachbefugnis nur in sehr seltenen Fällen Gebrauch gemacht. Im Zentralgefängnis Wittenberg ist dies dem Vernehmen nach noch gar nicht vorgekommen. Die Leiter der größten Strafanstalten sind keineswegs einstimmig darüber, ob die Verlängerung einer Freiheitsstrafe auf dem Disziplinarwege mit unseren Rechtsgrundlagen vereinbar ist.

Wir sind überzeugt, daß es sich bei dem Erlaß um einen bedenklichen Rechtsverstoß im Justizministerium handelt.

Weitere Indiskretionen aus dem Busch'schen Buche. In Erziehung, während des deutsch-französischen Krieges, sagte Bismarck, als er von der Prüßischstädtel bei dem Könige kam, er sei dort „unter Larven die einzig fehlende Brust“ gewesen. Es waren alle die kleinen Fürsten anwesend, und an diesen ließ Bismarck kein gutes Haar. Besonders auf eine sibirische Gabel — er meinte wohl den nun auch verstorbenen Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha — war er schlecht zu sprechen. Er brachte Ausdrücke wie blöde Selbstüberschätzung, leerer Kopf, verfehlte Erziehung. Ein andermal nannte er die sämtlichen Duodezherzögen des Hauptquartiers unnütze Dummler, Geier und Aaskrähen, und später in Versailles wüthete er darüber, daß die Herrschaften es sich im „Hotel des Reservoirs“ auf Kosten der Stadt wohl sein ließen und reichlich tafelten. Besonders erzürnt war er deshalb gegen den Herzog von Koburg. „Das ist ein reicher Mann, der nicht so schäbig zu sein braucht.“

Am 2. September 1870 sagte er zu Bismarck: „Weh und Straßburg, das ist es, was wir brauchen und was wir zu nehmen wünschen, nämlich die Festungen. Es ist eine Professoren-Idee.“

Die deutschen Soldaten schienen Bismarck zu milde. Er wollte nicht nur, daß alle gefangenen Franzosen sofort erschossen würden, sondern in den letzten Monaten des Krieges hätte er auch den Regularien gemäße dasselbe Los bereitet. So oft er einer Schaar gefangener Franzosen ansichtig ward, rief er aus: „Warum macht man überhaupt Gefangene? Warum wirft man die Kerle nicht in Wasser oder erschießt sie?“

Eines Tages grüßte Bismarck: „Heute hat mir der König eine Unwahrheit gesagt. Ich fragte ihn, ob das Bombardement nicht anfangen werde, und er erwiderte, er hätte es angeordnet. Aber ich wußte gleich, daß es nicht wahr war. Ich kenne ihn. Er kann nicht lügen oder wenigstens nicht so, daß man es nicht merkt. Er wechselt plötzlich die Farbe, und das war heute besonders auffallend, als er meine Frage beantwortete. Als ich ihm fest in die Augen sah, konnte er es nicht ertragen.“

Man erwähnte bei Tisch, Napoleon III. habe sich in den neunzehn Jahren seiner Regierung ein Vermögen von 50 Millionen gemacht. „Tagen Sie achtzig“, sagte Bismarck hinzu, „aber ich bezweifle es. Ludwig Philipp verlor das Geschäft. Er veranstaltete Aufläufe und dann kaufte er Papiere an der Amsterdamer Börse, aber zuletzt merkten es die Geschäftleute.“

Dann sprang er auf die Frage der Regierungsform über und erklärte einen erleuchteten Absolutismus für die beste. „Aber wir haben keine echten Absolutisten mehr, das heißt: keine Könige. Sie sind verschwunden, die Spielart ist ausgestorben. Die Republik ist im ganzen die richtige Regierungsform und sie wird in Zukunft ohne Zweifel kommen — aber unsere Republikaner gefallen mir nicht...“

den Fürsten geht es überall abwärts, auch bei uns. Es giebt keinen Rocho do bronzo mehr... Sie können sich um nichts, als daß sie in den Zeitungen gedruckt werden und so viel Geld als möglich für ihre persönlichen Bedürfnisse erlangen. Der Einzige, der seinen Beruf ordentlich erfüllt, ist der alte König von Sachsen.“

Noch charakteristischer als die eben erwähnte ist Bismarck's Aeußerung über das während der Unterhandlungen mit Thiers aufgetauchte Gerücht, er wolle die Abtretung der Insel Pondichery von Frankreich fordern. „Ich brauche überhaupt keine Kolonien. Ich einzigiger Nutzen ist der, Sineuren zu schaffen. Das ist alles, was England von seinen Kolonien hat, und Spanien auch. Und was uns Deutsche betrifft — Kolonien würden für uns sein, was Seide und Tüchel dem polnischen Edelmann sind, der darunter kein Hemd hat.“

Herr Victor Schweinburg und die Verkürzung der Arbeitszeit. Herr Victor Schweinburg, der für die Bekämpfung der Arbeiterinteressen jährlich viele tausend Mark vom Verband der Industriellen erhält, polemisiert in seiner Korrespondenz gegen das Verlangen, daß der Bundesrat auf Grund des § 120a der Gewerbe-Ordnung liberal, wo eine allzulange Arbeitszeit besteht, einschreiten solle. Die lange Arbeitszeit müsse, um ein solches Einwirken möglich zu machen, notorisch gesundheitschädlich sein.

„Man wird doch nicht bestreiten wollen“, heißt es, „daß es an sich lange Arbeitszeiten giebt, die der Gesundheit der Arbeiter durchaus nicht schaden. Wollte man die Betriebe, in denen diese üblich sind, dem § 120a unterwerfen, so würde der letztere nicht weiter als die Einführung des Maximal-Arbeitstages auf dem Verwaltungswege darstellen. Das aber ist niemals beabsichtigt worden.“

Wir möchten den gut bezahlten Vertreter der Unternehmerinteressen darauf aufmerksam machen, daß übertrieben lange Arbeitszeiten in mer gesundheitschädlich sind. — Im übrigen ist die von Schweinburg ausgehende Weisheit, daß für das Einschreiten des Bundesrats die Gesundheitschädlichkeit Voraussetzung ist, nicht neu. Sie bildet nämlich den Inhalt des angezogenen Paragraphen der Gewerbe-Ordnung. Aber dem Schweinburg ist jedenfalls nichts anderes eingefallen, und er hat doch das Bedürfnis gefühlt, für seine Verzögerung auch etwas zu leisten. Denn für ihn gilt im Kampfe gegen die Arbeiterinteressen das Wort: nulla dies sine linea (sein Tag sei ohne einen Streik).

Einem Kartoffelkrieg in der deutschen Landwirtschaft zu bilden, wird vom Bund der Landwirthe angelegentlich empfohlen. Die diesjährigen Kartoffeln haben nämlich einen höheren Stärkegehalt als die des Vorjahres, und da die Stärke jetzt im Großhandel drei Mark höher steht als im vorigen Herbst, so wollen sich die Händler nicht gefallen lassen, daß die Stärkefabriken diesmal auch nur 30 M. für den Bissel geben wollen. Die Bundeskorrespondenz infultirt nun aber: Die Stärkefabriken sind gering, der Spiritusmarkt ist animirt und ein Kartoffel-Export steht in Aussicht. Deshalb rath sie, den Bisselpreis, nach dem Vorschlage einiger skolarer Mitglieder des Bundes auf 35 M. zu setzen. Die „Bundeskorrespondenz“ fügt stolz hinzu:

„Hoffentlich wird das Vorgehen der Landwirthe des skolarer Kreises von dem erwünschten Erfolge begleitet sein und den erneuten Beweis dafür liefern, daß die Landwirtschaft bei einmüthigem, geschlossenem Vorgehen auch heute noch die Macht besitzt, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen.“

Daß die Herren Großgrundbesitzer auch an den Kartoffeln nicht genug verdienen, hatte man bisher noch nicht gehört. Aber man weiß ja seit langem, daß jede rücksichtslose Preissteigerung auch der unbedenklichen Vollstreckungsmittel zu den „berechtigten Forderungen“ des Bundes der Landwirthe gehört. Jedenfalls zeigt sich hier wieder einmal, daß der Bund der Landwirthe im wesentlichen nichts weiter ist, als eine — ausgeatmete Genossenschaft zur Ausbeutung der deutschen Konsumenten.

Vom Regen in die Traufe scheinen die Agrarier nach und nach mit ihrem Margarinegesetz zu kommen. Durch dieses Gesetz soll bekanntlich der Verkauf der Margarine möglichst erschwert werden und deshalb ist die Zellbiertung von Butter und Margarine in denselben Räumen so gut wie unmöglich gemacht. Nun bemächtigen sich jedoch in vielen Orten die Schläger der Margarineverkäufe und dadurch vermehren sich natürlich die Margarine-Verkaufsstellen noch weit über die Zahl der vor Erlaß des Margarinegesetzes vorhandenen. Jetzt erläßt z. B. die Düsseldorf'sche Fleischreinigung folgende Bekanntmachung:

Durch das Margarinegesetz vom 15. Juni 1897 ist der Verkauf von Margarine für Geschäfte, welche Naturbutter und Margarine führen, sehr erschwert. Der Hauptbestandtheil der Margarine ist von Stearin befreites Rinderfett. Dadurch haben die Metzger ein großes Interesse dafür, daß der Verkauf nicht behindert, sondern möglichst erleichtert wird. Die hiesige Fleischreinigung hat beschloffen, nach dem Beispiel vieler anderer Städte für die Folge in ihren Geschäften Margarine von bester Beschaffenheit feilzubalten.

44 Fleischhändler führen in Düsseldorf bereits Margarine und es wird den Agrariern, wenn das so weiter geht, nichts übrig bleiben, als das Margarinegesetz dahin abzuändern zu suchen, daß die Fabrikation und der Verkauf von Margarine überhaupt bestraft wird, am wirksamsten mit Justizhans. Nur der Bedarf der Agrarier selbst darf als „Reute-Butter“ hergestellt und verkauft werden.

Die Vertreter sämtlicher preussischer Landwirtschaftskammern sind heute in Breslau zusammengetreten. Die Verhandlungen sind „vertraulich“. Warum wohl? Giebt's wieder neue Wünsche anzustellen, die vorläufig noch das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben?

Die Landwirtschaftskammer für Westpreußen, Sitz Danzig, hat trotz einer Anregung des Landwirtschaftskammerpräsidenten die Einrichtung einer Arbeitsnachweisstelle für ländliche Arbeiter abgelehnt.

Wieder ein wegen Mißhandlung bestraffter Polizist. Der Polizeikommissar Kündt zu Halle a. S. wurde wegen vorläufiger Körperverletzung zu 30 M. Geldstrafe eventuell 3 Tagen Gefängnis verurtheilt. Der Angeklagte hatte den Tapeziter Schores, der ihm von dem Wachmeister Meyer zum arretiren übergeben worden, mit einer Ankehlke über den Kopf geschlagen und den Schores außerdem geohrfeigt. Als Entschuldigung für die That führte der Beamte aus, daß Schores ihm entpörrisch sei und er (der Beamte) am genannten Tag eine ununterbrochene 14stündige Dienstreise (!!) zu bestehen gehabt habe, wodurch er sehr abgепannt gewesen sei.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Gegen Maximilian Harden, den Herausgeber der Wochenchrift „Die Zukunft“, ist noch ein dritter Majestätsbeleidigungs-Prozess anhängig gemacht worden wegen einer Vorlesung „Großvater Uhu“, in der die Anklagebehörde eine Majestätsbeleidigung gefunden zu haben glaubt. Zur Unterstüzung der Anklagen sind 23 scharfe Artikel der Wochenchrift herangezogen worden. Die „Volls-Zeitung“ bemerkt dazu: „Wir sind gespannt darauf, zu erleben, wie der zuständige Gerichtshof den Versuch, die Strafbreite dreier thatsächlich inkriminirter Artikel durch unbedenkliche gebliebene Artikel derselben Zeitschrift erweisen zu helfen, ansprechen wird. Die Frage ist für die genannte deutsche Presse von ansehnlicher Wichtigkeit.“

In Breslau wurde die Steinzeigerin Johanna Rippin am Sonnabend von der ersten Strafkammer zu drei Monaten Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt.

Oesterreich.

Wien, 4. Okt. Abgeordnetenhans. Die erste Lesung der Vorlagen betreffend den Ausgleich mit Ungarn wurde fortgesetzt. Es ergriffen das Wort die zur deutschen Volkspartei gehörenden Abgeord. Kaiser, Gismayr und Edler v. Willeh, sowie der deutsch-fortschrittliche Dr. Neuger. Sämtliche Redner sprachen sich gegen die Ausgleichsvorlagen aus. Abg. Aniser erklärte, die deutsche Volkspartei werde gegen die Verwirrung an einen Ausschuss stimmen. Nächste Sitzung morgen.

## Schweiz.

**Vern, Anfang Oktober.** (Fig. Ver.) Die von der äusseren Linken in Luzern beschlossene Doppel-Initiative ist von der radikalen Partei und ihrer Presse mit Spott und Hohn aufgenommen worden, wie dies bei ihrer bekanntem Bestimmung vorausgesehen war. Die demokratische Presse begrüsst aber ebenso wie unsere Parteipresse den Beschluss. Die ultramontane wie konservative Presse stellen sich zu demselben freundlich, wobei freilich noch unentschieden ist, ob sich diese Parteien für beide Initiativebegehren oder nur für eines derselben und für welches von beiden erklären werden. Das sehr glückliche Wort, das Grellich in Luzern gesprochen: „Die Aktion gegen die Reaktion“, das die große politische Bedeutung der Doppel-Initiative darthut, sollte für die leitenden Personen bestimmend sein, die nötigen Vorbereitungsarbeiten für die Initiativebewegung rasch zu treffen und so das Eisen zu schmieden, so lange es warm ist, was bekanntlich die beste Politik ist und bleibt.

**Anarchisten-Ausweisungen.** Der Bundesrat hat beschlossen, weitere sechs Anarchisten auszuweisen.

Verhaftet wurde von der Basler Polizei ein Italiener, namens Giovanni Silo, der im Verdacht steht, einige Tage vor der Ermordung der Kaiserin Elisabeth zu Lucern Beziehungen unterhalten zu haben. Silo wurde sofort von Basel nach Genf überführt, hier verhört und ins Untersuchungsgefängnis gebracht.

## Frankreich.

**Zur Dreifuss-Angelgenheit.** Der Generalprokurator des Kassationshofes Manau wird seinen Antrag in der Frage der Revision des Dreifuss-Prozesses schriftlich formuliert dem Vorsitzenden der Kriminalkammer Loew spätestens am Mittwoch zu stellen. Der Rath, welcher mit der Berichterstattung beauftragt werden soll, wird wahrscheinlich am Sonnabend ernannt werden. — Wie die „Lanterne“ meldet, hat der Justizminister Sarrien in einem Schreiben an den Generalstaatsanwalt Manau als neue für die Revision sprechende Thatsache herangezogen, dass Esterhazy in einem von dem Richter Verdulet bei der Verhandlung in dem besagten Verstehe erklärte: „Wenn Sie der Schreibschreiber nicht sicher sind, dann werde ich sagen, dass man meine Schrift durchgeprüft habe.“ Esterhazy will, wie der „Gaulois“ behauptet, eine Drohschüre über die Dreifuss-Sache herausgeben; diese soll gleichzeitig in London und New-York erscheinen.

Von den gelegentlich der Sonntags-Demonstrationen Verhafteten sind die meisten wieder entlassen worden; nur gegen wenige soll Anklage erhoben werden.

## Belgien.

**Die antimilitaristische Demonstration unserer Brüsseler Parteigenossen** ist glänzend verlaufen. Die Theilnahme war noch größer, als in den früheren Jahren. Im Zuge wurden zahlreiche Transparenzen mit Inschriften getragen, wie: „Der Sozialismus wird den Frieden bringen“, „Krieg dem Militarismus“, „Fort mit den Armeen, die man gegen das Volk führt“, „Wemerkenswerth war folgende Inschrift: „Für den Rassenmord: 60 Millionen, für den Unterriech: 18 Millionen, für das Budget der Arbeit: eine halbe Million.“ In Vollenverhandlungen unter freiem Himmel wurden Reden in französischer und flämischer Sprache gegen den Militarismus gehalten, welche begeisterte Aufnahme fanden.

## Italien.

**Rom, 2. Oktober.** (Fig. Ver.) Verurtheilte sozialistische Deputirten. Unser Genosse, der Deputirte Morgari, ist vom Gerichtshof zu Biella zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt worden, weil er zum Klassenkampf aufgereizt haben soll. — Vettori wurde vom Gerichtshof zu Modena wegen Beleidigung zu einer Geldstrafe verurtheilt. — Agnini, der bereits wegen seiner unablässigen Propaganda zu 4 Monaten Gefängnis verurtheilt ist, hat eine weitere Anklage erhalten. — Der Genosse Caffola, Redakteur am „Avanti“, war vor die berichtigte römische General-Kommission, welche den Zwangsdomizil verhängt, geladen; er befindet sich in Frankreich.

## Spanien.

**Ein Sieg der spanischen Freiwilligen auf den Bisayas.** Nusein wird von dem dort kommandirenden spanischen General Rio gemeldet. Nach seinen Berichten haben die Spanier die Stadt Nusein eingenommen; dabei tödteten sie 27 Kuffhändler und erbeuteten viele Waffen. Ein weiterer Angriff der Kuffhändler sei ebenfalls abgewiesen worden, wobei die Spanier 31 Tode hatten. Spanische Siegesnachrichten sind bekanntlich stets mit einem starken Mißtrauen aufzunehmen.

**Barcelona, 1. Oktober.** Auf einer Versammlung von Vertretern der Industrie wurde beschlossen, von neuem die Aufhebung der Kriegsteuer zu fordern und mit allen gesetzlichen Mitteln sich der Zahlung dieser Zuschlagsteuer zu widersetzen. Ein Teilnehmer schlug vor, alle Läden und Fabriken zu schließen. Der Patriotismus der Unternehmer zeigt sich hier im hellsten Lichte.

**Madrid, 4. Oktober.** Der Ministerrath beschloß, die Königin-Regentin möge das ihr angetragene Schiedsrichteramts in der Grenzstreitigkeitsfrage zwischen Chile und Peru annehmen. Es handelt sich bei derselben um die Staatsangehörigkeit der Provinzen Tacna und Arica.

## Russland.

**Petersburg, 2. Oktober.** Nach dem vorläufigen Kassenausweis betragen in dem ersten halben Jahre 1898 die Reichseinnahmen: gewöhnliche 697,7 Millionen gegen 612 Millionen im Vorjahre; außer-gewöhnliche 43,8 Millionen gegen 34,7 Millionen Rubel; die Reichsausgaben: gewöhnliche 636,9 Millionen gegen 603,8 Millionen im Vorjahre, außer-gewöhnliche 50,7 Millionen gegen 39,8 Millionen.

## Montenegro.

**Cettinje, 8. Oktober.** Nach hierher gelangten Nachrichten aus Cetina kam es wegen eines dort verübten Verbrechens zum Kampfe zwischen Muselmanen und Christen. Drei Rizams (reguläre Soldaten) wurden getödtet und mehrere verwundet, auf Seite der Christen wurden zwei getödtet und drei verwundet.

## Türkei.

**Konstantinopel, 8. Oktober.** Die Antwort der Pforte auf die serbische Beschwerde vom 23. Juli d. J., betreffend die Gewaltthatigkeiten im Vilajet Kofowo, bezieht, eine Anzahl der in der Rede angeführten Gewaltthatigkeiten hätte, wie die Untersuchung von Eddin Pascha's ergeben habe, garnicht stattgefunden. Man werde erkennen, daß die Beschwerden auf falschen Informationen beruhen, und von Leuten ausgehen, die daran interessiert sind, das freundschaftliche Einvernehmen beider Reiche zu lösen. Die betreffenden Beschwerden beziehen sich auf das Gebiet der inneren Verwaltung.

**Wegen der Aretafage** soll vielleicht schon morgen an den Sultan von den vier Großmächten, die vor Aretia Schiffe haben, ein Ultimatum gerichtet werden. Falls der Sultan auf die Zurückziehung der türkischen Truppen nicht eingehen sollte, würde die Souveränität des Padişahs nicht weiter vernachlässigt werden.

## Afrika.

**Kairo, 8. Oktober.** Vor vier Tagen versuchte der Rest der Streitkräfte der Derwische in der Provinz Sedaref unter der Führung Ahmed Fadil's Sedaref wiederzugewinnen, wurde aber mit beträchtlichen Verlusten zurückgeschlagen; die Verluste der Egyptianer waren gering. Um die Provinz Sedaref von den Derwischen zu säubern, wird von Omdurman aus eine Streitmacht entsandt.

## Amerika.

**Die Staatsschuld der Vereinigten Staaten** hat um 67 700 000 Dollars (über 271 Millionen Mark) zugenommen, der Barbestand im Staatskassat beträgt 940 135 524 Dollars (über 3760 Millionen Mark). Trotz des Krieges ist demnach die Finanzlage der Vereinigten Staaten überaus glänzend.

# Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

(Schluß aus der 1. Beilage.)

**Stadthagen:** Ich setze voraus, daß die Genossen, deren Thätigkeit heute angegriffen ist, den besten Willen haben, und von den Redakteuren des „Vorwärts“ weiß ich, daß sie bestrebt sind, das Beste zu leisten. Das kann mich aber nicht abhalten, die Thätigkeit des „Vorwärts“ zu kritisieren als eine solche, wie sie für Berlin und die Partei nicht geeignet ist. Es ist ja ein böses Ding, am „Vorwärts“ Kritik zu üben, weil da bald auf seine Eigenschaft als Zentralorgan, bald auf die eines Lokalblattes verwiesen wird. Mir liegt es fern, irgend eine Person anzugreifen, aber wenn die Genossen denjenigen, die eine andere Ansicht vertreten, immer zurufen, sie sollen nicht mit Phrasen um sich werfen, so möchte ich fragen, womit werft Ihr denn um Euch? Gott sei dank ist der Wagen der Partei noch gut genug, um eure Phrasen ertragen zu können. Der hier angegriffene Ton ist nicht ein solcher, wie er unter Genossen üblich sein sollte, selbst wenn der Sprecher zufällig weiblichen Geschlechts ist. Den Vorwurf des Genossen Fendrich, daß ich mir Gemeinplätze sage, nehme ich gern auf mich. Ich würde mich nur freuen, wenn die angeblichen Gemeinplätze der Genossen in Luxemburg bei ihm allmählich so fest werden, daß es wirkliche Gemeinplätze für ihn und seine Leser sind. Der springende Punkt ist der, daß wir die Zeitungen nicht schreiben für uns, die wir mitten in der Partei stehen, sondern wir müssen besonderen Werth auf die agitatorische Kraft legen, und in dieser Hinsicht erfüllt das Zentralorgan seine Aufgabe nicht. Ich sagte gestern scherzhaft, daß unsere Fortschritte da am bedeutendsten sind, wo wir keine Presse haben. Das hat ein Genosse ernst genommen. Thatsächlich haben wir ja auch in Ostpreußen, in einem Theile von Brandenburg und in Oberschlesien, wo wir große Erfolge errungen haben, nur eine wenig verbreitete Presse. In Westenburg da hat unsere Presse lebendige agitatorische Kraft. Wir brauchen durchaus nicht etwa alle Tage unser Programm zu veröffentlichen. Wohl aber sollten wir jedesmal, anknüpfend an konkrete Vorgänge, auf unsere Ziele hinweisen. Mir aber wurde in einem Artikel über die Leutenoth im „Vorwärts“ gerade die Bemerkung getroffen, daß die Leutenoth endgültig nur abgeheilt werden kann in einem sozialistischen Gemeinwesen. Gerade solche Hinweise auf unsere Ziele im Anschluß an aktuelle Fragen können uns neue Reihen von Proletariatserschließen. Warum hat der „Vorwärts“ nicht schon früher über das Koalitionsrecht und den Arbeiterschutz ausführliche Artikel gebracht? Das wäre doch weit wichtiger, als ein Artikel über irgend welche Welt-politik. Gerade die Fragen, die den Arbeiter angehen, die mit seinen wirtschaftlichen Verhältnissen in enger Verbindung stehen, sollten mehr in ihm in den Vordergrund treten.

Bei der Frage der Landtagswahl hat der „Vorwärts“ auch nicht befreit. Man kann Gegner der Anhänger der Vertheilung sein, aber das muß man verlangen, daß ehelich diskutiert wird. Wenn z. B. in einem Artikel vom 17. September gesagt ist, daß die Justizhausvorlage auch vom preussischen Landtage angenommen werden kann, so ist das entweder Unwissenheit oder Demagogie.

Singer: Ich lege Verwahrung dagegen ein, daß der Redner gegen Genossen, die sich hier nicht vertheidigen können, den Vorwurf der Demagogie erhebt.

**Stadthagen:** Dann bleibt mir die erste Möglichkeit übrig. Der „Vorwärts“ muß ein Organ werden, das agitatorisch wirkt. Wir müssen die Köpfe revolutionären, die uns noch nicht angehen. Darin, daß es ein Fehler war, daß der „Vorwärts“ nicht kurz vor der Wahl die Verstein'schen Artikel debattiert hat, kann ich der Genossin Jettin nicht bestreiten. Es war richtig, daß die Redaktion derartige Fragen vor der Wahl beiseite schiebt. Darauf aber müssen wir achten, daß das Zentralorgan ein werdendes Organ wird, das die Indifferenten zu Sozialisten macht.

Mit Zustimmung des Parteitags ertheilt Singer hierauf dem Genossen Parvus, obgleich er kein Mandat hat, das Wort.

**Parvus:** Ueber die Presse ist schon eine große Debatte gewesen, noch bevor der Punkt Presse auf der Tagesordnung stand, man konnte das Inquisitionsgericht nicht abwarten. Gradnauer, der früher selbst Redakteur der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ war, hat sie am stärksten angegriffen. Ich weiß nicht recht, wie er sich die Parteidiskussion vorstellt; einmal sagt er, Diskussionen in der Partei sind unbedingt notwendig, auf ihre geringe Verbreitung führt er sogar das unbefriedigende Resultat der Reichstags-Wahlen zurück, und dann sagt er: Parteidiskussionen schaden, Parteidiskussionen müssen sein, wo Meinungsverhältnisse vorhanden sind. Daß sie einen persönlich gefärbten Charakter tragen, bedauere auch ich; ich bezweifle aber, daß in einer Partei, in der man eine Sache ernst nimmt, es zu vermeiden ist, daß wüthender Ausbruch unterlaufen, die den Angegriffenen nicht angehen sind, besonders wenn man sich als den schwächeren Theil fühlt. Es ist sehr selten, daß gerade solche als Vertreter der höflichen Form in der Parteiliteratur aufgetreten sind, die sich gelegentlich durch ihre Temperament zu einem ganz anderen Verhalten haben hinreichend lassen z. B. Auer. Zu verwerfen ist eine Parteidiskussion nur in dem Falle, wenn ein Streit ohne sachliche Veranlassung vom Haune gebrödet wird. Man müßte aber beweisen, daß das in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ geschehen ist. Heine hat sich bezüglich seiner abweichenden Meinung nicht ganz klar ausgedrückt. Seine Auslassungen über die do ut des-Gleichheit, damit dir auch wieder gegeben werde) Politik machen ja einen harmlosen Eindruck, weil in diesem Augenblick ein Entgegenkommen der Regierung einfach unentbehrlich ist und eine solche Politik als utopisch erscheinen muß. Dieses brutale Verhalten der Regierung tritt aber nicht in jedem kapitalistischen Staate zu Tage: Wir sehen in England eine andere Taktik und in dem Moment, wo man auch in Deutschland zu der Einsicht kommt, daß man die sozialdemokratische Bewegung nicht mit Justizhaustrafen bekämpfen kann, daß man es hier mit einem Produkt der ökonomischen Entwicklung zu thun hat, in dem Moment wird die Heine'sche Idee gefährlich. Die Entwicklung wird dazu führen, daß man ein parlamentarisches Auskommen mit der Sozialdemokratie sucht, und dann werden die Ideen, die Heine jetzt schäntern ausspricht, praktisch werden. Wir sollen doch aus der Erfahrung lernen, aus England und aus Frankreich mit dem Beispielbildnis, und solche Ideen im Arme erwidern. Das ist durchaus keine neue Taktik, die ich Ihnen empfehlen wollte. Vollmar sagt: Ich setze her, wie schon hat sich die Partei zu ihrer Stelle hinauf-gesumpft! Er hat mir versprochen, daß seine Vorschläge zur Taktik, die er 1891 machte, von der Partei mit großer Mehrheit abgelehnt wurden; also sie hat sich hinaufgesumpft gegen die Taktik Vollmar's, und so muß es auch in Zukunft sein. Vollmar hat das Gehörtes des Plausibilismus vorgeführt, er sagt, darüber sind wir hinaus, wir haben jetzt praktisch zu arbeiten. Als die Partei noch klein war, hatte sie keine Möglichkeit, große praktische Politik zu treiben, da hat sie sich auf das dogmatische Konzentriert, mit ihrer Macht und Größe erhöht sich auch die Möglichkeit praktischer Arbeit; aber desto schwieriger ist es auch sie mit dem Geist des Sozialismus zu durchdringen. Wie überwinden wir diese Schwierigkeiten? Dadurch, daß wir uns stets Klarheit schaffen über die Situation, in der wir uns befinden, über die Aufgaben, die wir zu erfüllen, über das Ziel, das wir uns gesetzt haben. Das kann nur durch Parteidiskussion geschehen. 1890 hat die Partei in richtiger Erkenntnis der Schwierigkeit ihrer Aufgabe der Presse eine größere Aufmerksamkeit gewidmet, hat den „Vorwärts“ zum Zentralorgan gemacht und die „Neue Zeit“ zum Wochenblatt als die wissenschaftliche Revue der Partei, die ihre Aufgaben und Ziele theoretisch zusammenfassen soll. Und wozu sind wir jetzt gelangt? Von allen Seiten wird Klage erhoben, daß der „Vorwärts“ kein leitendes Organ ist, und in dem wissenschaftlichen Partei-Organ stellt sich der leitende Redakteur in direkten Gegensatz zu den Grundlagern des Marxismus und unseres Programms. Ich bin keineswegs der Meinung, daß der Partei jetzt größere Gefahren drohen als je; im Gegentheil. Die Bewegung ist immer mehr theoretisch gereift, aber das enthebt uns nicht der Nothwendigkeit, immer und immer

wieder Kritik anzulegen und darauf zu sehen, daß der Weg, der uns bisher von Sieg zu Sieg geführt hat, eingehalten wird und in dem Sinne bitte ich Sie, die Parteidiskussion nicht aufhören zu lassen und für ein leitendes Organ und eine wissenschaftliche Revue zu sorgen, die für die Einhaltung unseres Prinzips und Programms sorgt. Das Programm ist doch nichts zufälliges, kein Papieretzer, sondern das Ergebnis, die Konklusion der Zwecke und der Art der Bewegung, wie sie sich entwickelt hat.

Die weitere Diskussion wird abgebrochen.

Singer theilt das Ergebnis der Wahl der Kommission für die Frage der Vertheilung an den Landtagswahlen mit. Abgegeben wurden 283 Stimmzettel. Hier von waren neun ungültig, weil mit mehr als 15 Stimmen beschrieben; blieben somit gültige Stimmen 274. Gewählt sind Bebel mit 208, Liebknecht mit 157, Bruns 154, Auer 146, Heine Berlin 140, Gottschalk-Königsberg i. Pr. 118, Meister 117, Kautsky 112, Brähne-Frankfurt am Main 100, Herbert 98, Vogt 91, Meißner 81, Schippel 91, Frau Jettin 85 und Stadthagen 83 Stimmen. 88 Stimmen erhielt auch Dr. Quard, gegen den das Loos entschied. Die übrigen Stimmen gesplittet.

Singer bittet die Kommission, sich zu konstituieren und überweist ihr die auf die Landtagswahlen bezüglichen Anträge 18—27, Antrag 28 und alle sonst noch zu dieser Frage einlaufenden Anträge. Die Mittagspause tritt ein.

## Vorbericht über die Nachmittags-Sitzung.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Debatte über die Presse und die Taktik füllte noch fast die ganze Nachmittags-Sitzung aus.

Fr. Rosa Luxemburg erwiderte auf Fendrich und Vollmar. Sie nahm ihre gestrigen Angriffe gegen Heine, Schmidt und Bernstein wieder auf.

Thiele-Halle trug spezielle Wünsche über die Presse vor und beantragte, daß die Frankische Volkstribüne zum Kopfblatt geworden sei, während sie der Vorstand durch eine Unterstufung von 1000 M. als selbstständiges Blatt hätte erhalten können.

Fröhme wandte sich als alter Parteigenosse scharf gegen das präntöse und schaupielerische Auftreten von Parvus und Bräunlein Luxemburg. Diese Bemerkung trug ihm eine Rüge des Vorsitzenden ein.

Gradnauer vertheidigte eingehend die Redaktion des „Vorwärts“ gegen die Angriffe Stadthagen's und der Frau Jettin. Wohl seien Verbesserungen möglich, aber man müsse die sachlichen Schwierigkeiten beachten. Der „Vorwärts“ konnte die Angelegenheiten Heine und Bernstein sowie die Kolonialfrage nicht anders behandeln als geschehen.

Bebel verlas eine Erklärung Bernstein's, die den Widerspruch gegen die Katastrophen-theorie aufreißt und erklärte kurz, abweichender Meinung zu sein. Ueber die hochbedeutenden Streitfragen, die Bernstein aufgerollt habe, müsse in der Presse gründlich diskutiert werden, denn es handelt sich um die Grundanschauung der Partei. Ein Eingehen auf die Fragen der Taktik lehnt Bebel ab; die Heine-Sache sei erledigt. Parvus habe einen Ton angeschlagen, der es auf die Dauer den Angegriffenen unmöglich gemacht habe, zu erwidern.

Kautsky nimmt in einer großen Rede Stellung zu den Bernstein'schen Artikeln. Er habe in der „Neuen Zeit“ nicht sofort erwidert, weil er Bernstein nicht gleich ein coturnum canoso an den Kopf schleudern wollte, wenn er mit ihm nicht einverstanden sei. Es falle ihm schwer, gegen einen Mann zu polemisieren, mit dem er so lange in inniger Kampfgenossenschaft gestanden. Bernstein habe aber wohl doch im Auslande die Zählung mit der Partei etwas verloren. Er träume, daß wir Blanquisten wären und auf einen Zusammenstoß mit der bewaffneten Macht rechneten. Nichts aber liegt uns fern. In der Frage des Tempos der sozialen Entwicklung brauchen wir Bernstein nicht zu widersprechen, aber seine Annahme, daß der Programmplan von der zunehmenden Proletarisierung nicht mehr gültig ist, ist unrichtig. Nichts ist auch sein Widerspruch gegen die Theorie politischer Katastrophen. In England seien sie unwahrscheinlich, Amerika aber ist für Katastrophen geradezu prädestinirt und auf dem Kontinent sehen wir Oesterreich vor dem Zusammenbruch, Italien von blutigen Katastrophen durchgittert. Die kontinentale Bourgeoisie wird keine neuen Rechte für das Proletariat erkämpfen. Wir können zur Demokratie nicht gelangen ohne das Proletariat. Das Proletariat muß bei uns die politische Macht erobern. Wird das gehen ohne Katastrophen? Ich wünsche es, aber ich glaube es nicht. Die bürgerliche Demokratie geht bei uns zurück, hat vorwärts, Spricht man bei uns von Erweiterung der Volksrechte, der Rechte des Reichstages? Nein, vom Staatsstreik, von der Justizhaus-Vorlage. Solchen Ausfällen gegenüber ist der Bernstein'sche Weg unangenehm. Und wäre Bernstein in unserer Mitte, er wäre der erste, der diesen Weg verwarf. Aber Bernstein's Artikel sind eine Mahnung für uns zum Nachdenken und deshalb dankbar zu begrüßen. Wir werden siegen, aber nicht auf dem Wege, den er vorschlägt. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Heine zieht aus der Kautsky'schen Rede, die die Schwierigkeit der Lage schilderte, den Schluß, daß wir doppelt und dreifach bemüht sein müssen, alle uns zu Gebote stehenden Machtmittel auszunutzen. Um die Ausnützung des parlamentarischen Bewilligungsrechtes werde die Partei nicht herumkommen.

Frau Jettin weist Fröhme's Angriff gegen Parvus zurück, dem nur Ungeschicklichkeit unterlaufen seien. Der „Vorwärts“ sei sein führendes Blatt. Sein politischer Theil sei, die frischen Artikel Liebknecht's ausgenommen, die konzentrierte Langeweile. Kautsky's Rede habe die Versteinerei und Generel vernichtet.

Liebknecht weist auf die Schwierigkeit der Verhältnisse im „Vorwärts“ als Lokal- und Zentralblatt hin, sie drängen zur anderweitigen Regelung. Der jubelnde Beifall, den Kautsky fand, zeige die Einmüthigkeit der Partei nach der Aussprache. Bernstein sei den deutschen Verhältnissen ein Fremder. Bei uns drohen Katastrophen. Nur durch Einigkeit im Prinzip sind sie zu bestehen. Insuffizienz seien in der Partei Neigungen zum Staatssozialismus, zur Schutzpolitik vorhanden. Seien wir dankbar für die Warnung. Aber der sie jagt, hat eine viel größere Verirrung begangen, weil er für die Vertheilung bei den Landtagswahlen eintrat, wo wir der preussischen Bourgeoisie die Hand reichen sollen. Das war sein größter Fehler! (Beifall.)

Damit schließt die Debatte.

Nach einem Schlußwort C e r i s h's erklärt sich der Parteitag damit einverstanden, daß die für die Eiferer Verurtheilten gesammelten Gelder nicht voll an sie ausgezahlt, sondern als Reservefonds für Reichfälle der Verurtheilten und für ähnliche Zwecke zurückgelegt werden.

Der Parteileitung wird Decharge ertheilt. Beim Punkt „R a i s e i e r“ wird auf Antrag Pfammuh's die vorjährige Resolution wieder zum Beschluß erhoben. Damit schließt die Sitzung.

## Preßstimmen

### zu dem Geheimvertrage des Herrn v. d. Recke.

Die „Staatsbürger-Zig.“ schweigt sich bezeichnenderweise aus. Die Scharfmacherorgane frohlocken natürlich über diese neueste Aeußerung borsischer Scheinbigkeit; sie machen nur ihren Kerger Luft darüber, daß auch dieser „vertrauliche“ Erlaß wieder erst durch den „Vorwärts“ bekannt wird.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ schreiben, nachdem sie sich dafür ausgesprochen haben, daß alle detartigen Erlasse sogleich im „Staats-Anzeiger“ veröffentlicht werden sollen, folgendes:

„Die bürgerliche Gesellschaft würde dann wenigstens von der Regierung selbst erfahren, daß sie mit voller Entschiedenheit zum Schutze von Gesetz und Ordnung bereit ist, und auf die sozialdemokratischen Heher würde damit wahrscheinlich ein wesentlich anderer Eindruck gemacht werden, als wenn diese „geheimen“ oder „vertraulichen“ Willensäußerungen der Regierung

alsbald unter dem Hohnschrei der sozialdemokratischen Presse von dieser an die Öffentlichkeit gerufen werden. Der Zusatz von 1890, der „Schredschüsse“ verbietet, ist sehr verständlich, da Schredschüsse nur den die Massen ermutigenden Eindruck hervorrufen, als solle es den behördlichen Organen an der Entschlossenheit, von den Waffen einen wirkungsvollen Gebrauch zu machen.

Die „Kreuz-Zeitung“ ist natürlich auch eine Gegnerin der „Lagen Handhabung der Gewehr“, sie begrüßt daher das „scharfe Auftreten“, das im Interesse der gesammten, die Ruhe und Ordnung liebenden Bevölkerung liege. Einen besondern Trumpf glaubt sie wohl gegen uns auszuspielen, indem sie schreibt:

„Wenn derartige Zusammenrottungen, die meist ein blutiges Ende nehmen, vorkommen, ist doch die Sozialdemokratie sofort bei der Hand, um zu erklären, daß ihr für solche Vorkommnisse keine Schuld zuzuschreiben sei; es seien immer nur „Ballonmützen-Proletariat“, die dabei die Hand im Spiele haben. Wäre das der Fall, so brauchte sich der „Vorwärts“ doch über den Erlaß, der die bestehenden Vorschriften in Erinnerung bringt, nicht aufzuregen.“

Geizig weisen wir jede Identifizierung mit dem „Ballonmützen-Proletariat“ zurück und für dessen gelegentliche Ausschreitungen können nicht wir, sondern der Staat, der die Volks-Erziehung vielfach vernachlässigt, und die herrschende Gesellschaft, welche Zustände schafft, die ein „Lumpen-Proletariat“ zeitigen, sind dafür verantwortlich zu machen. Wir können uns trotzdem nicht bis zu der Höhe oder der Tiefe der Auffassung des genannten Blattes aufschwingen, welches sich darüber wundert, daß wir uns „aufregen“, obwohl unsere Parteigenossen bei derartigen Anlässen noch nie eine Rolle gespielt haben.

Die „Volk“ tritt selbstverständlich ebenfalls für das scharfe Verfahren ein. Sie sucht zu beschwichtigen; die Fälle, in denen scharf eingehauen wird, würden sehr selten sein. Dann heißt es weiter:

„In den wenigen Fällen, in welchen trotzdem an die ultima ratio der Polizeigewalt appelliert werden muß, liegt dann aber deren scharfe Anwendung sowohl im Interesse der Autorität der Obrigkeit, als im Interesse der Wiederherstellung der Ruhe und der Ordnung, sowie des Schutzes der friedlichen Bürger. Weit davon entfernt, inhuman oder kulturwidrig zu sein, wie das sozialdemokratische Blatt dem Erlaß des Ministers des Innern unterstellt, ist derselbe vom Standpunkte des Schutzes der Bürger, der Ruhe und Ordnung und des öffentlichen Friedens durchaus berechtigt.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist wütend, daß „der Vorwärts“ immer und immer wieder in die Lage kommt, verurteilende Verfügungen und Erlasse zu veröffentlichen. Diesem „Skandal“ müsse ein Ende gemacht werden. Dann heißt es weiter:

Jede übermäßige Milde bedeutet eine Rücksichtslosigkeit gegen den friedlichen Bürger, der auf den Schutz der Polizei Anspruch machen kann. Der Gang zu Gewaltthatigkeiten, zur Auflehnung geht übermächtig durch unsere Zeit. Er muß eingedämmt werden, und er läßt sich nur eindämmen durch die Furcht vor den ersten Folgen. Wer es mit angesehen und angehört hat (das klingt ja, als ob die verehrten Herren von der Redaktion der „Deutschen Tageszeitung“ dabei waren. Red. d. „Vort.“), wie die johlende Menge die Drohung der Polizei, von der Waffe Gebrauch zu machen, mit den höhnischen Worten beantwortete: „Ihr dürft doch nur in die Luft schießen“, der wird an der Verfügung des Ministers nichts auszufügen haben.“

Der fromme „Reichsbote“ scheut sich, trotzdem jedermann weiß, daß die Sozialdemokratie mit den Erfurter Anwälten absolut nichts zu thun hatte, doch nicht, in seiner gewohnten pfäffischen Manier also zu schreiben:

„Der Anlaß zu dieser Verfügung bieten die Krawalle in Erfurt, bei denen die von der Sozialdemokratie präparierte Volksstimmung den Untergrund abgab. Der „Vorwärts“ ist also der Letzte, der die Berechtigung hat, sich über diese Verschärfung des herrschenden Einschreitens für die Ordnung zu beklagen.“

Das „Volk“ meint:

„Gegen diese Direktiven wird sich nichts Wesentliches einwenden lassen. Wenn nur Herr von der Rede auf dem Gebiet der Reform ebenso entschieden wäre, wie auf dem polizeilichen!“

Die „Germania“ äußert sich wie folgt:

„Die Frage ist wohl berechtigt, ob der Minister des Innern nicht besser daran getan haben würde, die Gerichtsverhandlungen über den Erfurter Krawall abzuwarten, statt 8 Tage vorher den verurteilenden Erlaß an die Erfurter Regierung zu richten. Und hat der Minister nachher Schritte gegen die „überreiferen“ Polizeibeamten getan?“

Die „National-Zeitung“ verurteilt zwar den Erlaß, läßt aber doch durchblicken, daß unter Umständen ein scharfes Vorgehen angebracht ist. Es müsse Sache des an Ort und Stelle befindlichen Kommandanten sein, das richtige zu treffen:

„Man bedenke, wie häufig bei derartigen Anlässen Unschuldige, weil sie den Schauplatz der Ereignisse nicht zu verlassen vermögen, in Mitleidenschaft gezogen werden; man erinnere sich auch der Tragweite und Durchschlagskraft der heutigen Geschosse. Es ist schlechterdings nicht einzusehen, warum gegenüber einer lärmenden Menge, welche die Aufforderung zum Auseinandergehen vielleicht nicht hört oder nicht versteht, niemals zur Warnung über die Köpfe geschossen werden soll; es sind Umstände denkbar, unter denen dies allein richtig und vollkommen ausreichend ist. Wir fürchten, daß durch derartige Verfügungen einer sachgemäßen Beurteilung der jeweiligen Umstände in beidseitiger Weise vorgegriffen werden könnte; es lohnte sich ereignen, daß dem Minister dadurch eine Verantwortlichkeit für Unbesonnenheiten und Brutalitäten zuziele, die sehr schwer zu tragen wäre. In der Verfügung macht sich ein Eifer für scharfes Einschreiten und scharfes Schießen geltend, welcher bei dem Chef einer Zivilverwaltung, wie das Ministerium des Innern, ungewöhnlich ist; man erhält beinahe den Eindruck, als ob die Anordnung von einer militärischen Stelle ausgegangen wäre, und zwar von einer solchen, an der die Warnung des Sprichwortes von dem „Vorgehen und nachbedacht“ nicht genügend beherzigt wurde, und als ob der Minister des Innern sich dieser Anregung angepaßt hätte.“

Das „Berliner Tagesblatt“:

„Die Auffassung, daß die Polizeibeamten die designierten Feinde der Bevölkerung sind, wird sich immer mehr befestigen, und für die Aufgaben der Polizei, die sich in der Verzeichnung ihrer Organe als Schulleute ausdrücken, wird diesen das Verständnis immer mehr schwinden.“

Die „Vossische Zeitung“:

„Die Bestimmungen dieses Erlasses sind von erschreckender Strenge, zumal wenn man sich gegenwärtig hält, daß es meist mäßige, harmlose Gaffer sind, die sich in den Straßen drängen, wenn „etwas los“ ist und daß Säbelhiebe und Augen in den meisten Fällen nicht die eigentlichen Uebelthäter treffen dürften. Vorausichtlich wird der Erlaß in der nächsten Tagung des Landtages zur Erörterung kommen.“

Roch entschiedenere nehmen die linksliberalen Blätter Stellung. Die „Freisinnige Zeitung“ erinnert daran, daß selbst in dem maßgebenden Gesetz über den Waffengebrauch des Militärs vom 20. März 1837 mildere Vorschriften gegeben werden. Dort heißt es nämlich:

„Das Militär hat von seinen Waffen nur insoweit Gebrauch zu machen, als es zur Erreichung der in den vorstehenden Paragraphen 2-6 angegebenen Zwecke erforderlich ist. Der Gebrauch der Schußwaffe tritt nur dann ein, wenn ein besonderer Befehl dazu erteilt worden ist, oder wenn die andern Waffen unzureichend erscheinen. Der Zeitpunkt, wenn der Waffengebrauch eintreten soll und die Art und Weise seiner Anwendung muß von dem handelnden Militär jedesmal selber erwogen werden.“

Ebenso zitiert die „Fr. Ztg.“ den § 28 der Gendarmerie-Anordnung vom 30. Dezember 1820, wo es nach Aufzählung der Fälle, in welchen die Gendarmen sich der ihnen anvertrauten Waffen zu bedienen haben, heißt:

„Es liegt ihnen jedoch auch in diesen Fällen ob, die Waffen nur, nachdem gelinde Mittel fruchtlos angewandt sind, und nur, wenn der Widerstand so stark ist, daß er nicht anders, als mit gewaffneter Hand überwunden werden kann, und auch dann noch in möglichster Schonung zu gebrauchen.“

Sodann bemerkt das Blatt:

Bei allen solchen Ausfällen und Tumulten ist die Zahl der Reugierigen weit größer als die Zahl der eigentlichen Tumultuanten. Dazu kommen harmlose Passanten, Frauen und Kinder, welche ohne irgend ein Ver schulden zufällig unter die tumultuierende Menge gerathen. Die Schußwaffen der neueren Zeit, mit denen auch die Polizei und Gendarmerie ausgerüstet sind, haben aber eine Tragweite, welche geeignet ist, unschuldige Personen, und zwar sogar in entfernteren Straßenstellen, oft in noch größerer Nähe zu gefährden als diejenigen, gegen welche die Waffen gebraucht werden sollen.

Der diesen Erlaß liest und über die Zustände sonst in Preußen nicht unterrichtet ist, muß zu der Meinung kommen, als ginge alles drunter und drüber, als ständen wir am Vorabend einer Revolution und befänden uns im Belagerungszustand. Und doch haben zu diesem schneidigen Ministerialerlaß nur lokale Vorkommnisse Anlaß gegeben, die einer allgemeinen oder gar politischen Bedeutung durchaus entbehren.

Die „Berliner Zeitung“:

„Während alle Welt wie bei den Erfurter Vorgängen so im allgemeinen das „schneidige“ Vorgehen der Polizei als die Hauptursache vieler Konflikte mit dem Publikum beklagt, sucht Herr v. d. Rede diese Rücksichtslosigkeit noch zu steigern. Und das zu derselben Zeit, wo die Ausschreitungen von Polizeibeamten an den oberen Stellen eine so milde Beurteilung finden, daß die Rubrik „Schumanns-Begnädigung“ in den Zeitungen eine ständige Einrichtung zu werden beginnt. Wenn in Zukunft harmlose Zufälle sich zu erbitterten Strafen entwickeln, so wird Herr von der Rede sich nicht den kleinsten Theil dieses Verdienstes zurechnen dürfen. Charakteristisch für das System Rede ist, daß dieser ermutigende Erlaß „vertraulich“ ergangen ist. Ueber das Publikum wird die schwerste Gefahr für Leib und Leben verhängt, ohne daß es davon das geringste erfährt, ohne daß auch nur ein warnendes Wort an die Öffentlichkeit dringt. Diese Heimsücherei zeugt jedenfalls nicht dafür, daß der Polizeiminister von der Unanfechtbarkeit seines Standpunktes allzusehr überzeugt ist. Hat er voraus gesehen, daß sich ein Sturm der Entrüstung gegen ihn erheben würde? Das hat er nicht vermutet, aber er hat durch Verschreiten des „vertraulichen“ Weges seine Position nur verschlechtert. Man wird im Landtage von ihm Rechenschaft fordern und die Anklage gegen ihn wird in den offenen Ausstellungen: Wieder mit der Polizeidiktatur, fort mit dem Polizeiminister!“

### Kampf um das Koalitionsrecht!

Ziemlich unwahrscheinlich

flingt die Nachricht, welche die „Schles. Ztg.“ bringt: „Dem Vernehmen nach wird die Robelle zum Schutze der persönlichen Freiheit nicht bloß scharfere Strafbestimmungen gegen Streik-Terrorismus, sondern auch gegen unrechtmäßige Einwirkung auf einzelne Unternehmer behufs Erzwingung ihres Beitritts zu sogenannten Syndikaten, Kartellen, Ringen u. dgl. enthalten.“ — Aber selbst, wenn scharfere Strafbestimmungen erlassen würden, was wäre damit erreicht? Besteht nicht auch jetzt schon die Gleichheit vor dem Gesetz — auf dem Papier? Gilt der § 158 nicht auch für die Unternehmer; hat man aber je etwas gehört von einer Strafverfolgung von Unternehmern, die ihre Verwufgenossen terrorisirt? Die Arbeiter müssen, um ihre Angelegenheiten zu regeln, in öffentlichen Versammlungen zusammenkommen, genau nach den Vorschriften des Vereinsgesetzes. Die Unternehmer sind viel geringer an Zahl, sie brauchen keine Versammlungen; bei frohlichem Mahl und schäumendem Wein kommen sie zusammen und lassen ihre Klagen ertönen über die „Gefährlichkeit der Massen“. Hier tauschen sie die schwarzen Listen aus, hier vernügen sie mit Leichtigkeit — ohne daß jemals der Staatsanwalt sie packt — über ihre Kollegen, die etwa verstanden sollten, wider den Stachel zu lösen, den Vorkopf zu verhängen und arbeitswillige Arbeiter durch Aussperrungen von der Arbeit abhalten.

Wehr als eine lustige Dekoration wäre die von der „Schlesischen Zeitung“ in Aussicht gestellte Ergänzung der Zuchthausstrafe nicht.

### Ueber die „Arbeiterfreundlichkeit“ der Unternehmer-Organisationen

äußert sich sehr zutreffend in dem neuesten Heft der Conrad'schen Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Prof. Viermer in Greifswald. Es heißt da in einer von dem Genannten herabgehenden Rezension des Liefmann'schen Buches über die Unternehmer-Verbände:

„Die Möglichkeit einer durchgreifenden Verbesserung in den Arbeitsbedingungen ist bei Betrieben, die durch ein Syndikat verbunden sind, in höherem Maße vorhanden, als bei nicht kartellirten. Aber eine Möglichkeit ist noch keine Wahrheit. Eine größere Gleichmäßigkeit der Arbeitsverwendung und die dauernde Beschäftigung der nothwendigen Arbeitskräfte garantirt haben, aber davon, daß eine kartellirte Industrie freiwillig die Arbeitslöhne ihrem Kapitalgewinn entsprechend aufgebessert habe, ist nichts bekannt geworden.“

Uns ist davon auch nichts bekannt geworden. Aber sehr bezeichnend ist es, daß ein Mann diese Wahrheit konstatiren muß, der jahrelang Handelskammer-Sekretär in Münster war, also die im koalirten und nicht koalirten Unternehmertum herrschenden Tendenzen nach allen Richtungen hin kennt. Wenn ein solcher wahrer Vertreter des Unternehmertums, der in der rheinisch-westfälischen Industrie aufgewachsen ist, konstatirt, daß die Unternehmerverbände gar nicht daran denken, die Verhältnisse der Arbeiter aufzubessern, dann wird es wohl wahr sein. — und dann bleibt es also dabei, daß die Arbeiter mit eigener Kraft für die Verbesserung ihrer Lebenslage sorgen und sich gegenständig, wenn es anders nicht mehr geht, zum Streik anreizen müssen. —

### Wasser in den Wein

der überreiferen Sozialistenlitter und Arbeiterbelämpfer, die nach der letzten Kaiserrede wie eine wütende Reute über die Arbeiter herfallen, geht die nationalliberale und sehr unternehmerfreundliche „Magdeburgerische Zeitung“. Sie schreibt in einer gegen die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gerichteten Notiz:

„Sie (die „Nordd. Allg. Ztg.“) erklärt, nur das eine zu wissen, daß nicht mehr und nicht weniger geplant sei, als bessere gesetzliche Abwehrmaßregeln gegen den auf Revolution abzielenden sozialdemokratischen Terrorismus, unter dem die Arbeiterschaft furchtbar zu leiden habe, und von welchem sie befreit werden müsse, wenn anders das Deutsche Reich nicht aufhören solle, ein Rechtsstaat zu sein. An Beispielen von Terrorismus bei Ausländern hat es auch bei uns nicht gefehlt. Aber trotzdem scheinen uns die Farben auf dem Gemälde der „N. A. Ztg.“ etwas stark aufgetragen zu sein. Gerade der Verlauf der großen Streiks in Deutschland kann schwerlich dafür sprechen, daß bei uns die Dinge eine Wendung genommen hätten, als ob wir uns am Vorabend einer Revolution und am Ende des Rechtsstaates befänden. — Ueber-treibungen rächen sich stets, denn sie kommen nur denen zu gute, die man belämpfen will.“

Das ist deutlich und wahr. Bei uns wird in der Hege gegen die Arbeiter sehr stark übertrieben, seitdem die Regierung mit der größtmöglichen Ueber-treibung vorangegangen ist, indem sie auf die einfache Ausübung des Koalitionsrechts die Zuchthausstrafe setzen will.

### Die Regierung scharf zu machen

versucht das Berliner Wismar- und Unternehmerorgan, die „Berliner Neuesten Nachrichten“. Man soll bei der Ausarbeitung des Zuchthausgesetzes nur nicht zu zümpelich vorgehen und vor allem nicht darüber zurückreden, ein ausgesprochenes Ausnahme-Gesetz gegen die Arbeiter zu schaffen. Die Regierung wird an das Schicksal der Umsturzvorlage und des Vereinsgesetzes erinnert, die nach Meinung des Scharfmacherblattes sicher von den bürgerlichen Parteien angenommen worden wären, wenn die Spitze dieser staatsreiterischen Gehege sich ausdrücklich und ausschließlich gegen die Arbeiter gerichtet hätten. In dem erwähnten Artikel heißt es:

Bei diesen beiden Vorlagen lag der Grundfehler in der Verschwommenheit und Dehnbarkeit der Bestimmungen. Hätte man die Parlamente von vornherein mit klaren Worten vor den Zweck gestellt, den, und den allein man erreichen wollte, so würde der Ausgang wahrscheinlich ein anderer gewesen sein, während man durch die unbestimmte, zweideutige Fassung die negative Kritik und schließlich die Ablehnung der Vorlagen außerordentlich erleichterte. Wir fürchten, man würde mit der jetzt geplanten gesetzgeberischen Aktion dieselbe Erfahrung machen, wenn man es, aus Furcht vor der Beschuldigung, Ausnahmebestimmungen in das gemeine Recht hineinzutragen, vermeiden wollte, die Handlungen, welche getroffen werden sollen, durch spezielle Merkmale genau zu kennzeichnen.

Es ist abzuwarten, ob die Majorität der bürgerlichen Parteien hier nicht ganz unrichtig eingeschätzt ist. Aber wir glauben trotzdem, daß die Zuchthausvorlage, wenigstens in dem Sinne, wie sie der Kaiser angeordnet hat, von den bürgerlichen Majoritäten nicht gutgeheißen wird, — das Spiel wäre ihnen doch wohl zu gefährlich. —

### Surrah Herr Lorenz!

Am Sonntag hat Herr Lorenz, der Expedient der „Königsberger Volks-Tribüne“, der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ und der „Leipziger Volkszeitung“, einen großen Erfolg zu verzeichnen gehabt: Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erwähnt ihn mit allen Lobesbezeugungen in ihrem Leitartikel, der den von uns besprochenen Lorenz'schen Aufsatz in den „Preussischen Jahrbüchern“ ausgeschrieben und zu folgendem Schluß kommt:

Nicht der Kaiser und die Bundesregierungen, sondern die gewerbsmäßigen sozialistischen Heher bedrohen die Koalitionsfreiheit und die Freiheit der Arbeiterschaft überhaupt.

Herr Lorenz, der „gewerbsmäßige sozialistische Heher“ a. D. sieht nun wohl alle Wege für seine lebhafteste Streberhaftigkeit offen. Wir gratuliren!

### Protestversammlungen.

Eine äußerst impotente Kundgebung gegen die Zuchthausvorlage veranstalteten die Arbeiter in Bamberg. Noch keine Versammlung dafelbst war so massenhaft besucht als diese. Derselben wohnten auch Frauen bei — das erste mal, seitdem das abgeänderte bayerische Vereinsgesetz den Frauen die Teilnahme an politischen Versammlungen erlaubt hat.

Ferner wurden zahlreiche besuchte Protestversammlungen abgehalten in Dresden, Staßfurt, Odesloe, Minden i. W., Bielefeld, Lemgo.

### Soziales.

Zur Gruben-Inspektion. Die Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung“ bestätigt ihre frühere Meldung, wonach eine bergpolizeiliche Verordnung, die die Anwesenheit zweier Maschinenführer bei der Menschenförderung gebietet, nicht existirt.

### Gerihts-Beitrag.

Wenn gestern auf dem händischen Viehhofe ein Mangel an Arbeitskräften sich gezeigt haben sollte, so hat der Zeitungsbericht-erstatte Franz Wujarsky daran schuld, der durch einen Artikel über die „Viehtreiber“ nicht nur 28 Ober- und Untertreiber zu einer Rassenlage angefeueret, sondern gestern noch eine ganze Anzahl von Zuhörern, die diesem Verurtheilten angehören, in den Saal des Schöffengerichts, wo diese Privatklage verhandelt wurde, gelockt hatte. Als der Vor in der Hofenabthe die Gemüther in Aufregung hielt, wurde bekanntlich emsig nach einem „Schlächter-Emil“ gesucht, der der vermeintliche Mörder sein sollte. Der Privatbeklagte theilte nun in einer Zeitungsnote mit, daß dieser „Schlächter-Emil“ ein Viehtreiber sein solle und knüpfte daran allerlei Betrachtungen über die moralischen Eigenschaften der Viehtreiber im Allgemeinen. Er erzählte, daß im Kreise der Viehtreiber, die bald hierin, bald dorthin durch das Land ziehen, jeder Risseihäter vor Entbedung und Veracht sicher sei; alle haben sie etwas auf dem Kerbholz, die meisten haben ihre Spinnanten, feiner lenne den anderen und wenn Roth am Kanne sei, würden die Papiere verkauft und die Spuren erfolgreich verwischt. Durch diesen Artikel fühlten sich 28 Angehörige des Vereins „Berliner Viehtreiber“ beleidigt. Sieben von ihnen mußten als Privatkläger aufstehen, da der Säbnerer nicht formgerecht statgefunden hatte. Für die übrigen 21 führte der Obertribe Paul das Wort. Der Angeklagte und Rechtsanwält Dr. Flatau bestritten die Passivlegitimation der Kläger, da der Artikel gar nicht auf sie gemünzt sei, die schon durch ihr äußeres Auftreten gezeigt, daß sie sich als Beauftragte ihrer Chefs in ihrer wirklichen Rolle als Expedienten großer Viehtransporte in beneidenswerther pelumärer Lage befinden — sondern auf jene Personen, die die Allgemeinheit unter der Bezeichnung „Viehtreiber“ versteht, d. h. die Gestalten mit der Ballonmütze auf dem Kopf und den Knotenstock oder die Peitsche in der Hand, die das Vieh wirklich treiben oder auf dem Eisenbahn-Transport den Wagen mit dem Vieh theilen. Für die Kläger machte Rechtsanwält Dr. Flatau geltend, daß es gar nicht darauf ankomme, was sich der Angeklagte unter einem Viehtreiber gedacht habe. Nach längerer Verhandlung beschloß der Gerichtshof, die Sache zu verlagern und in einem neuen Termin den Direktor des händischen Viehhofes, Herrn Hausburg und eine Anzahl anderer Sachverständiger zu vernehmen, ob die Privatkläger unter den Begriff zu bringen seien, den man von Alters her allgemein mit der Bezeichnung „Viehtreiber“ verbindet.

In der Untersuchungssache gegen den angeblichen Mörder der unterthelichten Singer sind jetzt neue Anklagen seitens des Verteidigers, Rechtsanwalts Dr. Schwindt, gestellt worden, wodurch besonders dargelegt werden soll, daß Gutmann am Abende vor der Mordnacht in seiner Arbeitsstelle in Frankfurt a. O. bis 8 Uhr in Anspruch genommen war. Des weiteren ist seine und der Ermordeten Photographie nach einer auswärtigen Strafanstalt geschickt worden, da ein dort inhaftirter Sträfling behauptet haben soll, daß er beide kurz vor der fraglichen Zeit wiederholt in vertraulichen Verkehr gesehen habe. Gutmann bestritt dies. Er verteidigt sich mit großer Gewandtheit und Juversität. Die Voruntersuchung dürfte noch vom Abschlusse weit entfernt sein.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

Rom, 4. Oktober. (B. Z. V.) Dem Vernehmen nach ist der Wiederzukunftsritt des Parlaments auf den 14. d. M. festgesetzt.

Peking, 8. Okt. (Meldung des Reuterschen Bureau). Die Stadt ist ganz ruhig. Das Jung-ti-Pamen hat vollständige Entschuldigung wegen der jüngsten Ausschreitungen geboten. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind mehrere Regimenter Soldaten nach Peking geschickt worden, doch sind seit dem Mondfeste keinerlei Ausschreitungen vorgekommen. An der Stelle, wo die Beschimpfungen von Europäern vorgefallen sind, wurden acht der Angreifer öffentlich ausgestellt, die schwere Straffragen, in die Kopf und Hände eingespamit werden, auf den Schultern tragen. Vorne war die Inschrift angebracht: „Bestraft wegen Angriffe auf Europäer.“

Marquis Ito ist von Peking wieder abgereist. Man glaubt, seine Sendung sei erfolglos geblieben.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Schluss der Nachmittags-Sitzung.

Stuttgart, den 4. Oktober.

(Privatbesprechendes des „Vorwärts“.)

Braun-Königsberg weist den Vorwurf von Morawski bezüglich des mangelhaften Agitationsmaterials für die Polen zurück. Die Flugblätter, die uns von polnischen Genossen geschickt waren, waren absolut nicht zu gebrauchen. Sie liegen heute noch unbenutzt da. In Ostpreußen haben wir gute Erfolge errungen, aber wir werden uns damit nicht begnügen, sondern weiter agitieren. Da ist noch viel zu thun, unsere Endziele haben wir niemals verschleiert, sondern immer und immer wieder darauf hingewiesen, selbst unter der rücksichtslosesten Verfolgung. Wir haben sogar in ländlichen Wahlkreisen, z. B. in Labiau-Wehlau, ganz ungeahnte Erfolge errungen. Es kommt viel weniger darauf an, wie man arbeitet, sondern daß überhaupt gearbeitet wird. (Sehr richtig!) Die Flugblätter und Stimmzettel vorhanden waren, haben wir auch etwas erreicht, ob wir das Endziel mehr beinahe haben oder nicht, das war ganz gleichgültig. Nur darf man die Parteiliteratur nicht zu theuer herstellen, denn was nützt uns die schönste Broschüre, wenn diejenigen, für die sie geschrieben ist, sie nicht kaufen können. Man darf nicht immer darauf sehen, daß an der Parteiliteratur so viel vertrieben wird.

Heudecker-Hagen bedauert sich darüber, daß der Parteivorstand zu wenig gethan hat, um Eugen Richter aus dem Kreise zu verdrängen. Es habe fast den Anschein erweckt, wenigstens habe sich die Ansicht Bahn gebrochen, als liege dem Parteivorstand daran, daß der große Eugen wieder gewählt wird. (Heiterkeit.) Selbst Viechnicht, der in der Gegend war, habe den Kreis Hagen umgangen.

Frau Petkin-Stuttgart: Wenn ich hier den namentlichen Ton der Komplimentschneiderei anschlagen wollte, den der Reichstags-Abgeordnete Heine mir gegenüber beliebt hat, so würde ich erklären, daß er mit sehr feinem agitatorischen Talent und Geschick den Versuch gemacht hat, den Boden des Kampfes zu verkleinern. (Sehr richtig.) Niemand von uns allen ist es eingefallen, den Reichstags-Abgeordneten Heine wegen seiner Stellung zum Zukunftsstaat hier interpellieren zu wollen, es handelt sich hier wirklich nicht um das Bild, das er sich vom Zukunftsstaat macht, auch nicht um die mehr oder weniger häufige Betonung unserer Endziele, sondern um etwas ganz anderes, um die Genossenschaft — phantastischen — Anschauungen, die sich der Reichstags-Abgeordnete Heine von der kapitalistischen Gegenwartsgesellschaft macht und die er in seiner Politik zum Ausdruck bringt. Aber seine Anschauungen haben ein sehr interessantes Licht auf seine Stellung zu den Endzielen geworfen. Der Reichstags-Abgeordnete Heine hat hier erklärt, die mehr oder weniger häufige Betonung des Endziels ist nur eine Sache des Temperaments der Agitatoren. Ich habe geglaubt, daß die Betonung unserer Endziele bis jetzt Sache einer wissenschaftlichen Erkenntnis einer politischen Ueberzeugung, nicht aber Sache des Temperaments ist. (Sehr wahr!) Aber damit will ich mich jetzt nicht beschäftigen, denn darum handelt es sich nicht, sondern um die Politik, die er vertreten hat und die er formuliert hat unter dem Schlagwort der Kompensationspolitik. Kanonen für Volkrecht. Auf deutsch gesagt: Schacherpolitik mit dem kapitalistischen Staat. Dazu hat der Parteitag Stellung zu nehmen, denn diese Erklärung ist nicht ohne Einfluß gewesen auf unsere Reichstags-Delegation. Auch ich gehöre zu denjenigen Agitatoren, die von sich sagen können: leider habe ich viel gesehen, ich bin durch Nord und Süd, durch Ost und West gekommen, und glauben Sie mir, so und so oft wenn ich unser Programm, unsere Stellung zum Militarismus entwickelte, ist mir nicht nur von Seiten der Gegner, sondern auch der Genossen entgegengerufen: „Kanonenfragen Kompensationspolitik“. Und es wird viele Genossen geben, die bei der Agitation dieselbe Erfahrung gemacht haben. Ich glaube nicht, daß ich in dieser Beziehung einzig dastehe, die Anschauungen Heine's gipfeln in dem Standpunkt, daß es Militärforderungen giebt, die für die Arbeiterklasse indifferent sein sollen. Zu solchen gehören, z. B. die Frage der Anschaffung neuer Geschütze. Indifferent soll für die Arbeiterklasse die Frage der Bewilligung der Mittel für neue Geschütze sein, die, nachdem der Zar unter die Friedensstifter gegangen ist, vielleicht viel eher gegen den inneren Feind losgehen, als gegen den äußeren. Ich bin der Ansicht, daß die ganze Taktik, die Heine empfohlen hat, auf einer falschen Auffassung vom Wesen der kapitalistischen Gesellschaft basiert. Das gelangt recht deutlich in der Broschüre zum Ausdruck, die er unter dem Titel veröffentlicht hat „Wählen oder nicht wählen?“ Was er da zur Frage der Landtagswahlen sagt, ist durchaus nebenbei gegenüber der allgemeinen Taktik des Possibilismus, den er dort empfiehlt nach dem Muster der französischen Possibilisten, deren Devise war, die sozialistischen Forderungen in so kleine Dosen zu theilen, daß sie jedem annehmbar sein können. Wie will das der Reichstags-Abgeordnete Heine machen, den Sozialismus in so kleinen Dosen verabfolgen, daß seine Annahme z. B. für Herrn v. Stumm möglich wäre (Heiterkeit), oder für Herrn v. Kardorff oder noch weiter hinauf für Se. Majestät den deutschen Kaiser Wilhelm II., dessen Stellung zur Frage der sozialen Bewegung ja bekannt genug ist?

Wir wollen nicht nach Art eines Konzils von alten Kirchenvätern Scheiterhaufen errichten für einzelne Personen, die abweichender Meinung sind; wohl aber wollen wir mit überzeugender Wucht zum Ausdruck bringen, daß die Masse der Delegierten, daß die Gesamtheit des deutschen Proletariats nicht hinter diesen Personen steht, sondern hinter denen, die unentwegt stehen auf dem Boden des proletarischen revolutionären Klassenkampfes. (Sehr richtig!) Daß die Meinungen verschieden sind, daß abweichende Meinungen aufstehen, das ist nicht etwa der Vorläufer von Spaltungen, wie sie unsere Gegner prophezeit haben. Bei all jenen Schächer-Thomastaden ist ja nur der Wunsch der Vater des Gedankens. Wir sind eine Partei, lebenskräftig genug, um verschiedene Meinungen ertragen zu können. Nicht daß diese abweichenden Meinungen da sind, ist das Charakteristische, die abweichenden Meinungen erklären sich sehr leicht aus bestimmten geschichtlichen Entwicklungen, unter denen sich der Klassenkampf des Proletariats vollzieht. Aber was bedeutsam ist, das ist das Streben, das durch das Zentralorgan begünstigt wird, die Meinung nicht klar und scharf zum Ausdruck zu bringen, sondern verpuffen zu lassen. Dagegen müssen wir Verwahrung einlegen. Die Sozialdemokratie ist nicht eine Sekte, nicht eine Partei des Aberglaubens, die an Formen hängt. Deshalb ist es notwendig, daß wir Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck bringen. So lange wir keine Gegenbeweise haben, werden wir noch wie vor auf dem alten bewährten Boden der Sozialdemokratie stehen. Wenn es dem Reichstags-Abgeordneten Heine gelingt, vollständige Beweise für die Wichtigkeit seiner Taktik der Kompensation zu erbringen, so gebe ich ihm die Versicherung, so alt ich bin, ich erkläre doch noch: Vater Optimismus, liebe Mutter praktische Politik ich habe geschändigt im Himmel und vor dir. (Heiterkeit.) Aber so lange das nicht der Fall ist, wollen wir als Parteitag in Uebereinstimmung mit den Genossen erklären, daß wir bezüglich des Weges, der uns zum Ziele führt und bezüglich des Zweckes der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse beifalls umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische auf dem Boden des Programms stehen, das uns bis jetzt von Siegen zu Siegen geführt hat, nicht aber auf dem Boden des Possibilismus, den Genosse Heine uns gewiesen hat. (Lebhafter Beifall.)

Greuz-Weipzig: Dank dem Genossen Stadthagen ist die Sache jetzt so in Fluß gerathen, wie wir sie gerne haben wollen. Seit 30 Jahren gebrauchen wir das Reichstags-Wahlrecht. Die Wünsche und Prophezeiungen, die an den Gebrauch des freien Wahlrechts geknüpft wurden, sind nicht in Erfüllung gegangen. Bei vielen stellt sich der

Gedanke ein, es nützt nichts; daher kommen die Rückschläge und ich fürchte, sie kommen noch schlimmer. Alle Genossen fragen uns: woher kommt dies denn. Da ist der Fall Pittgenau. Wie ist so etwas möglich am grünen Holze, bei einem Manne, der fünf Jahre lang das Volk vertreten hat. Wie steht es mit uns, wenn er mit solchen Zimmern auf die Partei heranzutreten wagt. Dann die Stellung mancher Genossen zum Militarismus. Wenn man alle die Ereignisse der letzten Jahre überseht, dann muß man sagen, wir sind in die Breite, aber nicht in die Tiefe gewachsen. Früher kamen die Genossen zusammen und vertieften sich ins Programm. Jetzt streiten sie sich über neue Gründungen. Sie blicken nur noch in die Gegenwart. Wir müssen wieder prinzipieller auftreten, als bisher, sonst können wir uns auf ärgere Rückschläge gefaßt machen.

Leid-Weipzig: Die letzte Reichstagswahl hat nicht die Erregung wie sonst in die Massen getragen. Daraus erklärt sich das Wahlergebnis für uns. Bearbeitet ist im 6. Wahlkreise genug worden. Die Rede von Peus erinnerte an die Ausführungen mancher Freisinnigen, daß wir uns mit ihnen auf dem Boden der Forderungen in der Gegenwart verständigen könnten. Ohne Idealismus nur mit praktischer Politik können wir keine Fortschritte machen.

Schönlank-Weipzig: Ich kann die Ausführungen der Genossen Petkin im allgemeinen unterschreiben. Wenn ich mich zum Worte melde, so thue ich es hauptsächlich, um davor zu warnen, daß wir etwa den Parteitag benutzen, durch eine Art vatikanischer Konzils einen Beschluß gegen diejenigen, die anderer Meinung sind, zu fassen. Ich glaube nämlich, daß Keunzschel der Gesamtpartei auf dem Standpunkt steht, daß die alte proletarische revolutionäre Taktik die einzig mögliche für die Sozialdemokratie ist. Wir wollen nicht den Anschein erwecken, daß wir die Minderheit majorisieren oder terrorisieren wollen, aber das wollen wir feststellen: Man soll keine Vogelstrauchpolitik treiben und verschleiern, daß in der That ernste Meinungsverschiedenheiten in der Partei über die allgemeine Parteitaktik bestehen. Aufgabe des Parteitag ist es, ernsthaft und gründlich diesen Differenzen auf den Grund zu gehen und zu zeigen, wie sich die Mehrheit der Parteigenossen dazu stellt. Ich glaube, wenn das geschieht, so wird die praktische Politik der Partei, die Propaganda und die politische Aktion der Partei keinen Schaden leiden. Schaden aber wird sie leiden, wenn die Politik des Abgeordneten Heine wirklich zum leitenden Gesichtspunkt unserer Fraktion gemacht wird, wenn die Thatfachen, um die es sich handelt, die Differenzen über unsere Stellung zu den einzelnen Fragen, zum Militarismus, zur Kolonialpolitik, zur Zoll- und Handelspolitik nicht klargestellt sind. Wenn wir darin nicht ganz klar sehen, so werden wir das erleben, was bisher jede demokratische Volkspartei erlebt hat, wir werden, wenn wir nicht immer klar und rein das Ziel im Auge behalten, Schaden erleiden. Die Taktik des Possibilismus ist heute besonders interessant, wenn man erwägt, daß die Sozialreform von oben hinaus gemacht hat, wenn man bedenkt, daß zwar der Zar die Friedensstundgebung erläßt, aber in demselben Augenblick sämtliche Militärmächte zu neuen Rüstungen schreiten. Die Politik des Possibilismus träumt von einer Vermittlung, während die sozialen Gegensätze immer schärfer werden, während die Junkerhausvorlage in Aussicht gestellt wird. Es ist ganz klar, daß in der großen Masse der klassenbewußten Arbeiter der Protest gegen diese Auffassung durchdringt, aber es ist notwendig, daß das ausgesprochen wird und daß der Minderheit gesagt wird: Gut, ihr mögt diese Absichten haben, wir sitzen nicht über Euch zu Gericht, aber wir wollen darauf hinweisen, daß die große Mehrheit die alte Politik nicht aufgeben kann bei der Gefahr der Selbstvernichtung. Ich meine deshalb, wir sollen die Diskussion über die Taktik nicht etwa kurz abbrechen. Denn wenn die Diskussion jetzt abgebrochen wird, wird die Frage ganz von selbst bei dem parlamentarischen Bericht noch viel eingehender behandelt werden müssen, wozu ja der Bericht der Fraktion die genügende Grundlage giebt. Auf keinen Fall aber dürfen wir verschleiern und Vogelstrauchpolitik treiben. Sagen wir ehrlich, daß Meinungsverschiedenheiten da sind, und bringen wir sie zur Lösung. Verderben wir uns nicht unsere gute alte Agitation durch eine opportunistische Auffassung. Hüten wir uns vor einer Verpuffung, vor einem Aufgeben des Klassenkampfes, ohne den wir nie zur Erreichung des Endziels kommen, ohne das wir nichts wären, als eine kleinbürgerliche Oppositionspartei. (Beifall.)

Krumm-Gießen: Jubel mag recht haben, daß die Bauern in der Gegend, wo er agitirt, nicht für uns zu haben sind, bei uns sind diese Bauern Großgrundbesitzer. In seiner Allgemeinheit ist der Satz: die Bauern sind nicht für uns zu haben, falsch. Bauern mit einem Besitz unter fünf Hektar sind wohl für uns zu gewinnen, dafür haben wir in Süddeutschland in vielen Kreisen die Beweise. Unvorsichtige Behauptungen über die Religion und den sogenannten Eigentumsfanatismus der Bauern werfen uns bei der Agitation arge Anippen zwischen die Beine. Gaben wir erst 76 pCt. Kleinbauern, dann können die 24 pCt. machen was sie wollen. Wir verschweigen bei unserer Agitation durchaus nicht unsere Endziele.

Peus-Weipzig: Wenn ich den Satz ausprobiere: es giebt keine Endziele, so kann er nicht die Bedeutung haben, die man mit hier absichtlich unterschob. Was mir am „Endziel“ mißfällt, ist, daß es die dogmatische Auffassung der Dinge fördert. Zahllose Arbeiter fragen uns, wie soll es denn einmal zur Verwirklichung eurer Endziele kommen. Da ist es von Bedeutung, darauf hinzuweisen, daß das Endziel nichts anderes ist, als die Entwicklung der Gesellschaft, die in sich selbst ihre Befehle hat und sich an der Hand unserer Gegenwartsforderungen vollzieht. Daraus erklärt sich auch mein Vorschlag, den theoretischen Theil des Programms von seinen praktischen Forderungen zu trennen. Ueber den Inhalt des ersten Theils streiten sich unsere Theoretiker. Ein Programm aber soll nach meiner Auffassung nur Forderungen enthalten, sonst nimmt es leicht die Form des Vorkommnisses an. Ich dachte an eine Art Aktionsprogramm, wie es Bismarck seinerzeit vorgeschlagen hat, wobei die praktischen Forderungen weiter auszubauen waren. Der theoretische Theil des Programms soll natürlich nicht beseitigt werden, sondern etwa in Form eines Manifestes zum Ausdruck gelangen. Wenn wir im Programm sagen wollen, wie das sich später entwickelt, dann sind wir zum Glauben an Autoritäten genöthigt. Die ganze Behauptung, als handle es sich hier um einen Gegensatz zwischen sogenannten Opportunisten und zielbewußten Sozialisten, ist also ganz überflüssig. Am das Endziel können wir ganz unbeforgt sein. Die werden nicht einen Schritt davon abgehen, wenn wir, da wir mächtig geworden sind, Forderungen der Gegenwart zu erfüllen und dazu auch verpflichtet sind, da wir als mächtige Partei die Verantwortung haben, diese Gegenwartsforderungen zu betonen.

Prinz-Frankfurt a. M.: In bezug auf die Entsendung der Redner ist nicht genügend Sorge getragen worden. Wir haben die Erfahrungen gemacht; in Wahlkreisen, in denen wir genügende Agitation entfalten konnten, haben wir glänzende Resultate erzielt unter schwierigen Verhältnissen, während wir auch andere Kreise hätten erobern können, wenn wir nur die tüchtigen Redner gehabt hätten. Ich habe den „Alten“ in Wahlkreisen gesehen, wo er kurz vorher schon gewesen war. Möge der Parteivorstand für die Zukunft dieser Wahlkreise Sorge tragen.

Greiner-Würzburg: Wir haben in einem Wahlkreise so thun gehabt, der durchgeht ist mit halb industrieller, halb ländlicher Bevölkerung. Wir mußten mit der Darlegung unserer Ziele herankommen, dafür sorgten schon unsere Gegner. Mit positiven Forderungen können wir auch dem ländlichen Proletariat gegenüber große Erfolge erzielen. Das haben wir in unserem Wahlkreise gezeigt. Ich bedauere, daß der Hamburger Parteitag unseren damaligen Antrag abgelehnt hat, daß die Forderung der Verwirklichung der Gewerkschafts-Ordnung mit Nachdruck betont werden soll.

Schöpfung-Burgstedt: Die agitatorische Bedeutung von Ver-

sammlungen in den Gegenden, wo unsere Parteibewegung schon stark ist, sollte man doch nicht überschätzen. Im 15. wahlkreise haben wir großartige Versammlungen gehabt, der alte Viechnicht ist da gewesen, wir glaubten, unser ist die Welt und doch siegen wir nicht. Ganz anders ist es in solchen Versammlungen in indifferenten Gegenden, die Hauptsache ist der innere Ausbau der einzelnen Wahlkreise durch Agitation und Organisation.

Es wird ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt. Gradnauer spricht dagegen. Es handelt sich um prinzipielle Meinungsverschiedenheiten, die man zu Ende diskutieren muß, wenn ich die Sache auch nicht so tragisch nehme, wie Schoenlank. Wir müssen den Angegriffenen Gelegenheit geben, sich zu verteidigen. Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Jaeger-Berlin II: Wir sind bei der diesmaligen Wahl in ungünstiger Lage gewesen als bei der vorigen. Es haben da verschiedene Ursachen mitgespielt, es fehlte uns im allgemeinen mehr an Material, die Wählerchaft aufzurütteln. Die Gegner sind diesmal geschlossener zusammengegangen, und ich habe schon bei den Stadtverordnetenwahlen, wo das gleichfalls der Fall war, darauf aufmerksam gemacht, daß wir in diesem Falle den Wahlkreis wahrscheinlich verlieren würden. Die Genossen haben kräftig gearbeitet, zum theil unter Schädigung ihrer wirtschaftlichen Existenz. Aber wir konnten unsere Organisation nicht so ausbauen, zum theil, weil wir Rathschläge befolgten, die sich hinterher nicht als nützlich erwiesen.

Rosa Luxemburg: Die Reden von Heine und anderen haben bewiesen, daß sich in unserer Partei ein äußerst wichtiger Punkt verunkelt hat, nämlich das Verständniß von der Beziehung zwischen unserem Endziel und dem eigentlichen Kampfe. Da wird gesagt, das vom Endziel ist eine läbliche Stelle in unserem Programm, die gewiß nicht vergessen werden darf, aber in seiner unmittelbaren Beziehung zu unserem praktischen Kampfe steht. Viechnicht findet sich eine Anzahl Genossen, die so denken: eine Spekulation über das Endziel sei eigentlich eine Doktorfrage. Ich behaupte dem gegenüber, daß für uns als revolutionäre, als proletarische Partei keine praktische Frage existirt als die vom Endziel. Denn bedenken Sie: worin besteht eigentlich der sozialistische Charakter unserer ganzen Bewegung? Der eigentliche praktische Kampf zerfällt in drei Punkte: den gewerkschaftlichen Kampf, den Kampf um die Sozialreform und den Kampf um die Demokratisierung des kapitalistischen Staates. Sind diese drei Formen unseres Kampfes eigentlicher Sozialismus? Durchaus nicht. Zunächst die gewerkschaftliche Bewegung! Schauen Sie nach England, dort ist sie nicht nur nicht sozialistisch, sondern direkt ein Hinderniß für den Sozialismus. Die Sozialreform wird vom Kathedersozialismus, den Rational-Sozialen und ähnlichen Leuten ebenfalls betont. Demokratisierung ist aber etwas spezifisch bürgerliches. Die Demokratie hatte die Bourgeoisie schon vor uns auf ihre Fahne geschrieben. Was macht uns dann in unserem alltäglichen Kampfe zur sozialistischen Partei? Es ist nur die Beziehung dieser drei Formen des praktischen Kampfes zum Endziel. Nur das Endziel ist es, welches den Geist und den Inhalt unseres sozialistischen Kampfes ausmacht, ihn zum Klassenkampf macht. Und zwar müssen wir unter Endziel nicht verstehen, wie Heine gesagt hat, diese oder jene Vorstellung vom Zukunftsstaat, sondern das, was einer Zukunftsgeellschaft vorangehen muß, nämlich die Eroberung der politischen Macht. (Zuruf: Dann sind wir ja einzig!) Diese Auffassung unserer Aufgabe steht im engsten Zusammenhang mit unserer Auffassung von der kapitalistischen Gesellschaft, dem festen Boden unserer Anschauung, daß die kapitalistische Gesellschaft sich in unlösbarer Widersprüche verwickelt, die eine Explosion nothwendig machen, einen Zusammenbruch, bei dem wir den Schindlus spielen werden, der den neuen Vertrag diktiren wird. Aber wenn wir auf dem Standpunkt stehen, daß wir das im Rahmen des kapitalistischen Staates nie können, dann wären solche Behauptungen unmöglich, wie sie in der letzten Zeit gefallen sind von Heine, daß wir auch Konzeptionen auf dem Gebiete des Militarismus machen können; dann die Behauptung von Conrad Schmidt im Zentralorgan von der sozialistischen Majorität im bürgerlichen Parlament und namentlich Behauptungen wie die von Bernstein, daß, wenn wir einmal ans Ruder kommen, wir auch dann nicht im Stande sind, unsere Endziele zu verwirklichen. Als ich das las, sagte ich mir: welches Glück, daß 1871 die sozialistischen Arbeiter Frankreichs nicht so weise waren, denn dann hätten Sie gesagt, wie Bernstein jetzt sagt: Kinder, legen wir uns ins Bett, mehrere Stunden hat noch nicht geschlagen, konzentriert, vergesellschaftet, damit wir unserem Endziel näher kommen können! Aber dann hätten wir statt des großartigen Schauspiels des heroischen Kampfes ein anderes Schauspiel erlebt, dann wären die Arbeiter nicht Heroen gewesen, sondern einfach alle Weiber. Ich glaube, daß die Erörterung darüber, ob wir, wenn wir zur Macht kommen, im Stande sind, die Produktion zu einer gesellschaftlichen zu gestalten, ob sie schon dazu reif ist, daß das eine Doktorfrage ist. Für uns darf nie ein Zweifel sein, daß wir, nach der Eroberung der politischen Macht streben müssen. Jeder Tag kann Ueberraschungen bringen. Wir sind nicht sicher, daß wir nicht plötzlich vor die Frage stehen, was machen wir morgen, wenn wir zur Macht gelangen. Dann müssen unsere Ansichten über das, was wir zu thun haben, vollständig geklärt sein, wir werden die Herren bleiben trotz Sturm und Wind und Wetter. (Beifall.)

Trich-Berlin: Soweit ich in den Versammlungen des dritten Berliner Kreises gewesen bin, kann ich keinen Unterschied machen zwischen einem Heine, Stadthagen oder Bebel. Heine hat unser Programm in vortrefflicher Weise entwickelt, wenn er auch nicht immer und immerfort das Endziel betont hat. Bebel hat ja auch darauf hingewiesen, daß schon 1877 dieselben Klagen laut geworden sind. Demals war Heine noch nicht unter uns. Dann soll man aber auch nicht einzelne Personen, gegen die man vielleicht eine Antipathie hat, auf das Schaffot bringen. Auch bezüglich dessen, was über den vierten und sechsten Berliner Kreis gesagt ist, muß ich erwidern, daß nicht alle Wünsche betreffs der Organisation zu erfüllen sind. In Berlin ist ein Hinderniß der Organisation die stark stauende Bevölkerung. Heine wird sich gegen die Genossen Petkin selbst verteidigen können. Aber bemerken will ich doch: Was hat man aus seiner Ausführung gemacht! Er sagte, er könne sich sehr wohl denken, daß man einer demokratischen Regierung einmal Kanonen bewilligen könnte. Das ist aber auch alles. Was hat man aus den heutigen Ausführungen von Peus schon gemacht! Die alte Taktik, die uns so weit gebracht hat, wird uns auch weiter führen. Aber nehmen Sie die Worte, wie sie gesprochen werden, und machen Sie nicht etwas anderes daraus, und bauen Sie nicht darauf Anschuldigungen.

Heudecker-Offenburg: Man soll zwar höflich gegen Damen sein, aber Genossin Luxemburg wird auf Höflichkeit in diesen Dingen keinen Werth legen. Ich muß sagen, sie ist gewissermaßen mit der Annahme, etwas Neues zu sagen, vor uns hingetreten und hat uns mit Gemeinplätzen gedient. (Widerpruch.) Was sie vorgetragen hat, das wissen wir längst alle. Halten wir unser Pulver trocken, haben wir das Herz auf dem rechten Fleck und unser Ideal darin, das ist mehr werth als Phrasen. Sie kennen meine Anschauungen und können sich das Uebrige ungefähr selber denken. (Heiterkeit.)

Was die Bauernagitation betrifft, so haben wir im 10. badischen Wahlkreise ziemlich viel bäuerliche Stimmen erhalten; aber wir dürfen nicht vergessen, der Bauer wählt immer impulsiv, aus Gelegenheitsgründen, die bei der nächsten Wahl gar keine Rolle mehr zu spielen brauchen. In Süddeutschland hat das Zentrum uns gezeigt, was es noch immer über die Bauern vermag. Seien wir recht „vorsichtig“ in Sachen der Religion, wie ein Redner gesagt hat. Das Wort gefällt mir nicht, es hört sich so an, als wollten wir die Leute fangen. Nein! Halten wir uns an unser Programm, das, ausdrücklich sagt, jeder kann in religiösen Dingen denken, wie er will. Wie viele Atheisten sind nicht lediglich Nachschwämer, die mit ihrem Atheismus renommiren, ohne ihn wissenschaftlich begründen zu können,

Die weitere Diskussion wird gegen 7 Uhr abgebrochen. Singer stellt mit, daß der Antrag 46,\*) betreffend die Gleichheit zurückgezogen wird.

Eingegangen ist außer vielen Sympathie- und Kundgebungen ein Schreiben der Redaktion des „Arbeiter-Gebietens“, des Organs der Petersburger Arbeitervereine. Es giebt dem Parteitag Kunde von den Verfolgungen, denen die russische Arbeiterbewegung ausgesetzt ist. Ueber 1000 Personen sind verhaftet, zwei Geheimplatzierungen geschlossen. Trotzdem lassen die russischen Arbeiter den Mut nicht sinken. Sie hoffen auch von diesem Parteitag neue Belehrung zu erhalten.

Singer: Wir sagen den russischen Arbeitern unseren wärmsten Dank für ihre Kundgebung und hoffen, daß es auch ihnen gelingen wird, ihre und gleichzeitig die Feinde des Proletariats aller Länder zu überwinden.

Damit schließt der erste Verhandlungstag.

Stuttgart, den 4. Oktober.

### Vormittags-Sitzung.

(Privatbesprechungen des „Vorwärts“.)

Die Vormittags-Sitzung wird um 9 1/2 Uhr eröffnet. Den Vorsitz führt Singer. Vor Eintritt in die Tagesordnung erstattet die Mandatsprüfungs-Kommission Bericht durch Herrn Mann-Stuttgart: Es sind anwesend 215 Delegierte mit 246 Mandaten aus 198 Wahlkreisen. Außerdem sind 37 Genossen ohne Mandat, Kontrolleure, Mitglieder der Fraktion und des Parteivorstandes, zugegen. Gegen die Gültigkeit der Mandate von Gerstenhauer und Bräde aus Braunschweig ist ein Protest eingelaufen, da die Wahl in einer nicht vom Vertrauensmann einberufenen Versammlung erfolgte. Die Mandatsprüfungs-Kommission hat den Parteisekretär Pfannkuch gütlich angehört und stellt einstimmig den Antrag, dem Protest stattzugeben und die Mandate von Gerstenhauer und Bräde für ungültig zu erklären.

Brunke-Braunschweig: Ich kann hier nicht die ganze Braunschweiger Angelegenheit erörtern, damit wird sich ja der Parteitag noch zu beschäftigen haben. Der Delegierte unserer Gegenpartei in Braunschweig ist gewählt worden: in seiner Versammlung, zu der Welsen, Antsemien, Janningsmeister auf die Beine gebracht waren, die sonst nicht für uns zu haben sind, die absolut nicht in die Verhältnisse eingeweiht waren. Wir wurden in der Versammlung niedergeschrien, ja wir konnten uns nur mit Mühe entfernen, ohne Schläge zu bekommen. Wir sind es, die die Arbeit verrichten und die Ruhe hergestellt haben, aber unser Vertrauensmann wurde verewaltigt. Und ist das Mandat von 350 ehrenwerten Parteigenossen erteilt worden. Erkennen Sie die Mandate nicht an, so verschlimmern Sie die Sache nur. Da sich der Parteitag mit der Angelegenheit doch zu beschäftigen hat, so bitte ich Sie, die Beschlüßfassung über die Gültigkeit der Mandate wenigstens so lange auszusetzen, bis die Reiner-Kommission gesprochen hat.

Vlos: Sie haben eben einen kleinen Vorschlag vom Braunschweiger Ratshel bekommen, der später noch vor einer besonderen Kommission verhandelt werden soll. Selbstverständlich will ich auf die Dinge in dieser Breite nicht eingehen. Ich will Sie nur bitten, dem Beschluß der Mandatsprüfungs-Kommission beizutreten. Wenn die beiden Mandate jetzt laßt werden, so ist das ohne jede Einwirkung auf die Verhandlungen vor der Kommission, es ist ganz gleich, ob die beiden Herren dort als Delegierte erscheinen oder als Nichtdelegierte. Wir erkennen die Sonderorganisation nicht an. Ich bitte Sie nur, nehmen Sie das Vorgetragene nicht tragisch. Mein Vordränger hat gesagt, er und seine Freunde seien diejenigen, die die Arbeit geleistet hätten. Für diese Arbeit danken wir, denn sie bestand im Kratzen. Seitdem wir auf die Mitarbeit dieser Herren verzichtet haben, hat unser Parteivorstand den Höchstand an Abkommen erzielt. Der bisherige Parteivorstand, die Landesparteiversammlung und die Kontrolleure haben unsern Beschluß beigestimmt, vertrauen Sie diesen Instanzen!

Bräde-Frankfurt a. M. ersucht gleichfalls um Zustimmung zum Antrag der Mandatsprüfungs-Kommission. Die Braunschweiger, die die beiden neuen Delegierten gewählt haben, wären, wenn sie sich der Parteiorganisation hätten einfügen wollen, verpflichtet gewesen, in die erste vom Vertrauensmann ordnungsmäßig einberufene Parteiversammlung zu gehen. Das haben sie nicht getan.

Brunke: Als es sich um die Kündigung von Heymann handelte, wurde der Vertrauensmann verewaltigt. Redner sucht dem Vordränger gegenüber nachzuweisen, daß sein Mandat und das seines Freundes ordnungsmäßig zu stande gekommen sei.

Heymann: Die Allgemeinheit, vertreten durch Parteivorstand und die große Mehrheit der Braunschweiger Parteigenossen hat die bisherigen Vertrauenspersonen für ungeeignet erklärt, da sie es demokratische Pflichten, sich zu fügen. Seitdem die kleine Anzahl von Leuten, um die es sich handelt, ausgeschieden sind, hat unsere Bewegung in Braunschweig einen glänzenden Aufschwung genommen. Vertiefen Sie nicht von neuem die Differenzen.

Kieck-Braunschweig: Lange genug hat der Skandal gedauert. Werden die Mandate für ungültig erklärt, so wird Ruhe und Ordnung in Braunschweig herrschen.

Der Antrag Brunke wird abgelehnt. Die Mandate von Brunke und Gerstenhauer werden mit großer Mehrheit für ungültig erklärt.

Singer erklärt, daß der weiteren Anwesenheit der beiden Genossen auf dem Parteitag zur Klärung der Braunschweiger Differenzen nichts im Wege steht, sie im Gegenteil erwünscht ist.

Die Mandats-Prüfungskommission wird der bisherigen Leitung entsprechend auf Vorschlag Singer's wieder als Justizkommission (Weiterleit) in Tätigkeit treten.

Hierauf wird die Debatte über den Abschnitt Taktik des Geschäftsbereichs des Parteivorstandes fortgesetzt.

Voigt-Berlin IV: Auch gegen die Genossen des vierten Berliner Wahlkreises ist der Vorwurf erhoben worden, daß sie ihre Schuldigkeit nicht getan haben, man vergißt dabei aber, daß ein großer Teil des Kreises an Niederbarnim abgetreten ist, ein Bezirk mit über 2000 Wählern. Die Stimmenzahl ist um 200 zurückgegangen, wir haben also tatsächlich einen Zuwachs. Gewiß, man hätte vielleicht mehr thun können, aber in welcher Weise? Das beste Mittel, in die zu uns noch nicht gehörenden Schichten der Bevölkerung einzudringen, ist die Presse, die uns verläßt, wenn wir auf die Indifferenzen wirken wollen. Das Zentralorgan kann dies nicht leisten, und ein Berliner Blatt haben wir nicht. Es ist gelogt worden, die Siegeszuversicht war zu groß. Ja, aber auch die Presse war theilweise zu siegesgewiß und selbst manche Kandidaten haben bisweilen nicht voll ihre Schuldigkeit getan. Die Thätigkeit der Genossen, die sich zur Verfügung stellen, ist eine so intensive, daß sie bald verdraucht sind. Diesen Dingen muß abgeholfen werden. Man hat vorgeschlagen, die Organisation anders zu gestalten, aber in welcher Weise das geschehen soll, darüber ist man sich nicht einig. Der größte Mangel ist der, daß man zu wenig Leute zu der intensiven Arbeit heranzieht. Hier muß in erster Linie Remedur geschaffen werden.

Schaal-Osthavelland: Unser Kandidat Schröder ist gestern von Scheidemann wegen eines auf die Landtagung bezüglichen Artikels in den „Sozialistischen Monatsheften“ angegriffen worden. Die Kreisversammlung hat diesen Artikel durchaus gebilligt. Es ist gar nicht möglich, bei uns in anderer Weise vorzugehen. Die Industriearbeiter, die durch die Wohnungsverhältnisse aufs Land getrieben werden, sind die besten Agitatoren für uns.

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird unterzückt. Dem Ersuchen Volkmars um Verlesung der Rednerliste widerspricht Singer mit dem Hinweis auf die Geschäftsordnung, worauf Volkmars einen bezüglichen Antrag zur Geschäftsordnung stellt.

\*) 46. Parteigenossen des 4. und 5. Berliner Kreises und die Genossinnen Berlins: Die in Stuttgart unter der Redaktion von Frau Maria Jettin erscheinende Frauenzeitung „Die Gleichheit“ wird in das Eigentum der Partei übernommen und, zur Förderung der Frauenbewegung und Schaffung eines einheitlichen Mittelpunktes für sie, die Redaktion nach Berlin verlegt. Der Parteivorstand wird aufgefordert, die notwendigen Schritte mit möglichster Beschleunigung zu thun“.

Der Antrag wird angenommen. Zum Wort gemeldet sind noch Gradnauer, Heymann, Hendrich, Thiel-Kassel, Volkmars, Heine, Leutert, Frau Jettin. Der Schlußantrag wird abgelehnt.

Gradnauer: Es sind im Laufe der Debatte eine Reihe von Momenten zu Tage gefördert, durch welche der nicht besonders günstige Ausfall der Reichstagswahlen erklärt werden sollte. Ich glaube noch ein Moment hier anzuführen zu sollen. Mir scheint, daß seit dem Falle des Sozialistengesetzes immer mehr die Diskussionen unter den Parteigenossen in wissenschaftlicher Beziehung, anknüpfend an aktuelle politische Fragen nachgelassen haben. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes war gewissermaßen ein Heißhunger unter den Genossen nach Lesetüre und Diskussion. Das war fördernd, anregend. Im Laufe der Zeit hat das nachgelassen. Das ist eine bedauerliche Erscheinung. Es wäre zu wünschen, daß hier Wandel geschaffen wird. Dieser Mangel hängt zusammen mit einer anderen besonders bedauerlichen Erscheinung in der Entwicklung der Partei; das ist der Mangel an intelligenten führenden Kräften, die nicht in demselben Maße sich vermehrt und verbessert haben, wie die Partei an Umfang und Fülle ihrer Aufgaben gewachsen ist. Wenn wir da nun aber den Wunsch haben müssen, derartige Kräfte heranzuziehen, dann scheint es mir im höchsten Grade verfehlt zu sein, derartige Diskussionen zu pflegen, wie dies gegenüber Heine geschehen ist. (Sehr richtig.) Ich meine, wir haben diese Leute nötig in der Partei und man sollte deshalb Genossen, die sich vielleicht diese oder jene Abweichung zu schulden kommen lassen, nicht gleich mit dem allergrößten Geschick in der allerschwersten Weise zurückschicken. Heute sagt man, wir wollen keine Hebergerichte abhalten, aber in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ stand zu lesen, Heine ist kein Sozialdemokrat, er ist kein Parteigenosse, er soll sein Mandat niederlegen. Ja, Genossen, Heine hat sich, wie ich weiß, mit dem Gedanken getragen, sein Mandat niederzulegen. Das war eine ganz falsche Empfindlichkeit. Seine Freunde haben ihm davon abgerathen und er selbst ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß man sich Dickseligkeiten angewöhnen muß. Ja, aber dann soll man es den Genossen nicht schwer machen und sie nicht abschrecken durch derartige Angriffe, in unseren Reihen zu kämpfen. Und solche Angriffe sind gegen Heine gerichtet worden. Ich billige das nicht, was Heine in seiner Mandatenrede gesagt hat. Man hat gesagt, Heine ist ein besonderer Prätentus in der Partei. Nun, ich finde nicht, daß er sich besonders praktisch gezeigt hat, denn er hat eine Frage angeschnitten, mit der wir heute gar nicht zu rechnen haben, er hat aber damit noch kein Staatsverbrechen an der Partei begangen. Was hat er denn gesagt? Er wird ja selbst noch nachweisen, wie übertrieben das ist, was man ihm unterstellt. Ja, die Genossen des sechsten sächsischen Kreises haben sich in ihrem Antrage doch auch für Mandatenentziehungen ausgesprochen, nämlich wenn wir einmal die Milizarmee haben. Heine hat doch nur gesagt, wenn wir die politische Macht erobert haben, dann können einmal Zustände eintreten, die uns in solche Lage bringen. Er hat sich vielleicht nicht so scharf ausgedrückt, wie es der Antrag thut, aber im Grunde ist die Abweichung gering, deshalb darf man nicht in der Weise gegen ihn vorgehen. Nun sagt man, wir haben ja nichts dagegen, wenn abweichende Meinungen vorhanden sind, es soll nur nichts vertuscht werden. Gewiß, der Meinung sind wir auch. Wir wollen Klarheit haben und nichts verschleiern und vertuschen. Aber das, was diese Genossen, die Ankläger sein wollen, thun, ist etwas anderes. Es sind Genossen, die gewiß die besten Absichten haben, aber sie haben sich in fixe Ideen verannt. Wenn die Kleinste, ihnen als unrichtig erscheinende Aeußerung gemacht wird, so glauben sie, die Partei ist in Gefahr, sie müssen sie wieder auf die richtigen Wege führen. (Sehr wahr!) Und dabei wird dann aus einer Mücke ein Elefant gemacht. Ja, wenn Heine ein sehr ehrgeiziger und umständlicher Genosse wäre, was er nicht ist, so könnte er diesen Genossen dankbar sein. Für die Propaganda wäre er vielleicht ein sehr lieber und schätzenswerther Genosse, aber es wäre nicht so viel über ihn geredet worden. All das war nicht so wichtig, daß es nötig war, einen so großen Skandal hervorzuheben. Ich persönlich habe großen Respekt vor den Theoretikern unserer Partei. Sie sind die Wegweiser; aber ein theoretisches Arbeiten, ein Beweisen kann ich das nicht nennen. Das von einigen Seiten unternommen ist, das ist Kritikeri, das grenzt an Ständalkerei. Dazu kommt noch der Ton, in dem diese ganzen Angriffe gehalten sind. (Sehr gut.) Meiner Ansicht nach ist nichts Schlimmes gesagt. Wenn aber etwas Sachliches dabei wäre, so hätten die Genossen das Sachliche durch die Art ihres Tones unendlich geschädigt. Selbstverständlich, der Ton ist Nebenache. Auf die Sache kommt es an. Aber man sage nicht, daß es gleichgültig ist, in welcher Weise die Polemik geführt wird. Wie war es denn mit den Unabhängigen? Auch sie sind nicht wegen prinzipiell abweichender Meinungen entfernt worden, sondern wegen der Verleumdungen und ungerechten Angriffe. Ich will die jetzige Lage nicht damit vergleichen. Aber auch jetzt ist die Polemik in einem ungehörigen Tone geführt worden, so ist z. B. gelogt worden, was stellt Ihr Heine auf, früher habt ihr ja Mundel gehabt und der war genau so gut wie Heine. Ja, wenn man so polemisiert, wenn in einer solchen Weise gearbeitet wird, wo soll es dann hinkommen? Das einzig Gute bei dieser Art der Polemik ist, daß der größte Teil unserer Presse es zurückgewiesen hat, in ähnlicher Weise zu polemisieren. Wenn irgend jemand in Verlist derartige Dinge gesagt und versucht hätte, damit Anhang zu finden, dann hätte ein großer Parteiskandal daraus werden können. Wir wollen nicht die Kritik unterdrücken. Aber ich möchte doch den Genossen, die sehr viel Kritik üben wollen, empfehlen, daß sie in erster Linie Selbstkritik üben. (Lebhafte Beifall, Gänbeln.)

Heymann-Göttingen wendet sich gegen die Genossin Luxemburg. Es ist sichtlich geworden, an der Arbeit unter der indifferenten Rolle draußen im Lande Kritik zu üben, ohne daß man die Verhältnisse kennt. Von einer Verleumdung der Parteiprinzipien durch die Agitatoren kann gar keine Rede sein. Ich persönlich habe in meinem eigenen Wahlkreise, in dem durchaus katholischen Eichsfelde, über gar nichts anderes sprechen können. Dafür sorgen schon unsere Gegner. Man stellt die Dinge durch eine Brille, die den Thatbestand verschleiern. Wir sehen, daß viele Genossen von dem agrarischen Produktionsprozess gar keine Ahnung haben. Statt uns zu kritisieren, erleichtern Sie uns lieber die Arbeit, indem Sie die Verhandlungstabellen vornehmen und eine Broschüre über die Lohnhölle auf dem Lande schreiben, die gemeinverständlich ist. (Lebhafte Zurufe: Sie selber! Weiterleit.) Noch ein psychologisches Moment. Von sachlichen Differenzen habe ich nichts bemerkt. Der Ton ist es, der die Differenzen macht, und die Tonart muß anders werden im Interesse der Partei.

Hendrich-Offenburg: Die Genossin Jettin frönd vor mir auf der Rednerliste, als sie dann merkte, daß ich hinter ihrem Wagen herfuhr, ist sie abgestiegen und fährt nun stolz auf dem Hinterrücken hinterdrein. (Weiterleit.) Der Genossin Rosa Luxemburg habe ich schon gestern erwidert. Sie trat auf, als ob es Pilet mit Champignons geben sollte und es gab nichts als Kartoffeln mit pilanter Sauce. (Weiterleit.) Und gestern Abend haben mir einige Genossen gratuliert zu meiner Rede gegen die Weibskulte. (Große Weiterleit.) Ich wahrte mich entschieden dagegen, denn ich habe keine Rede gegen die Weibskulte gehalten. Aber deshalb, weil eine Frau einen Gemeinplatz sagt, soll man nicht Weisfall machen. (Sehr wahr!) Gütte ein Mann die gestrige Rede der Rosa Luxemburg gehalten, niemand hätte Weisfall geflößt. (Sehr wahr!) Wenn Frauen an der Debatte sich betheiligen, gut, aber dann sollen sie auch das Vorrecht der Frauen verzichten, und, wenn sie es mit einem bödigen Raubbein zu thun haben, unter Umständen auch auf die Höflichkeit. (Lebhafte Beifall.)

Ein Schlußantrag, den Schrader-Osnabrück begründet und Heine-Berlin bekämpft, wird abgelehnt. Thiel-Kassel: Stadthagen sagte gestern, wo unsere Presse am wenigsten verbreitet war, hatten wir die größten Erfolge. Das darf nicht unwidersprochen bleiben. Die Aeußerung, die unbeachtet bliebe, wenn sie von einer obskuren Persönlichkeit außerhalb des Saales gethan wäre, wird von unseren Gegnern aufgegriffen und gegen uns auf das schlimmste ausgenutzt werden. Deshalb muß dagegen protestiert werden. Wir Redakteure der Parteipresse müssen

an den Mirza Schaff'schen Vers denken, wonach jeder Backfisch, jeder eingeklebte Wadl von der Presse etwas verstehen will, nur der Redakteur gilt nichts. (Weiterleit.) Volkmars: Es war ursprünglich nicht meine Absicht, zu dieser Frage zu sprechen. Die Stimmung schien mir zuerst sehr gut. Ueberall schien die wohlwollende Absicht vorhanden, möglichst objektiv zu urtheilen, aber die Wendung, die die Debatte gestern Abend genommen, der nervös gereizte Ton, der hereingebracht, und die Dolmetzen, die dabei zu Tage gefördert wurden, lassen es mir doch notwendig erscheinen, ein Wort dazu zu sagen. Das Lied von der Verkümpfung der Partei ist ein recht altes. Es giebt Leute, die da meinen, kein Parteitag ist vollständig, wo dieses Lied nicht gesungen wird. (Weiterleit.) Auf jedem Parteitag noch ist ein Moment gekommen, wo ein apokalyptischer Reiter hervorgezungen ist, um den nahen Untergang der Partei zu verkünden. Auf Neulinge mag das seinen Eindruck nicht verfehlen. Aber durch dieses ewige Wiederholen werden die Dinge nicht interessanter. Außerdem ist die Wiederholung ganz nutzlos, denn die Partei hat sich von Jahr zu Jahr zu ihrer jetzigen Höhe und Reife hinaufgehoben. (Große Weiterleit und Beifall.) Bei uns in Deutschland ist der Doktrinismus, der sich in solchen Prophezeiungen gefällt, so gut wie überwunden. Aber einige Sätze, die gestern ausgesprochen worden, sollen nicht unwidersprochen bleiben. Aus dem Genossen Hendrich sprach gestern wohl der Kerger über eine ganze Richtung, die mit Dresden in engster Verbindung steht und seit Jahr und Tag die ganze Partei ärgert und langweilt durch ihre hochmüthige Art, die über alles ein Urtheil und von oben herab spricht. (Lebhafte Beifall.) Genosse Hendrich hat mit recht gestern Verwahrung eingelegt gegen die präventive Art, mit der gegen uns alte Veteranen der Partei gesprochen worden ist wie zu Schuljungen. (Lebhafte Zustimmung.) Daß, was wir vor 20 Jahren uns längst an den Schulhöfen abgelaufen haben, wird uns jetzt als etwas Neues vorgebracht! Aber das will ich noch passiren lassen. Der Reiz der Neuheit wird verschwinden und dann wird die Partei im ganzen wenig Geschmad an einer derartigen Art finden. Aber noch ein anderes fordert Widerspruch.

Die Genossin Rosa Luxemburg ist ausgerüstet mit dem äußeren Rüstzeug des Marxismus; sie erweckt den Anschein der Wissenschaftlichkeit, aber der genau Zusehende nimmt sehr schnell wahr, daß ihre Schlüsse zu einem großen Theile reine Tragikstücke sind. Da ist zum Beispiel gesagt, namentlich in ihren Artikeln: Der Arbeiterstand ist ja im Interesse des Kapitalismus selbst gelegen. Ich erinnere mich, daß ein Mann, der den nicht ganz unbekannt Namen Marx getragen hat, einmal die Wiedergeburt der englischen Arbeiterklasse von dem Erlaß der Fabrikgesetze datirt. (Lebhafte Zustimmung.) Da ist uns gesagt worden, die Trade-Unions sind ja sozialistenfeindlich! Es ist wiederum der nicht ganz unbekannt Name Marx gewesen, der die englischen Trade-Unions die Feindkämpfer des europäischen Proletariats genannt hat. (Beifall.) Es ist noch die Frage, wo, praktisch genommen, für das Loos der Arbeiterklasse mehr erreicht worden ist, in England oder bei uns, und wo mehr sozialisiert ist. Nun noch eins. — Die Zeit erlaubt mir ja nicht, auf alles einzugehen. — Schließlich hat die Genossin Luxemburg das revolutionäre Bewußtsein wollen: wenn die französischen Arbeiter, sagte sie, 1871 so klug, so aufgekärt gewesen wären, wie wir heute sind, dann hätten sie wahrscheinlich nicht losgelassen, sondern sie hätten sich ruhig ins Bett gelegt. Parteigenossen! Ueber historische Geschehnisse ist schwer zu urtheilen, weil sie gewöhnlich mit elementarer Gewalt kommen, aber schlechter würden die französischen Arbeiter der Sache des Proletariats nicht gedient haben, wenn sie geschlafen hätten. (Lebhafte Zustimmung.) So viel ist jedenfalls sicher, daß die Annahme der Genossin Luxemburg, als ob die Kommune ein Stück Sozialdemokratie sei, die unhistorischste ist, die überhaupt sich ausdenken läßt. Aber freilich hängt das mit der ganzen Auffassung der Genossin zusammen. Sie scheint auf dem Standpunkt zu stehen, daß Gewaltmittel, Gewaltstreiche stets einen sozialistischen Charakter haben müssen. Anders ist die Aeußerung der Genossin Luxemburg überhaupt gar nicht zu verstehen! Wir leben jetzt in einer Zeit, wo jeden Augenblick etwas Unerwartetes geschehen könnte, wo man die Macht haben könnte und vorbereitet sein müßte, sie anzunehmen. Das ist nicht eine Theorie der deutschen Sozialdemokratie, das ist die Ansicht des Blanquismus (Lebhafte Zustimmung), der sich einbildet, zu jeder Zeit, wenn er eine mehr oder minder große Zahl von Anhängern hat, über die Köpfe der historischen Entwicklung hinweggehen, loszuschlagen zu können. Wenn die deutsche Sozialdemokratie je auf diesem Standpunkte gestanden hat, ist diese Zeit glücklicherweise längst hinter uns und wir haben uns nicht rückwärts, sondern vorwärts zu entwickeln. (Beifall.) Ich sage im Gegensatz zur Genossin Luxemburg: es könnte der deutschen Sozialdemokratie gar nichts Unglücklicheres passieren, als daß wir jetzt genöthigt wären, die politische Macht zu übernehmen. Wir wollen nicht durch künstliche Mittel von außen her diese Macht gewinnen, sondern durch die innere Nothwendigkeit, der niemand widerstehen kann. Wir wollen die Macht dem Volke nicht abhauen, nicht abzugeben, sondern mit seinem eigenen Willen soll sie uns zufallen. Die Genossin Luxemburg hat nicht gestern, aber in Ihren Artikeln, einen Unterschied gemacht zwischen Revolutionären und Gemäßigten: die Revolutionären in der Partei sind die, welche thätig sind im Hinblick auf die Ergreifung der politischen Macht; die Gemäßigten sind die, die gerade so thätig sind, aber nur mit einer anderen Intention, mit der Intention, die Arbeiterklasse zu heben und die schrittweise Erweiterung der gesellschaftlichen Kontrolle herbeizuführen. Wenn das nicht einfacher Blanquismus ist, dann ist es nichts als eine Haarplöckerei, für welche mir jedes Verständnis fehlt. (Sehr richtig.) Denn wenn ich ein Ziel erreiche, dann ist es ziemlich gleichgültig, welche theoretischen Vorläufe ich mir dabei mache. (Zurufe des Genossen Parvus.) Warten Sie doch, bis Sie wieder mit 24 Leitartikeln in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ antworten! (Große Weiterleit.) Die ganze Idee, die davon ausgeht, daß man, indem man heutigen Zielen nachgeht und sie mit Entschiedenheit vertritt, das Endziel hinauschiebt. Diese ganze Theorie ist so unlogisch, so unmarxistisch wie nur irgend denkbar. Denn der Sozialismus geht von dem Gedanken aus, daß die ganze Agitation, die wir treiben, nicht von unserem eigenen Willen abhängt, sondern daß sie mit innerer Nothwendigkeit vor sich gehen muß, weil die ökonomischen Verhältnisse ganz von selbst darauf hinarbeiten. Wenn der immanente selbstwirkende Trieb zur Entwicklung zum Endziel nicht vorhanden wäre, dann könnten wir uns begnügen lassen mit unserer ganzen Agitation. (Lebhafte Beifall.) Das ist es, was uns zum Ziel verhilft und alle die angegriffenen Männer, Heine und Schmidt und Weisstein, haben sich jedenfalls viel mehr verdient gemacht um die Partei, als solche, die sich in den alten Klischees fort und fort aufs neue vorhalten. Jede derartige Anrempelung ist das schlimmste, was für die Partei geschehen kann. Ich fürchte ja davon nichts für eine Partei von solcher Kraft, die hat schon viel abgestritten. Unsere Sozialdemokratie ist fertig geworden mit den äußeren Gegnern, sie wird sich auch von der Psycho zu emanzipiren wissen. (Stürmischer Beifall und Gänbeln.)

Heine: Bitte, schenken Sie mir, nachdem die Debatte durch Volkmars endlich wieder auf die Höhe einer würdigen Auseinandersetzung gebracht ist, noch einige Minuten Aufmerksamkeit, wenn ich auch nicht so tiefe und ernste Bemerkungen vorzutragen habe. Ich muß offen sagen, die Angriffe, die gegen mich gerichtet sind bei Gelegenheit der Verathung über den Bericht des unglücklichen Parteivorstandes, haben keinen besonders tiefen oder ernsten Eindruck auf mich gemacht, am allerwenigsten die kindlichen Anzupfungen auf meinen Advokatenberuf, die ich nun schon seit dem Tage, wo ich öffentlich hervorgetreten bin, jede Woche über mich ergehen lassen muß. Etwas billigeres giebt es doch eigentlich gar nicht. Was würde wohl Frau Jettin sagen, wenn ich ihr gegenüber von Frauenlogik spreche, was würde Schoenlant, der während des Haffler oder Kanonen und Säbel sagen, wenn ich ihm seine Bemerkungen vorhalten würde? (Große Weiterleit.) Oder was würden Sie sagen, wenn man dem früheren Dreißler Rebel gegenüber aussprechen wollte, er dreißele die Parteigründlinge so lange zurecht, bis sie sich in ihr Weizenfeld abgegriffen haben, oder wenn man ausführen würde, die Gründe

Ein Schlußantrag, den Schrader-Osnabrück begründet und Heine-Berlin bekämpft, wird abgelehnt. Thiel-Kassel: Stadthagen sagte gestern, wo unsere Presse am wenigsten verbreitet war, hatten wir die größten Erfolge. Das darf nicht unwidersprochen bleiben. Die Aeußerung, die unbeachtet bliebe, wenn sie von einer obskuren Persönlichkeit außerhalb des Saales gethan wäre, wird von unseren Gegnern aufgegriffen und gegen uns auf das schlimmste ausgenutzt werden. Deshalb muß dagegen protestiert werden. Wir Redakteure der Parteipresse müssen

von Singer hätten noch nicht einmal das Gewicht eines Schneiders? Wo kommen wir hin, wenn man mit derartigen albernen Wigen argumentiert? So habe ich z. B. in der Zeitung gelesen — gehört habe ich es nicht —, daß Schoenlant mir gestern zugerufen hat: „Was verleiht dem Du von Marx.“ Gegen derartige zünftige Gelehrtsamkeit muß ich Verwahrung einlegen. Ich habe zwar nicht den Dr. phil. gemacht, auch nicht das Glück oder Unglück gehabt, mit 20 Jahren Zeitarbeiter über den Marxismus zu schreiben, aber man kann sich theoretische Kenntnisse aneignen, auch wenn man nicht zur Kunst gehört. Was sollen denn all die Räpchen bedeuten? Was soll es heißen, wenn Schoenlant das Wort Genosse seine sofort in Abgeordneter seine korrigiert? Was soll es heißen, wenn Frau Zellin fort und fort von dem Reichstags-Abgeordneten seine redet. (Sehr gut.) Ich lege keinen Wert auf solche Äußerlichkeiten, ich will nur zeigen, mit welchen kleinen und kindlichen Mitteln man vorgeht. Frau Zellin, soll ich Sie vielleicht künftig gnädige Frau anreden? Ich bin dazu bereit. (Weiterkeit.) Ich lege diesem Herrn auf mich nicht die geringste Bedeutung bei. Ich bin wirklich nicht so grün und jung in der Partei, wie gewisse Leute glauben, wenn ich auch erst seit ein oder zwei Jahren politische Reden halte. Seit vielen Jahren gehöre ich der Partei an und ich habe den Grundgedanken, mich nicht vorzudrängen, sondern zu warten, bis man mich ruft. Ich habe die Zeit ausgenutzt, um etwas zu lernen. Es muß ja auf jedem Parteitag irgend ein Sündenbündel abgehandelt werden und ich bin ja heute in guter Gesellschaft, denn nachher wird ja noch Bebel nach allen Regeln des hergebrachten Ritus geschächelt werden. (Weiterkeit.) Wogegen ich mich aber wende, das ist der Versuch einer Legendenbildung in der Partei, die sich gestern zeigte in der Zusammenstellung Heine-Küngenau. Ich bin ja bereit, mit gutem Humor mich als Prügelknabe für Bernstein und andere Leute benutzen zu lassen, aber ich möchte doch energisch Verwahrung dagegen einlegen, daß ich in bezug auf die Anwendung der Prügelstrafe mit Küngenau übereinstimme. Es ist also eine recht frivole Unterstellung, oder eine recht große Unachtsamkeit gewesen, wenn man mich mit Küngenau in einen Topf geworfen hat. Auf diese Art soll Antipathie erweckt werden. Auch bei der Behauptung von der Verschleierung der Endziele ist eine Legendenbildung aufgetreten, abgesehen von einem medienburger Flugblatt, wo davon gesprochen sein soll, daß auch in der zukünftigen Gesellschaft noch Parzellenbesitz erhalten bleibt, ist auch nicht ein einziger Beweis dafür erbracht worden, daß jemand das Endziel verschleiert, am wenigsten ist der Beweis von mir erbracht worden. Ich habe hier einige meiner Flugblätter, in einem davon sind den Endzielen volle 40 Zeilen gewidmet; dagegen liegt mir hier ein viel kürzeres und darum besseres Flugblatt von Singer vor, worin auch nicht ein Wort von der zukünftigen Gesellschaft steht. Ich erlaube darin keinen Wortwitz, jeder kämpft nach seiner Art, und es ist ganz unnötig, da hineinzuerebnen.

Die Genossin Luxemburg hat eine große Rede gegen mich gehalten, die von Vollmar bereits genügend charakterisiert ist; neu war das, was sie gesagt hat, ebenso wenig wie das, was ich gesagt habe. Der Unterschied ist nur der, daß ich gesagt habe, was ich vorbringe um Stadthagens Ansicht zu widerlegen, sind alle Kamellen, während sich Rosa Luxemburg mit dem Nimbus einer neuen Weisheit umgeben hat. Frau Zellin hat es sich ebenfalls nicht nehmen lassen, einen Legendenfabrikan gegen mich zu spinnen, indem sie behauptet, ich hätte mich in meiner Broschüre für die Taktik der französischen Possibilisten erklärt. Davon habe ich kein Wort geschrieben, und Genossin Zellin hat sich auch heute früh bei mir entschuldigt und zugegeben, daß sie sich geirrt hat. In der Broschüre stand nämlich genau das Gegenteil. Ich hob in der Broschüre ganz ausdrücklich hervor, daß, wenn ich von Possibilismus spreche, ich nicht an die bekannte Seite in Frankreich und deren Taktik denke. Da sehen Sie, wie windig die ganze Polemik ist, wenn die Leute nicht einmal lesen können. (Weiterkeit.) Vielleicht wird Ihnen Genossin Zellin nachher auseinandersetzen, daß das, was geschrieben ist, ganz gleichgültig ist und daß der innere Gedankengang maßgebend ist. Ja, wenn sie besser in meiner Seele lesen kann, als ich, so mag es gut sein. Ich weiß aber, daß ich durch meine Handlungen das Gegenteil bewiesen habe. Nun hat Genossin Zellin auch noch den entscheidenden Fall Heine in die Debatte gezogen. Auch hier wieder handelt es sich um eine Legendenbildung. Es ist behauptet, ich hätte meine Kandidatur damit angepriesen, daß ich der Partei eine neue Politik, die Kompensationspolitik ausdrücken wollte. Das Gegenteil ist wahr. Wenn ich wirklich eine neue Politik einführen wollte, dann hätte ich sehr wohl gewußt, daß erstens der Zeitpunkt unmittelbar vor der Wahl der ungeeignetste war und daß es zweitens sehr unangebracht war, wo ich zum ersten Mal auftrat, eine neue Taktik zu empfehlen. Als die Genossen mir die Kandidatur anboten, da sprach ich mit ihnen unter vier Augen, wie es ein gewissenhafter Mann soll, über meine Stellung zu gewissen Fragen. Ich sagte ihnen namentlich, daß mir die auf dem letzten Parteitag gegen Auer und Schippel gerichteten Angriffe sehr unympathisch sind, und ich hat sie, sich zu überlegen, ob ihnen nicht ein anderer Kandidat genehmer wäre. Trotzdem haben sie sich für mich entschieden. In meiner Bahreide sagte ich kein Wort davon. Da legte mir einer von denen, die einen anderen Kandidaten wünschten, Fragen über diesen und sechs andere Punkte vor, wie ich zur Religion stehe, und andere Angelegenheiten. Als ehrlicher Mann mußte ich ehrlich darauf antworten, und ich sagte, ich habe über eine gewisse Frage eine abweichende Meinung, aber in bezug auf praktische Politik stehe ich ganz auf dem Standpunkte, den die Partei bisher eingenommen hat. Ich bin in Wahrheit der, der auf dem allen Standpunkte steht, während diejenigen, die sich darüber beschwerten, diejenigen sind, die eine neue, mit der bisherigen Praxis in Widerspruch stehende Politik der Phrasen einführen wollen. Ich bin geneigt, mich und alle, die praktische Politik treiben wollen, für weit radikaler zu halten, als die, die den dünnen Kaffee ihrer Ausführungen mit recht viel revolutionärem Jargon zu versetzen suchen. Auf den Artikel in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ antwortete ich nicht und werde ich nicht antworten. Vollmar und Gradnauer haben mich ja in Scham genommen. Ich danke ihnen dafür, aber mir persönlich verbietet meine Würde, auf derartige verdächtigende Angriffe zu erwidern. Nun sagt zwar die „Sächsische Arbeiterzeitung“, ich hätte durch mein Schweigen alles zugegeben. Ich habe nichts zugegeben, es lohnt mir nicht, darauf zu antworten. Und nun bitte ich, richten Sie über die Sache, ich habe ein jedes Wort mitgebracht. Ich wünsche, was mir bevorsteht; ich habe das ehrliche Streben, der Partei zu dienen und habe das bewiesen in Berlin. Die Genossen haben mich trotz meiner hochvertrauensvollen Beurteilung aufgestellt und ich habe mit ihnen gemeinsam in ernstlichen Kämpfen diesen höchst gefährdeten Wahlkreis gehalten trotz der Knäppl, die uns die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ und ihre Freunde mitten im Wahlkampf zwischen die Beine geworfen haben. (Sehr richtig!) Reinetwegen nennen Sie uns Verräter. Wenn das aber kein Verrath war, und mitten im Wahlkampf in den Rücken zu fallen, dann giebt es keinen Verrath. Und nun mögen die beiden Parzen Zellin und Luxemburg ihre Fäden weiter spinnen. Es ist nichts so fein gesponnen, alles kommt ans Licht der Sonne, und die Sonne des Tages zertrümmert diese Spinnweben nicht. (Lebhafte Weisheit.)

Ein Schlußantrag, der von Wegl befürwortet, von Frau Zellin bekämpft wird, wird angenommen. Frau Zellin (persönlich): Ich will dem nichtsnünftigen Gerede, das mir vorgelesen ist, noch hinzufügen, daß ich mich bei Herrn Rechtsanwalt Heine nicht entschuldigt habe, sondern daß ich ihm erklärt habe, daß formell in seiner Broschüre nicht steht, wir sollen die französischen Possibilisten nachahmen, daß aber nach meiner festen Überzeugung der ganze Sinn seiner Ausführungen ist, wir sollten dieselbe Taktik befolgen. Für diesen Theil des Vorstandsberichtes erhält das Schlußwort Auer: In der Debatte sind ja mancherlei Streitfragen erörtert worden, die für uns von großem Interesse waren, aber mit dem eigentlichen Gegenstand nicht in unmittelbarer Beziehung standen. Als Referent aber muß ich zunächst auf die Reichstagswahlen zurückkommen und auf die Kritik, die in der Debatte an der Thätigkeit des Parteivorstandes geübt worden ist. Genosse Jubel hat behauptet, ich hätte die Berliner Genossen angegriffen. Das hat

mir absolut ferngelegen. Ich habe mich nur gegen die Aeußerung eines Berliner Genossen in einer Berliner Versammlung über den Antrag betr. die Wuchshandlung gewandt. Die Berliner Genossen werden doch nicht für jede Dummheit, die in irgend einer Versammlung gesprochen wird, die Verantwortung übernehmen wollen. (Weiterkeit.) Ich habe die Aeußerung des Berliner Genossen nur als typisch angeführt. Dazu sind andere Einwürfe gegen mich erfolgt. Es ist darüber gesagt worden, daß ich bei der Stichwahl in Wittenberg und Schweidnitz das Aviso per Draft gegeben habe, für den Kandidaten der freisinnigen Vereinigung gegen den konservativen Kandidaten einzutreten. Das habe ich gethan und solche Anweisungen noch nach verschiedenen anderen Wahlkreisen geschickt. Ich glaube aber, damit in direkter Ausführung des Hamburger Beschlusses (Antrag Bebel und Amendement Ragenstein) gehandelt zu haben, der unser Verhalten für die Stichwahlen festlegte und unser Eintreten für einen Kandidaten davon abhängig macht, daß diese gewisse Voraussetzungen erfüllen. Im Wittenberger Kreise kandidierte der Herr v. Leipzig, ein ebenso geschickter, wie einflussreicher und in unserem Sinne gefährlicher konservativer Führer. In seiner Wiederwahl konnte uns wirklich nichts gelegen sein. Ihm gegenüber stand der Kandidat der freisinnigen Vereinigung, Herr Siemens, dessen Liberalismus allerdings frei von jeder radikalen Anwendung ist. Besser als Herr von Leipzig aber war Siemens unter allen Umständen. Meine übrigen Kollegen vom Vorstand waren an Agitation. Ich mußte selbstständig handeln und übernehme auch vollständig die Verantwortung. Genosse Nothrad hat mir deswegen schwere Vorwürfe gemacht. Ich suchte mich zu verteidigen, glaube aber nicht, daß ich Nothrad überzeugt habe. (Weiterkeit.) Nothrad war besonders deshalb gegen die Unterstützung von Siemens, weil dieser sich geweigert hatte, in der Erklärung die Bestimmung I zu unterschreiben, worin er gegen jede Verrechnung des stehenden Heeres und der Marine zu stimmen bereit sein sollte. Ich lasse dahingestellt, ob diese Weigerung nicht unter Umständen auch für mich ein geeigneter Grund gewesen wäre, seine Unterstützung zu unterlassen, aber von dieser Weigerung war mir nichts mitgeteilt. Ich wurde vom Vertrauensmann nur gefragt, sollen wir für Siemens stimmen oder uns der Abstimmung enthalten. Bewährte Parteigenossen, deren Radikalismus ganz unzweifelhaft ist, haben mir später gesagt, für Siemens hätten wir stimmen müssen, auch wenn er die Bestimmung I nicht unterschrieben hat; na, wenn das am grünen Holz geschieht, dann habe ich mich sehr im Verdacht, daß ich auch dieser Meinung gewesen wäre, wenn ich von seiner Weigerung gewußt hätte. Jedenfalls habe ich im Sinne der Hamburger Parteitagbeschlüsse gehandelt und sollte trotzdem das beantragte Misstrauensvotum gegen mich ausgesprochen werden, na, ich sterb' auch daran nicht. (Weiterkeit.) Genosse Heymann hat den Vorwurf erhoben, daß die Partei bei den Nachwahlen nicht ihre Schuldigkeit thue. Nun, er ist ein junger Genosse und braucht nicht alles zu wissen. (Weiterkeit.) Mit der ganzen Freiheit und Offenheit der Jugend hat er uns Alten gründlich den Kopf gewaschen, hoffentlich wird er auch einmal ein alter Esel. (Große Heiterkeit.) Dann wird er wissen, daß die Partei gerade bei den Nachwahlen tüchtig eingreift. Wie konnten wir sonst gerade bei den Nachwahlen solche Erfolge erzielen. In der vorigen Vegetationsperiode haben wir vier Sitze erobert. Bei der Nachwahl in Ayrich-Saoyig standen die Genossen unter dem Eindruck, es lohne sich nicht; der kurz vorhergehende Hauptwahlkampf habe gezeigt, daß nichts zu machen sei. Dann hat Genosse Peus einen Auspruch gethan, den ich ihn doch näher zu erklären bitten muß. Er sagte: „Wären die fünf Berliner Wahlkreise gewonnen worden, dann wäre der Aufbruch nicht möglich gewesen.“ Das muß aufgeföhrt werden.

Vorsitzender Singer: Ich glaube die Aufklärung sofort geben zu können. Peus hat nicht von einem Aufbruch gesprochen, bei dem die Partei theilhaftig war. Er hat gesagt, wären die fünf Berliner Kreise von uns gewonnen worden, so wäre der Aufbruch zwischen den Freisinnigen und Konservativen vermieden worden. (Peus befragt später diese Marklegung.) Auer: Stadthagen hat einen historischen Vorgang unrichtig dargestellt. Auf dem Parteitag in Gotha ist durchaus nicht aus reaktionären Gründen der Weiterdruck und das Erscheinen von Engels' Anti-Dähling verhindert worden. Wir hatten damals nur ein dreimal wöchentlich erscheinendes Zentral-Organ, auf dessen Stamm die unendlich lange Serie der Engels'schen Artikel nicht zugeschnitten war. Sie verzettelten sich und zogen sich hin, und das schien nicht angebracht. Ich will nicht leugnen, daß es damals Dählingianer in der Partei gab, denen die Engels'schen Artikel zu groß und rücksichtslos gegen Dähling schienen, aber niemand dachte an Unterdrückung dieser Artikel. Schlichtlich verständigte man sich, ihre Fortsetzung in der wissenschaftlichen Beilage des Zentralorgans zu veröffentlichen.

Reiner tadelte, daß der Vorstand nicht die Agitation gegen die Gefinde-Ordnung besonders betrieben habe. Es ist aber ein altes Gerüchten, daß bei unserer Wahlagitation für alle unsere Forderungen agitiert wird. Ein besonderes Hervorgehen einer ist da nicht angebracht. Erfreulich war es, daß die Klagen über nicht genügende Entsendung hervorragender Redner eingeschränkt worden sind. Ein Redner besaßte, daß Liebnicht nicht in Hagen gesprochen habe, und meinte, es habe sich in Hagen die Ansicht verbreitet, daß es dem Parteivorstand darauf ankomme, den großen Augen nicht aus seinem Wahlkreise zu verdrängen. Das ist ganz unrichtig. Das Richter gewählt wird, dafür hat die freisinnige Partei zu sorgen, nicht wir. Wenn wir ihn aus Hagen herausdrängen können, mit Vergnügen soll es geschehen. Aber soweit sind wir noch nicht, und wir müssen unsere Kräfte dort anwenden, wo wir sie am besten brauchen. Liebnicht hat vierzig Wahlversammlungen abgehalten, Bebel hat dasselbe gethan, Singer hat wie ein Buch geredet (Weiterkeit), Liebnicht war in Solingen nötig und in Dortmund, wo es galt, unsern Verstand zu vertheidigen. Durch Hagen ist er hindurch gefahren; zwischen Berlin und Solingen liegen noch eine ganze Reihe von Städten, durch die er hindurch gefahren ist. (Weiterkeit.)

Bebel fand, daß ich die Wahlergebnisse für uns zu erfreulich beurtheilte. Meine Zufriedenheit ist natürlich auch relativ; mehr wäre mir auch lieber gewesen; aber eine dritte Million Stimmen mehr bei einer Verminderung der Wahlbetheiligung von 722 auf 677 pCt., das ist dem doch ein Resultat, das uns befriedigen kann. Vom alten Biethen wird gesagt, daß er mit seinen Fusaren immer am unzufriedensten war, obwohl er sie am liebsten hatte. So geht es auch uns mit der Partei, aber wir sollten den Pessimismus nicht übertreiben. Wer da weiß, welche Summe von Opfern gebracht wurde, um dieses Resultat zu erzielen, der sollte es nicht herabsagen. Nehmen wir doch unsern Leuten nicht die Begeisterung, das Feuer! Sagen wir zu ihnen doch nicht: Ihr Schweinegöl, Ihr habt nicht eure Schuldigkeit gethan! (Große Heiterkeit.) Nein, wir können sagen, wir haben Erfolge gehabt, und sie sind groß! (Zustimmung.) Die Sozialdemokratie hat einen Zuwachs von 17,8 pCt. gehabt. Daß so viele nicht gewählt haben, hängt doch nicht allein von uns ab, da spielt das gesammte politische Leben eine große Rolle. Die, die von der Urne weggeblieben sind, sind gerade diejenigen, die man als die Mittäuser zu bezeichnen pflegt. Aber die Phalanx unserer Partei ist großartig marschirt, und wir haben alle Ursache, zufrieden zu sein, und ich bin zufrieden und halte es für meine Pflicht, Euch keine Vorwürfe zu machen, sondern Euch zu sagen: Ihr habt es brav gemacht, macht es das nächste Mal noch besser!

Nun ist wiederum der große Streit über die Verschleierung der Endziele. Ich bestreite, daß wir mit unseren Endzielen, mit unserem Programm hinter dem Berge gehalten haben. In dem Aufruf der Fraction, der hinausging namens der Partei, der gewissermaßen die Stamsfahne ist, die wir hinaustragen in den Kampf, findet sich am Schluß folgende Stelle: Unser Kampf richtet sich gegen die Rechtlosigkeit, Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt. Unsere Leistung ist: Tod der Noth und dem Waffingang! Wir kämpfen für eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung, in der Männer und Frauen als freie und Gleiche leben und thätig sind, in der es keine Herrschaft des Menschen über den Menschen gibt und das Wohlsein als oberster Grundgesetz aller menschlichen Ordnung anerkannt ist: Freiheit, gleiches Recht für alle! Keine Rechte ohne Pflichten! Keine Pflichten ohne Rechte! Nun, ich dachte, das ist eine offene Sprache. Deutlicher sich

auszudrücken ist wohl nicht möglich. Da soll man uns wirklich nicht damit kommen, daß in irgend einem obskuren medienburgischen Wahlkreise dem Arbeiter ein kleines Gärtchen versprochen ist. Wir wissen ja nicht, ob nicht auf dem Wege des Erbpacht-Systems oder sonstwie wirklich einmal einer sein Gärtchen bekommen darf. Gehört es ihm auch nicht, schänden darf er sich doch (Weiterkeit). Man soll solche Dinge doch nicht in's Kleinliche herunterziehen; man soll die großen Gesichtspunkte festhalten und da laßt man den Partei nicht den Vorwurf machen, daß sie mit verhäulten Fingern geklopft hat. Nicht jeder ist natürlich im Stande, alle radikal geschriebenen Zeitaritel auswendig zu lernen. (Weiterkeit.) Jeder redet, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, und wenn nicht Dummheiten gemacht werden, wo sollen die gescheiten Sachen nachher herkommen? (Weiterkeit.) Dasselbe gilt von den Angriffen wegen der Verhumpfung der Partei. Neu sind die Sachen ja wahrhaftig nicht, aber interessanter werden sie auch nicht, schon wegen des persönlichen Schaupiels, das auf mich wenigstens keinen schönen Eindruck macht. Wenn ich hier als warnende Cassandra Schoenlant stehen sehe (große Heiterkeit), den Schoenlant, der vor einigen Jahren uns in Breslau erzählte, daß wir unsere Begriffe revidiren müßten (erneute Heiterkeit), da meine ich doch, mit solchen Voraussetzungen sollte man uns besser versehen. Gewiß sind unter uns verschiedene Meinungen, verschiedene Temperamente, gewiß glaubt der eine sein Ziel früher erreichen zu können, der andere ist bedächtiger und glaubt, es geht nicht so rasch. Ich gehöre zu den Bedächtigen, aber ich bin auch mit den Radikalsten immer noch ans Ziel gekommen, habe sie sogar noch um eine Hafenslänge geföhrt. Es ist manchmal schon die Fuste ausgegangen, der sich gar zu sehr überstürzen wollte. (Weiterkeit und Weisheit.) Aber daran müssen wir uns eben gewöhnen, daß Temperamentsunterschiede bestehen und auch falsche Meinungen unterlaufen, und vor allem muß die Form eine etwas höflichere sein. (Sehr wahr!) Es ist ja genug gesagt worden über die Gewohnheiten, die sich in der „Sachl. Arb.-Ztg.“ eingebürgert haben und über die arme Genossin Rosa Luxemburg (Weiterkeit), die viel Prügel bekommen hat, sie hat sie nicht verdient; sie ist auch da nur eben der Prügelknabe gewesen für einen anderen, den wir nicht prügeln konnten, weil er sich nicht verteidigen kann. (Parvus ruf: Warten Sie ab.) Preß- und Redefreiheit wird unmöglich, wenn man einen Ton anschlägt, der es einem anderen unmöglich macht, darauf noch zu antworten. (Sehr richtig.) Und auch diese ironischen Redewendungen! Der Herr Reichstags-Abgeordnete! Seit wann ist es denn ein Verbrechen, Reichstags-Abgeordneter zu sein? Ich bin es seit 21 Jahren. Ein Verzug ist es nicht, aber eine Schande ist es doch auch nicht. (Weiterkeit.) Ich habe immer die Empfindung, daß ein Theil derjenigen, die so ganz listig über die Reichstags-Abgeordneten herfallen, eigentlich dieses Amt so sehr überschätzen, daß sie sich immer ärgern, daß sie es noch nicht geworden sind. (Große Heiterkeit.) Und dann weiter: Rechtsanwalt! Es ist ja ganz richtig, Bauern sprechen nicht schön von den Advokaten, aber wir sind doch keine Bauern, wir sollten uns im Gegentheil freuen, daß wir Rechtsanwält unter uns haben, und der Genosse Heine ist schon manchem nützlich worden, dadurch, daß er Rechtsanwalt ist. (Sehr wahr!) Also derartige Anspielungen sollten wir lassen; wohin soll es führen, wenn wir solche Reden hören von Vertreterinnen des Geistes, das angeblich das unterdrückt ist. (Weiterkeit.) Ich bin ja kein großer Schwärmer nach dieser Richtung hin, dafür bin ich besonnen (Weiterkeit), aber als ich die Genossin Zellin gestern so heruntergeschmettert hörte (Große Heiterkeit), da habe ich mir doch gesagt: und das ist das unterdrückte Geschlecht! (Große Heiterkeit.) Was soll da erst einmal werden, wenn das frei und gleichberechtigt ist! (Stürmische Heiterkeit.) Dabei ist der Genosse Heine noch ein jüngerer junger Mann. (Stürmische Heiterkeit.) So solche Debatten sind, kommen sie von der Angst, wir könnten von der rechten Linie abweichen. Ich fürchte, daß bei manchen diese Angst entsteht, weil er in sich selbst nicht gefestigt ist. (Lebhafte Heiterkeit und Zustimmung.) Festigen Sie sich in sich und dann brauchen Sie nicht zu fürchten, daß wir versumpfen werden. (Stürmische Weisheit und Handclatschen.)

Es folgt die Diskussion des Abschnittes des Geschäftsberichtes „Preise“.

Seiert: Leipzig beschwert sich über die Haltung des „Vorwärts“ zu dem Streit in der Sudbruder-Organisation. Die ausgeschlossenen Gegner der Tarifgemeinschaft sind bewährte Parteigenossen, die der „Vorwärts“ anders hätte behandeln sollen. Berichte von unserer Seite sind verklärt, verspätet oder gar nicht vom „Vorwärts“ abgedruckt worden.

Frau Zellin: Ich schide voraus, daß ich nicht als unterdrücktes Geschlecht, sondern als Parteigenossin spreche. Wenn ich zu dem Punkt Preise das Wort ergreife, so thue ich es aus einem bestimmten Grunde. Genosse Gradnauer ist vorhin gewissermaßen in der Rolle eines Hofbesuchungsgenossen aufgetreten und hat sich darüber beschwert, daß der Hefehunger nach Diskussionen seit dem Fall des Sozialistengesetzes nachgelassen hat. Zum Schluß aber hat er sich darüber beklagt, daß es zu viel Diskussion giebt und die Preise gefiebert, weil sie nicht auf jede Anregung eingehen. Ich bin im Gegentheil der Ansicht, daß unsere Preise gerade nach der Richtung der Diskussion grundsätzlicher und tatsächlicher Fragen weit mehr thun sollte, als sie bisher gethan hat. Daß verschiedene Meinungen austauschen, ist kein Unheil, das wird auch niemand von uns als ein Zeichen der Verumpfung auffassen, sondern als ein Zeichen der Lebenskraft und Fortentwicklung der Partei. Bedenklich ist nur, daß man diese verschiedenen Meinungen in Abrede zu stellen sucht, daß man sie nicht in genügender Breite in der Öffentlichkeit diskutiert und daß man behauptet, alle Meinungsverschiedenheiten seien nur Sache des Temperaments, des mehr oder weniger häufigen Gebrauchs bestimmter Worte. Es sind Fragen aufgetaucht, die in unserer Presse eine eingehendere Erörterung verdient hätten, vor allem die von Bernstein angeregte Frage über das Endziel. Bernstein, der eine Reihe von Problemen anspricht, durch die er sich ein hohes Verdienst erwirbt, behauptet, das Ziel ist mir nichts, die Bewegung ist mir alles. Das zeigt, wie weit Bernstein dem deutschen Parteileben entfremdet ist. Wenn er in dem Augenblick, wo wir uns anschicken, in den Wahlkampf zu ziehen, einen solchen Artikel veröffentlicht, der doch nichts weiter sagt, als daß wir auf dem Wege des gesellschaftlichen Kampfes, der sozialen Reformen schneller vorwärts kommen und daß wir allmählich durch die gewerkschaftliche und gesetzliche Kontrolle des kapitalistischen Eigentums dies so weit einschränken, daß eines schönen Morgens dem Kapitalisten selbst die Lust am Besitze vergangen ist. Diese Auffassung kann uns nicht gleichgültig sein, denn wenn wir den Standpunkt Bernsteins theilen, so müßten wir das Schwergewicht legen nicht auf die Eroberung der politischen Macht in der kapitalistischen Gesellschaft, sondern auf die Erreichung einzelner kleiner sozialer Reformen, durch die nach Meinung Bernsteins die sozialistische Gesellschaft vorbereitet wird, so daß wir da ein Stückchen der sozialistischen Zukunftsstaats bekommen, dort ein Stückchen, die wir zufolgend nur zusammenzufügen haben. Mich hat es gewundert, daß diese grundsätzliche ganz neue Auffassungsweise bis heute noch nicht in aller Gründlichkeit in der „Neuen Zeit“ selbst veröffentlicht ist und daß diese abweichende Meinung erscheinen konnte, ohne daß wenigstens seitens der Redaktion in einer Fußnote Stellung dazu genommen wäre, weil vielfach die Ansicht geheilt wird, daß Bernstein in seinem Artikel den Standpunkt der Redaktion und der gesammten Partei vertritt.

Ich erhebe weiter den Vorwurf gegen das Zentralorgan, daß es angeknüttene Fragen nicht in genügender Weise erörtert. Früher hieß es, Genosse Liebnicht ist daran Schuld, nun, in den vier Monaten, wo er in Charlottenburg gefesselt hat, konnte doch seine Person nicht das Hinderniß bilden, und was haben wir da gesehen? Die Haltung des „Vorwärts“ war die vollständige Haltlosigkeit, da vom jener Artikel über Kaufhaus, wo der „Vorwärts“ unsere grundsätzliche Auffassung zur Frage der Kolonialpolitik mit Stillschweigen überging, dafür sich aber zu dem billigen Witz aufschwang, die deutsche Arbeiterklasse brauche doch nicht die Interessen der Wandschmiedynastie zu schützen. Wir haben ferner gesehen, daß die Ansichten

des Genossen Heine nicht in derjenigen Weise im „Vorwärts“  
erörtert werden, wie sie hätten erörtert werden müssen. Denn  
was Heine gesagt hat, ist thatsächlich nicht etwa eine  
neue Taktik, das ist die Politik, die schon 1891 empfohlen  
ist unter der Devise: dem guten Willen die offene Hand!  
Wo hat denn die Regierung und die offene Hand entgegenge-  
streckt? Die eiserne Faust! Auf die praktische Arbeit weist Heine hin. Haben  
wir, die man radikal nennt, keine praktische Arbeit vollbracht? Als  
Heine lange noch nicht Genosse war, hat Schoenlank schon sehr  
wesentlich praktische Reformarbeit geleistet, nicht nur durch  
seine Artikel, sondern durch seine sehr verdienstvolle Arbeit über  
die fälschlich Quedlinburger-Spiegelbelegungs-Arbeiter und ihre Lage. Wir  
alle bekämpfen und praktisch, wir wissen, die praktische Thätigkeit ist der  
unerschöpfliche Angriffspunkt, um die Massen in Bewegung zu setzen  
und auf das Niveau zu heben, das sie fähig macht, ihre geschicht-  
liche Aufgabe zu erfüllen. Was uns aber trennt, ist die Art und  
Weise dieser praktischen Arbeit; wir wollen, daß die praktische Arbeit  
gemäß unserer grundsätzlichen Auffassung geschieht, wir wollen aber  
keinen Schacher treiben. Heine meint, daß die praktische Arbeit  
gelegentlich auch auf dem Wege des Kompromisses geschehen kann;  
wir aber wollen nicht auf unsere Forderungen verzichten. Damit ist  
nicht zu verwechseln, daß wir auch die kleinste Abschlagszahlung an-  
nehmen, sobald sie unseren Forderungen entspricht. Wir wissen, daß  
wir die praktischen Forderungen nur schrittweise verwirklichen können,  
aber wir wissen, daß wir diese schrittweisen Konzessionen nicht erringen durch  
den Kampf von unten gegen oben, und wenn man uns hier  
sagt, das ist die Taktik der Phrase, so antworte ich, man erklärt  
hier, die revolutionäre Phrase bekämpfen zu wollen, was man aber  
thut, ist, daß man den ausgiebigsten Gebrauch macht von der  
opportunistischen Phrase. Hierzu sollte die Parteipresse schärfer  
Stellung nehmen als bisher. Ganz besonders gilt dies vom „Vor-  
wärts“, der sich um die Diskussion einer ganzen Reihe wichtiger  
Parteifragen in schoner Verlegenheit herumdrückt. Für uns kann es  
sich nicht darum handeln, zu verschweigen, sondern Klärung zu  
schaffen und allen auftauchenden Meinungen gleiches Recht zu geben.  
Nur so werden wir weiter und weiter vorwärts dringen. (Beifall.)  
(Schluß im Hauptblatt.)

## Kommunales.

**Der Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung zur**  
Vorberathung der Magistratsvorlage betreffend die Beleuchtung  
der Sieges-Allee vom Kämpferplatz bis zum Königsplatz nach  
Wahgabe des Fortschreitens der Anstellung der Denkmäler durch  
zusammen 80 elektrische Vogenlampen zu je 10 Ampere Stromstärke  
hat heute Abend unter Vorsitz des Stadtv. Schmeißer und in An-  
wesenheit des Stadtraths Kamolau und des Stadtelektrikers Dr. Kal-  
mann beschlossen, der Versammlung den Antrag des Magistrats zu  
genehmigen. Hierbei soll die Versammlung den Magistrat ersuchen,  
für die bessere Beleuchtung auch der übrigen Hauptwege des Thier-  
gartens schleunigst Sorge zu tragen.

**Der Ausschuss zur Vorberathung der Angelegenheit wegen des**  
Baues der Kühlanlage auf dem erweiterten  
Schlachthof-Terrain hat heute Abend unter Vorsitz des  
Stadtv. Dr. Schwalbe und in Anwesenheit des Stadtraths  
Hübner unter anderem beschlossen, am kommenden Montag eine Be-  
sichtigung der Kühlanlagen der Zentral-Markthalle unter Hinzu-  
ziehung von je 3 Deputierten der Berliner Schlächterinnung und des  
Vereins der Schweine-Engros-Schlächtermeister, sowie eines  
Ingenieurs der Maschinenbau-Anstalt „Humboldt“ in Kall bei Köln  
vorzunehmen.

## Lokales.

**Die Ausstellung vom Roten Kreuz** ist am Sonnabend im  
Ausstellungsplatz zu Moabit eröffnet worden. Einen großen Raum  
nehmen die Vorrichtungen ein, welche zur Pflege der im Kriege ver-  
wundeten Soldaten bestimmt sind. Das Kriegsmuseum führt uns  
in einer reichhaltigen Kollektiv-Ausstellung einen Haupt-Verbands-  
platz, alle für die Pflege, die Unterbringung und den Trans-  
port Verwundeter bei der Armee eingeführten, recht summe-  
reichen Einrichtungen vor Augen. Die freiwilligen Sanitätskolonnen, welche  
den Krieg haben, den militärischen Sanitätsdienst im Kriege zu  
unterstützen, sowie die Vereine vom Roten Kreuz, die sich namentlich  
der Lazarethpflege widmen, machen den Besucher gleichfalls  
durch eine reichhaltige Ausstellung mit ihren Aufgaben dienenden  
Gegenständen und mit ihrer Organisation bekannt. So vorzüglich  
auch alle die ausgestellten Apparate, Transportmittel, Lazareth-  
einrichtungen u. s. w. sein mögen, so überkommt den Besucher,  
wenn er an die beispiellos verheerende Wirkung unserer modernen  
Kriegswaffen denkt, doch ein berechtigter Zweifel, ob alle die vorzüglichen  
Einrichtungen, selbst wenn sie im Ernstfalle auf das beste funktionieren,  
hinlänglich sind, auch nur einen nennenswerthen Theil des menschlichen  
Leidens zu mildern, welches ein Krieg unter den heutigen Verhält-  
nissen über die Vaterlandsvertheidiger ausschüttet. Von den Aus-  
stellungsobjekten, die der Krankenpflege und dem Rettungswesen im  
Frieden dienen, sind besonders erwähnenswert die Ausstellungen der  
Unfallstationen und der Sanitätswagen. Die neuerdings in Berlin  
ins Leben getretene Rettungsgesellschaft ist mit einer vollständig aus-  
gestatteten Hauptwache vertreten, deren Einrichtung und Thätigkeit durch  
einen Wärter in verständlicher Weise erläutert wird. Auch die bei der  
Berliner Feuerwehr zur Rettung von Menschenleben vorhandenen  
Einrichtungen sind durch ausgestellte Modelle veranschaulicht. Etwas  
abseits von dem Hauptkomplex der Ausstellung, in einem Neben-  
raum des großen Ausstellungsgebäudes ziemlich versteckt, finden wir  
einiges, was unsere Leser ganz besonders interessieren wird. Hier  
haben mehrere Alters- und Invaliditäts-Versicherungs-Anstalten die  
Pläne und Zeichnungen der von ihnen errichteten Heilstätten aus-  
gestellt. Unter anderem ist auch die Alters- und Invaliditätsanstalt  
Berlin mit den Plänen der in der Ausführung begriffenen Heilstätte  
zu Weesly vertreten. Der Volkshilfsverein stellt Abbildungen  
der Lungenheilstätte am Grabow-See, sowie von den Patienten frei-  
willig gefertigte Handarbeiten aus. Für die Opfer, welche auf dem  
Felde der Arbeit fallen oder schleichender Krankheit erliegen, ist  
bisher noch sehr wenig gesorgt. Für solche wahrhaft humanen Auf-  
gaben fehlt es ja in unseren Kulturstaaten an Geld. Diese im  
höchsten Grade betrübende Thatsache wird auch dem Besucher der Aus-  
stellung durch den Augenschein demonstriert, denn die Lungenheilstätten-  
Vereine haben zahlreiche Sammelbüchsen in der Ausstellung an-  
gebracht, an denen eine entsprechende Aufschrift zur Hergabe eines  
Scherfens für Vereinszwecke auffordert.

Auch in dieser Ausstellung sind wieder eine große Menge von  
Sachen vorhanden, wie luxuriöse Zimmer- und Küchen-Einrichtungen,  
Genußmittel, Toiletten-Gegenstände u. dgl., die in gar keiner Be-  
ziehung zu dem Zweck der Ausstellung stehen, sondern nur der  
Klame der betreffenden Geschäftsleute dienen, und deshalb nicht  
dort hingehören.

**Die städtische Verkehrsdeputation** hat, um dem vielfältigen  
Drängen der Bevölkerung Berlins Rechnung zu tragen, die Direktion  
der Großen Berliner Straßenbahn unter Hinweis auf die Be-  
stimmungen des neuen Vertrages ersucht, auf den Linien Kottbuser-  
Thor-Müllerstraße (Ede Schulstraße), Moabit (Werksstraße) - Pots-  
damerstraße (Ede Großgörschenstraße) statt des 8 Minuten-Betriebes  
einen 6 Minuten-Betrieb und auf der Linie Charlottenburg-Tegel  
einen 6 Minuten-Betrieb einzurichten.

**Der „Berliner Herold“** befragt sich darüber, daß wie in  
unserer Sonntagsnummer gesagt hätten, er habe die Fälle nicht  
genannt, bei denen er an verunglückte Abonnenten die denselben zu-  
gesagte Versicherungssumme ausgezahlt habe. Wir haben nur be-  
merkt, daß in den Abonnements-Einladungen (wir  
lassen eine solche im „Herold“ vom 1. Oktober), welche die segensreiche  
Wirkung der Versicherung preisen, kein solcher Fall angeführt sei. Das  
fiel uns auf, weil uns zur selben Zeit glaubwürdig mitgeteilt  
worden war, daß in mehr als einem Falle eine solche Klage  
gegen die Versicherungsgesellschaft schwebt, an die sich die

Anspruch erhebenden Abonnenten zu halten haben. Diese  
Thatsache ist richtig, sie wird auch vom „Herold“ nicht bestritten,  
und sie beweist, daß die Erlangung der Versicherungssumme zum  
mindesten mit Schwierigkeiten für die auf Auszahlung derselben  
rechnenden Personen verknüpft ist. Im übrigen ist es doch zweifellos,  
daß, wenn die Gesellschaft es auf eine Klage ankommen läßt, sie der  
Meinung ist, um eine Verpflchtung herumkommen zu können. Wo  
aber die Wittve eines verunglückten Arbeiters erst monatelang um  
Erlangung der versprochenen Versicherungssumme prozessieren muß,  
da kann von einer segensreichen Wirkung kaum die Rede sein.

**Die 4. städtische Fortbildungsschule** für Jünglinge und Er-  
wachsene, Heinersdorferstr. 18, ist ein schlagender Beweis davon,  
daß die Fabrikthätigkeit sich immer mehr nach der Peripherie zieht.  
Anfangs von 200 Schülern besucht, ist jetzt die Zahl nahe an 1000  
gerückt. Es ist klar, daß eine solche Anstalt in den verschiedensten  
Disziplinen unterrichten muß, die den mannigfachen Wünschen der  
Schüler Rechnung tragen. Zu den bestehenden Kurzen wird mit  
Beginn des Wintersemesters ein Oberkursus im Englischen, ein  
Gesangskursus und einer für Maschinenschreiben und Korrespondenz  
neu eingerichtet. Anmeldungen werden täglich von 12-2 und von  
7 Uhr abends ab vom Leiter der Anstalt, Rektor Lugenberger, im  
Schulhaus entgegen genommen.

**Die Konsumenten des Rabatt-Sparvereins „Süd-Osten“**  
besaßen am Montag in einer gut besuchten Versammlung im  
Konjunkturhaus Sanssouci, Kottbuserstraße, mit dem Anschluß an die  
Konsum-Genossenschaft Berlin-Nord, bezw. mit der Gründung  
eines besonderen Konsumvereins. Nach einem Vortrage Dr. Leo  
Krosch, der die wirtschaftlichen Vortheile der Konsum-Genossen-  
schaften gegenüber den Rabatt-Sparvereinen eingehend beleuchtete,  
entspann sich eine rege Debatte, an der sich hervorragend Frauen  
betheiligten. Im allgemeinen war die Stimmung für Konsum-  
genossenschaften, doch wurde eine endgültige Beschlußfassung einer  
späteren Versammlung vorbehalten. Bielsch nahm die Frauen  
daran Anstoß, daß in den Konsumvereinen das Prinzip der Baar-  
zahlungen strikte durchgeführt werde.

**Der Uferweg für Fußgänger**, der an der Ostseite des „Kauf-  
hauses Spittelmarkt“ angelegt worden ist, um eine bessere Ver-  
bindung von der Gertraudenbrücke nach der Wallstraße herzustellen,  
ist jetzt freigegeben worden. Die neue Anlage bildet vorläufig noch  
eine Sackgasse, denn kurz vor ihrer Mündung in die Wallstraße ist  
sie mit Brettern verriegelt. Diese Sperre ist erfolgt, weil bisher  
wegen Benutzung des unbebauten schmalen Landstreifens, der sich  
hier in der Wallstraße an der Spree hinzieht, und auf dem früher  
die bekannten niedrigen Häuschen standen, keine Einigung erzielt  
werden konnte.

**Der Raubmord in der Blondirchstraße** hat bis jetzt noch  
keine Klärung gefunden. Montag Abend sowohl wie gestern früh  
gingen der Kriminalpolizei zahlreiche Meldungen zu von Be-  
obachtungen, die diese und jene Personen gemacht haben wollten,  
die jedoch keinen Anhalt zur Ergreifung der Thäter boten. Viele  
Personen, die Sommerpaletots, wie der von dem Mörder zurück-  
gelassene besitzen oder besitzen haben, sind der Polizei gemeldet  
worden, ohne daß jedoch auch nach dieser Richtung ein Resultat er-  
zielt worden wäre. Eine genaue Untersuchung der nach der Küche  
führenden Korridorhür hat ergeben, daß diese und auch das Schloß  
durchaus unbefähigt sind und daß die Verbrecher einen gut ge-  
arbeiteten Nachschlüssel besitzen haben müssen. Zweifellos war der  
Einbruch vorher sorgfältig „ausbalanciert“ und ein Nachschlüssel, ver-  
muthlich mit Hilfe eines Wachsabdrucks angefertigt worden.

Das Instrument, das die Mörder in der Wohnung zurück-  
gelassen haben, ist nicht ein Dreßeisen, sondern ein Tischmesser. Die  
Reinmachefrau hat es in der Marmelade des Mädchens gefunden. Die  
Verletzungen scheinen von diesem Instrument nicht herzurühren, man  
hat es wohl eher zum Erbrechen verschiedener Gegenstände benützt.  
Die Leiche der Ermordeten ist gestern Vormittag gerichtsarztlich  
geöffnet worden. Das Ergebnis der Obduktion wird nicht bekannt  
gegeben.

**Selbstmord eines Verkäufers in Elberfeld.** Ershoffen hat  
sich am Sonntag der seit dem 1. September aus Berlin verschwun-  
dene Konfektionär Klatt. Der in dem Geschäft von B. Mannheimer  
angestellt gewesene junge Mann hatte sich am 1. September morgens  
aus seiner Wohnung in der Langestraße entfernt, um sich nach dem  
Geschäft zu begeben und war seit der Zeit verschollen. Vierzehn  
Tage später erhielt die Firma Mannheimer von einem Kunden in  
Leipzig die Nachricht, daß ihr Vertreter Herr K. dort gewesen sei.  
Er hatte sich, da er augenblicklich in Verlegenheit war, dortselbst  
einen ganz geringfügigen Betrag von wenigen Mark geliehen. Am ver-  
gangenen Sonntag erhielt eine hier wohnende Verwandte des K.  
von dem Vermissten einen Brief aus Elberfeld, in welchem er  
mittheilte, daß er sich in großer Verlegenheit befinde und sich er-  
schließen werde, wenn ihm nicht innerhalb drei Tagen eine genügende  
Geldsumme zugesandt werden würde. Sofort nach Empfang des  
Briefes fuhr ein Oheim des K. nach der rheinischen Industriestadt,  
wo er am Sonntag eintraf, aber zu spät. Der junge Mann hatte  
auf gar keine Antwort gewartet und sich bereits in der Nacht zum  
Sonntag durch Erhängen getödtet. Was die Veranlassung zu dem  
eigenartigen Verhalten des Konfektionärs gewesen, konnte bisher  
nicht festgestellt werden.

**An einem Gummipfropfen erstickt** ist das einjährige Töchterchen  
des Arbeiters Pazdionel, welches die Arbeiterfrau Nabe, Fietzen-  
straße 60 in Niddorf wohnhaft, in Pflege hatte. Frau Nabe hatte  
das Kind auf den Schooß genommen, um denselben Strümpfe an-  
zuziehen, und dasselbe zu diesem Zwecke auf den Rücken gelegt,  
während der Kopf abwärts geneigt war. Dabei war dem Kinde der  
Gummipfropfen, welchen es im Munde hielt, in den Hals gerutscht.  
Durch das Nöckeln der Kleinen aufmerksam gemacht, bemühte sich  
Frau Nabe, den Gummipfropfen wieder hervorzuziehen. Als ihr dies  
jedoch nicht gelang, schätzte sie mit dem Kinde nach der Unfallstation  
in der Steinmehstraße. Die ärztliche Hilfe kam indessen zu spät —  
das Kind war bereits todt, erstikt.

**In dem Verhinder der bei der Benzinexplosion** in der  
Jasmunderstraße verletzten Personen, die im Lazarus-Krankenhaus  
gepflegt werden, ist eine kleine Weiserung eingetreten. Der am  
schwersten verletzte Kellner Scharfenberg ist allerdings noch nicht  
außer Lebensgefahr.

**Aus Moabit** wird schon wieder eine Brandstiftung ge-  
meldet. Gestern früh um 8 Uhr brannte der Fußboden und die  
Wandlage des Hauses Waldstr. 11. Die Hausbewohner, die eine  
verdächtige Person gesehen haben wollen, bemerkten das Feuer bald  
und benachrichtigten die Feuerwehr und Polizei, so daß nicht allein  
die Flammen ohne große Mühe gelöscht, sondern auch noch festgestellt  
werden konnte, daß vorläufige Brandstiftung vorlag. Der Brand-  
stifter hatten an mehreren Stellen Papier, Holz und Petroleum an-  
gezündet, und es wäre auch ein umfangreicher Brand entstanden,  
wenn nicht sofort eingeschritten worden wäre. Die Beunruhigung  
über die Häufung der Brandstiftungen ist in Moabit sehr groß. In  
vielen Häusern hat man einen Wachdienst eingerichtet. Abends  
werden sämtliche Vorderräume nach Brandstiftern und Feuer  
durchsucht.

**Das Polizeipräsidium** theilt mit: Mit werthlosen Zinskoupons  
der lgl. portugiesischen Eisenbahn-Gesellschaft, welche er in Zigarren-  
und anderen Geschäften zu veranschaffen sucht, verliert ein etwa  
40 Jahre alter Mann von mittelgroßer Figur, dunkelblond, bekleidet  
mit hellem Ueberzieher, Schwindelien. In einem zur Kenntniß der  
Behörde gelangten Fall ist ihm der Betrug geglückt.

**In der Urania, Landwehrstraße**, haben die wissenschaftlichen  
Abende wieder ihren Anfang genommen. Herr Dr. Spieß hielt den  
ersten der angekündigten zehn Vorträge über Elektrizität und  
Elektrotechnik, und sprach über elektrische Spannung und Entladung.  
Es ist hier nicht der Platz, auf den von zahlreichen interessanten  
Experimenten beleuchteten Vortrag einzugehen, und daher sei nur  
das eine bemerkt, daß der Abend selbst für solche Zuhörer viel Neues  
und Auerndes bot, die schon den vorjährigen Zklus über  
Elektrizität besucht hatten. Es bleibt zu bedauern, daß nur ver-  
hältnismäßig wenige Arbeiter im stände sind, an den Vorträgen

dieser Art theilzunehmen. Von hoher Bedeutung waren ferner die  
am Montag Abend von Herrn Witt gehaltenen astronomischen Aus-  
führungen, in welchen der auch in der Latenwelt zu Namen gelangte  
Forscher auf den von ihm entdeckten Planeten zu sprechen kam.  
Herr Witt vertrat die Meinung, daß außer diesem zwischen Erde  
und Mars kursirenden Wandelstern noch mehr Planeten zu entdecken  
sein müßten.

**Das neue Programm des Apollo-Theaters** steht an Reich-  
haltigkeit dem des vorigen Monats schon insofern ebenbürtig zur  
Seite, als die hauptsächlichsten Künstler und Künstlerinnen, wie  
Frl. Ethardo, Tortajada, Jean Clement, vom September her weiter  
verpflichtet worden sind. Aus der stattlichen Reihe neuer Kräfte sind  
die altobathischen Klowns Gschöder Kornemann, der Imitator Karjow  
und die Barterre-Akrobaten Montroses mit Anerkennung zu erwähnen;  
der Gesangskomiker Bender und die mexikanische Sängerin Polabuntab,  
sowie die englischen Troubadour-Tänzerinnen sind den Berlinern von  
früher her lebhaft in Erinnerung. Mit unheimlichem Feuer läßt  
die beiden französischen Tänzerpaare Segais ihre Kunst, während  
sich die Familie Agouft in der Pantomime „Ein Pariser Restaurant“  
auf dem Gebiete des Derbomischen bethätigt. Der unverwundliche  
Kosmograph bringt auch in diesem Monat eine neue Bilderfeier.

**Die Kunst des Fechtens** wird auf mannigfache Art betrieben.  
Wir sehen ab von der nach altem Handwerksburschenrecht geübten  
Methode, die heute aller Poesie bar geworden und in der Gegen-  
wart nichts hinterlassen hat, als das nackte, hungrige Elend. Fremd-  
licher war vor einiger Zeit der Anblick, den wir beim Besuch des  
Turnvereins sichte genossen. Diese unserer Leserschaft nahe-  
stehende Vereinigung weist auch mehrere Damen-Abtheilungen  
auf und in einer derselben haben wir die Mitglieder  
munter und geschickt das Floret führen; ein Zeichen, daß die edle  
und gesundheitsfördernde Fechtkunst sich auch unter dem als schwach  
beschriebenen Geschlecht ungeahnt viele Freunde erworben haben muß.  
Ein Beispiel dafür, wie weit es Frauen in der Handhabung von  
Rappier, Degen und Floret bringen können, bot gestern Abend die  
Ungarin Petö Aranka, welche im Passage-Panoptikum  
mit ihrem Lehrmeister Fr. Sullivan eine Anzahl Gänge absolvierte,  
die das lebhafteste Interesse jedes Kundigen erwecken mußten. Wer  
dieser Kunst Verständnis entgegenbringt, sollte nicht verkümmern,  
sich das eigenartige Paar anzusehen. Auch im übrigen bietet das  
Spezialitätenprogramm des Panoptikums manche beachtenswerthe  
Nummer. Vor allem zeichnet sich der Schlappfeilkünstler Fred Nord  
heim aus, ein Artist, der es in der Balanzkunst zu staunenswerther  
Fertigkeit gebracht hat. Eine sympathische Stimme besitzt die Lieber-  
sängerin Souffe Reab, während zwei zierliche Spanierinnen in der  
Tanzkunst das Gezeichnete leisten.

**Um weiteren Kreisen Gelegenheit zu geben**, die große  
Sonnenfledergruppe, welche am 9. September, als sie über die  
Mitte der Sonnencheibe ging, das große Nordlicht hervorgerufen  
hat, mit dem Niesenfernrohr beobachten zu können, wird die  
Trepow-Sternwarte am Donnerstag, Freitag und Sonn-  
abend, den 6.-9. Oktober, ausnahmsweise statt um 2 Uhr nachm.  
schon um 10 Uhr morgens geöffnet.

**Feuerbericht.** Eine Brandstiftung wurde Dienstag Mittag  
um 1 Uhr in der Sprengelstraße festgestellt. Hier war  
ein Sopha in Brand gesteckt, der aber auch rechtzeitig ge-  
dämpft werden konnte. Um dieselbe Zeit mußte Fichte-  
straße 84 ein Schornsteinbrand beseitigt werden. Montag Abend  
mühten Dorothenstr. 14 und Rosenthalerstraße Keller-  
brände abgelöscht werden.

## Aus den Nachbarorten.

**Der Schöneberger Magistrat** beantragte in der letzten  
Stadtverordneten-Versammlung die Einsetzung einer  
gemischten Deputation, bestehend aus zwei Magistratsmitgliedern  
und fünf Stadtverordneten, zur Vorberathung der Schla-  
cht- und Viehhofsfrage. Dieser in der Schöneberger Bürger-  
schaft getheilt aufgenommene Plan fand auch hier seine  
Befürworter und Gegner. Der Umstand, daß fast sämt-  
liche Schlächtermeister Schönebergs dagegen sind, wurde  
von einem Stadtverordneten mit dem Hinweis charakterisiert, daß  
nur der liebe Gott und der Schlächtermeister wissen dürfe, was in der Wurst drin wäre! Nach  
lebhafter Debatte wurde der Antrag angenommen. — Als Ent-  
schädigung für die Abtretung und Freilegung der an der Monumenten-  
straße belegenen Sarrefchen Grundstücke wurde ein Betrag von  
85 675,95 M. gefordert und genehmigt. Der letzte Punkt  
der Tagesordnung gab zu stürmischen Auseinandersetzungen  
Veranlassung. Die in die Petitionskommission gewählten  
Stadtverordneten Obst, Dr. Bartels und Grund  
hatten ihr Amt niedergelegt infolge einer von dem Vorsteher-Stell-  
vertreter gehaltenen Aeußerung: „In dieser Kommission  
sitzt nicht einer, der ein Referat übernehmen  
kann.“ Bei der nun folgenden Neuwahl wandte sich Ge-  
nosse Obst und Dr. Bartels energisch gegen eine derartige  
Unterstellung. Letzterer bezeichnete dies Gebahren als eine  
unerhörte Anmaßung und Ueberhebung, während Obst sagte,  
daß er von dem Bildungsgrad dieses Herrn bisher eine bessere  
Meinung hatte. Nachdem der Herr seine Aeußerung mit dem Aus-  
druck des Bedauerns zurückgenommen hatte, wurde ein Antrag an-  
genommen, die drei Herren wieder zu wählen und ihnen das volle  
Vertrauen der Versammlung auszusprechen.

**Die neue „Brachtstraße“** zwischen Schöneberg, Friedenau  
und Steglitz ist jetzt auf der ganzen Strecke bis zum Steglitzer  
Rathhaus dem Verkehr übergeben worden.

**Durch einen Vubenstreich** wurden auf der Görlitzer Bahn  
zwischen den Stationen Adlershof und Grinlau mehrere Füge in  
Gefahr gebracht. Es wurden Montag nachts zwischen 11 und 12 Uhr  
umweit Alt-Gleise auf die Schienen der beiden Gefüge zwei ge-  
walttham aus dem Boden gerissene Warnungstafeln sammt den  
Pfählen gelegt und noch mit großen Steinen beschwert. Ehe das  
Fährniß von den Streckenbeamten bemerkt war, gingen die Füge  
darüber hinweg, ohne daß der beabsichtigte Zweck der Entgleisung  
glücklichweise erreicht wurde. Auf die Ermittlung der unbekannt  
Thäter wird eine Belohnung ausgesetzt werden.

## Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde** findet während der Parteitag-  
woche am Dienstag, den 4. Donnerstag, den 6., und Freitag, den  
7. Oktober, abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr statt.

**Geppert.** Beifall geben wir keine Auskunft S. war seiner Zeit  
Mitglied der Urania und trat infolge des Zwischenfalls zurück. Für die  
Aeußerung des R. ist S. zu wenig verantwortlich, wie jeder andere Arbeits-  
geber für das was Angestellte reden.

**Dr. Freyberg.** Karte erhalten. Besten Dank.  
Georg Dittmann, Brandenburg. Wozu sandten Sie uns eine  
10 Pf.-Marke?  
Freyberg. Zwei Provingen.

## Witterungsübericht vom 4. Oktober 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wolke- nichte	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wolke- nichte	Wetter	Temp. in C. u. F.
Swinemünde	770	SW	3	bedekt	13	Bayreuth	763	SW	2	bedekt	4
Danzburg	772	SW	1	bedekt	12	Bielefeld	769	SW	2	bedekt	4
Berlin	771	SW	2	bedekt	11	Worms	771	SW	1	bedekt	13
Wiesbaden	769	SW	1	bedekt	12	Berden	772	SW	1	bedekt	11
München	769	SW	1	bedekt	11	Breis	768	SW	2	bedekt	11
Wien											

**Wetter-Prognose für Mittwoch, den 5. Oktober 1898.**  
Ein wenig kühler, zeitweise auffrischend, vorwiegend neblig bei schwachen  
nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.  
Berliner Wetterbureau.



Partei-Nachrichten.

Der Magistrat Breslau's hat den Antrag des sozial-demokratischen Landtags-Wahlkomitees, den Beginn der Urwahlen wie in Berlin auf 5 Uhr nachmittags festzusetzen, abgelehnt. Dieser Entschluß wird u. a. damit zu begründen versucht, daß um 5 Uhr nachmittags alle Geschäftsleute sehr schwer abkömmlich seien, und da die Fabrikarbeiter z. B. beim Beginn der Wahl um 5 Uhr schon geraume Zeit vorher ihre Arbeitsstätte verlassen müßten, wenn sie zu Anfang der Wahl da sein wollten, so könne nicht anerkannt werden, daß diesen die gewünschte Stunde passender wäre, als die vom Magistrat gewählte. Es komme hinzu, daß bei Beginn der Wahl um 5 Uhr das ganze Wahlgeschäft sich bei Licht vollziehen müßte, was mannigfache Unzuträglichkeiten zur Folge haben würde.

Die Kritik dieses Entschlusses erkräftigt sich durch einfache Anführung der Thatsache, daß der Magistrat den Beginn der Urwahlen auf 1 Uhr festgesetzt hat.

Die Genehmigung zur Anbringung einer Gedenktafel an Karl Grillenberger's Geburtshaus, der Kantorei in Rindorf, die der protestantischen Kirchenverwaltung gehört, soll, bürgerlicher Meldung zufolge, von der höheren Instanz verweigert worden sein.

In Dresden beschloß eine Versammlung dortiger Polen, meistens Arbeiter, die Gründung eines Vereins, dessen Satzungen dem Programm der Sozialdemokratie entsprechen sollen. Bemerkenswert sei, daß in der Versammlung polnisch nicht gesprochen werden durfte.

Dem Organ der Sozialdemokratie Kroatiens, der in Zagreb erscheinenden „Sloboda“, ist von der Staatsanwaltschaft verboten worden, von konfiszirten Nummern eine zweite Auflage zu veranstalten, was bisher, unter Weglassung der inkriminirten Stellen, erlaubt war.

Vollzweites, Gerichtliches zc.

Das Reichsgericht verwarf die Revision, die der Redakteur Müller von der Magdeburger „Vollstimmte“ gegen ein Erkenntnis des dortigen Landgerichts eingelegt hatte, wonach er wegen Verleumdung des Eisenbahn-Verkehrsinspektors Lang zu 4 Wochen Gefängnis verurtheilt ist.

Aus Zwickau wird uns geschrieben: Die 11 Missethäter, die am 20. Mai beim Vergräbnis des Berginvaliden Baumgärtel in Niederhasslau in „anständiger“ Kleidung — dunklen Hülshüten, farbigen Jacken zc. — erschienen sein sollen und deshalb vom Gemeindevorstand zu Niederhasslau wegen groben Unfugs mit einem Strafmandat von je 30 M. bestraft worden waren, versuchten am Sonnabend vor dem hiesigen Schöffengericht die Aufhebung der Strafmandate zu erwirken. Aber nur der Lagerhalter Fleminig

aus Wielau wurde freigesprochen, weil er dem Begräbnis garnicht beigewohnt hat. Die übrigen sollen, da sie als Parteigenossen in geschloffenem Zuge mitgingen, durch ihre für ein Begräbnis „unpassende“ Kleidung demonstriert und Aergernis erregt haben; letzteres behaupteten als Zeugen eine 60 Jahre alte Frau und ein „patriotischer“ Hausbesitzer. Da die Verurtheilten Berufung einlegten, wird nun das Landgericht zu entscheiden haben, ob in diesem Falle wirklich grober Unfug vorliegt.

In Neuchâtel schreibt das aus dem Jahre 1892 stammende Gesetz über das Vereins- und Versammlungsrecht vor, daß in den Versammlungen politischer Vereine nur Mitglieder als Redner auftreten dürfen. Gegen den Parteigenossen Leben in Gera, als Vorsitzenden des dortigen Sozialdemokratischen Vereins, und gegen den sächsischen Reichstags-Abgeordneten Rosenow, der am 12. August in dem genannten Verein gesprochen hat, war wegen angeblicher Verletzung jener Vorschrift ein Verfahren anhängig gemacht, weil man annahm, daß Rosenow nicht Mitglied des Vereins sei. Das Verfahren hat aber eingestellt werden müssen, da Rosenow vor der Versammlung die Mitgliedschaft erworben hatte.

Gewerkschaftliches.

Zu der Einberufung eines Kongresses der Handelsbildarbeiter erhalten wir folgende Zuschrift: „Auf die Erklärung des Herrn Karl Albold vom 25. Sept. habe ich zu erwidern, daß ich wohl von den im Zentralverbande organisierten Kollegen beauftragt bin, zu Weihnachten d. J. einen Kongress einzuberufen, der allen auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Kollegen zugänglich ist. Es ist irrig, daß Herr Albold glaubt, nur allein das Recht der Einberufung eines Kongresses zu haben, da er ja, wie er sich selbst bezeichnet, nur der Vertrauensmann einer kleinen Minderheit der deutschen Kollegen, nämlich derjenigen, die noch in Lokalvereinen organisiert sind, ist. Es geht dies schon daraus hervor, daß auf dem von ihm einberufenen Kongress, laut seinem Organ, dem „Handelsbildarbeiter“, die im Zentralverbande organisierten Kollegen ausdrücklich von der Teilnahme ausgeschlossen sind. Der von mir im Auftrage der zentralorganisierten Kollegen einberufene Kongress findet also am 25. Dezember d. J. in Kassel vor der am selben Orte tagenden Generalversammlung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands statt und ersuche ich alle Arbeiterblätter, hiervon Notiz zu nehmen. Joh. Hoffmann, Friedensstr. 100.“

Zu dem Holzgeschäft von Wolf und Hohmann in Magdeburg-Neustadt haben 14 Arbeiter wegen Abfeuerung einer Lohn-erhöhung die Arbeit eingestellt. Die Ausständigen verlangen 85 Pfg. pro Stunde.

Der Böttcherstreik in Dortmund ist nach einer Dauer von 30 Wochen für beendet erklärt. Zwischen den Streikenden und den Böttchermestern ist ein Vergleich geschlossen worden, in dem beide Theile Zugeständnisse machten. In den Werkstätten ist am Montag die Arbeit wieder aufgenommen worden. Die Brauereien indessen haben sich dem Vergleich nicht angeschlossen, in bezug auf sie dauert der Streik also vorläufig noch fort, weshalb der Zugang bis auf weiteres noch fernzuhalten ist.

Der Streik der Pariser Erdarbeiter dauert noch immer fort. Am Sonnabend haben auch die Maurer beschlossen, sich demselben anzuschließen, jedoch zu befürchten steht, daß der Streik sich zu einem allgemeinen Bauarbeitersstreik entwidelt. Der Friedensrichter des X. Bezirks, Melheim, hat einen erneuten Versuch unternommen, die Unternehmer zum Nachgeben zu bewegen. Unter den Gewerkschaften von Paris wird für die Streikenden eifrig gesammelt; auch durch die „Petite Republique“ sind schon etwa 17 000 Francs eingegangen.

Versammlungen.

Heber den Streik der Silberer wurde am Montag in einer öffentlichen Versammlung folgendes berichtet: Es sind bis jetzt 72 Streikende gemeldet, von denen 46 organisiert sind. Die Teilnahme der Verfolger an der Lohnbewegung wurde als eine über Erwartung zahlreiche bezeichnet, so daß man auf einen günstigen Verlauf der Bewegung rechnen könne. Vom Streik sind 15 Werkstätten betroffen, während sich die Arbeiter einzelner größerer Firmen bis jetzt noch nicht zum Anschluß an die Streikenden entschieden haben. Das zögernde Verhalten dieser Kollegen wurde in der Diskussion eingehend besprochen. Man hofft, auch diese in nächster Zeit für die Bewegung zu gewinnen. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Firma August Werkmeister ihre streikenden Verfolger am Gewerkegericht verklagt hat, weil dieselben die angefangenen Arbeiten nicht vollendet haben. Die auch von Bergoldern und Berufsgenossen stark besuchte Versammlung erklärte sich mit dem Streik der Verfolger solidarisch und verpflichtete sich, die Streikenden pekuniär zu unterstützen, bis die gestellten Forderungen bewilligt sind. Den Mitgliedern der Streik-Kommission wurde eine Entschädigung von 1 M. pro Tag zugestimmt.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Heute Abend 8 1/2 Uhr, in G. Fenschel's Festsaal (Zuhaber M. Herzberg), alle Jalousien geschlossen. Aufnahme neuer Mitglieder.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Freies Wort“. Sitzung jeden Donnerstag nach dem 1. und 15. im Monat bei Urban, Friedrichsbergstr. 11.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 5. Oktober. Opernhaus. Die Zauberflöte. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Die Outlaw's. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Curau von Bergerac. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Raja. Anfang 7 1/2 Uhr. Festung. Grohmann. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Frühlingsschwende. Pierrot: Osterluch. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Holzkunst. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Mauerblümchen. Anfang 8 Uhr. Westen. Eugen Onegin. Anfang 7 1/2 Uhr. Metropol. Das Paradies der Frauen. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Die Weisheit. Anf. 7 1/2 Uhr. Thalia. Unser lustiges Berlin. Anfang 7 1/2 Uhr. Luise. Jocko's Streiche. Anfang 8 Uhr. Belle Alliance. Napoleon oder: Die hundert Tage. Anfang 8 Uhr. Ostend. Schlung sel. Wwe. Anfang 8 Uhr. Friedrich. Wilhelmstädtsches. Heinrich Heine. Böhmer: Ein kleines Wirtshaus. Anfang 8 Uhr. Alexanderplatz. Eine Orföle. Anfang 8 Uhr. Parodie. Jugend. Anfang 8 Uhr. Urania. Tantenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Die Urzeit des Menschen. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.

Schiller-Theater (Wallner-Theater). Mittwoch: Mauerblümchen. Donnerstag: Mauerblümchen. Freitag: Die Haubenlerche.

Central-Theater. Direction: José Foronczy. Die Geisha oder: Eine japanische Ehehändel-Geschichte. Operette in 3 Akten von Owen Hall. Musik von Sidney Jones. Deutsch von G. W. Höfer und Julius Freund. In Szene gesetzt von J. Foronczy. Dirig. Hr. Kapellmeister G. Goldmann. Kasseneröffnung 1/2 7 Uhr, Anf. 1/2 8 Uhr. Morgen und die folgenden Tage: Die Geisha. Sonntag Nachmittag zu bedeutend ermäßigten Preisen: Der Oberbühnen. Operette in 3 Akten von Carl Heller.

Übend-Carl Weich-Theater. Or. Frankfurterstr. 132. Schlutz sel. Wwe. Gefangenenliste in 3 Akten von D. Hamed, bearbeitet v. J. Dill. Musik von G. Steffens. Anfang 8 Uhr. Vorzugssitzplätze haben Giltigkeit. Donnerstag: Die Geier. Wally. Freitag: Berlin, wie es weint und lacht. Sonnabend: Preciosa. Sonntag: Robert und Bertram.

Luise-Theater. 34. Reichsbergerstraße 34. Abends 8 Uhr: Jocko's Streiche. Burleske in 3 Akten nach d. Englischen des James Carilde v. W. Sallis. Jocko: Paul Herbig vom Apollotheater in Nürnberg. Mit größtem Lacherfolge aufgeführt am Volks-Theater in München und Apollo-Theater in Nürnberg. Morgen: Jocko's Streiche.

Metropol-Theater. Behrenstr. 55-57. Director: Alex. Schultz. Novität: Hum 33. Male: Novität. Das Paradies der Frauen. Im 2. Bilde: Die Woden des Jahrhunderts. Im 5. Bilde: Eva's Barmhertzigkeit. Anfang d. Borch. 1/2 8 Uhr, Ende gegen 11 Uhr. Morgen u. folgende Tage: Das Paradies der Frauen.

Apollo-Theater. Friedrichstr. 118. Direktion: E. Waldmann. Consuela Tortajada. Prinzessin Pocahuntas. Familie Agoust. Jean Chermont. Montroses. The Troubadours. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Volks-Theater im Welt-Restaurant. Dresdenener Straße 97. Novität! Täglich: Novität! Isabella. Römische Oper von Franz von Suppö. Novität! Novität! Novität! Während der reizenden Schwant: Ren! Die Unentbehrliche. Kollofaler Vadershof! Gesamtanfänger des durchweg neu engagierten Schauspiel- u. Spezialitäten-Personals. Wochentags 8 Uhr. Sonntag: Sonntag 8 Uhr. Bands haben an allen Wochentagen Giltigkeit. - Direktion: A. Kollig. Artistischer Leiter: A. Ronge. „Künstlerhaus“ Berlin W., Bellevuestr. 3 (Bereits Berliner Künstler). Permanente Ausstellungs-Gründung am 15. Oktober d. J.

Urania. Taubenstr. 48/49. Täglich: Die Urzeit des Menschen. Invalidenstr. 57/62: Sternwarte. Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Der berühmte L. L. Hochmeister Mr. Sullivan und seine Schülerin Petö Aranka. Separat-Vorstellung tägl. Mittags 12 Uhr. Von 6 Uhr ab: Théâtre-Variété ohne Extra-Entrée. Heute 25 Pf. Entree. Geöffnet v. vorm. 9 bis abds. 10 Uhr.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger (Menschel, Vietro, Brillon, Steidl, Krene, Hoff, Schneider und Schrader). Anfang präzis 8 Uhr. Vorher: Konzert. Entree 50 Pf., Vorverkauf 40 Pf. Num. Balkon 75 Pf., Balkon-Loge 1 M., Dach-Loge 1,50 M., Fremden-Loge 2 M. Tageskasse 11-1 Uhr.

Alcazar-Theater. Dresdenstr. 52/53. City-Passage. Direction: Richard Winkler. Novität! Täglich: Novität! Tantalus oder: Hungerige Liebe. Schwant in 1 Akt v. Georg Kaiser. Neu! Neu! Neu! Das verschleierte Ballet! Operetten-Burleske von Stiz. Musik von Noth. In Szene gesetzt von Otto Wendt. Gesamtanfänger des durchweg neuengagierten Künstlers und Spezialitäten-Personals. Wochent. 7 1/2 Uhr. Sonntag 8 Uhr. Entree 30 Pf., Res. Platz 50 Pf. Vorsandplätze haben Giltigkeit.

Concerthaus. Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett-Humoristen und Schauspiel-Ensemble zum Schluß: Der liebe Onkel. Lustspiel in 4 Akten von Rudolph Knefel. Mähr's Theater. Cranienstr. 24. Täglich: Spezialitäten- und Theater-Vorstellung. Charley's Fante. Burleske. The tree Brothers Wells, Akrobaten an den hängenden Retzen. Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Bands haben Wochentags Giltigkeit.

Thalia-Theater. Dresdenstr. 72/73. Gastspiel Helmerding. Unser lustiges Berlin. Große Gesangsposse in 4 Bildern von G. Sondermann u. U. B. B. Coupletts von Alfred Bender. Musik von Curt Goldmann. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Feen-Palast-Theater. Burgstr. 22. Burgstr. 22. Direction: Winkler und Fröbel. Das neue Oktober-Programm. Neu! Wilhelm Fröbel Neu! als Fahrrad-Dienstmann in der Ausstattungs-Ges. Pohe Berlin, wie es liebt und redet! Neu! Kriesel's Neu! amerikanische Doggen - Wente. Der Indianer-Heberfall. Die Kraft-Turner Schölsdorf. Auftreten des vorz. Schauspiel- u. Künstlerpersonals. Nur noch kurze Zeit! Elsa Ballon. Anfang 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 Uhr. Entree 50 Pf. Vorverkauf vorm. v. 1-11 Uhr.

Olympia-Theater (Circus Ronz) Karlsruh. Heute u. folgende Tage: Größter Zähler der Saison. Anfang 7 1/2 Uhr. Parquet 2,10 M. inkl. Garderobe. Vorverkauf v. 10 Uhr vorm. an.

Concerthaus. Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett-Humoristen und Schauspiel-Ensemble zum Schluß: Der liebe Onkel. Lustspiel in 4 Akten von Rudolph Knefel.

Mähr's Theater. Cranienstr. 24. Täglich: Spezialitäten- und Theater-Vorstellung. Charley's Fante. Burleske. The tree Brothers Wells, Akrobaten an den hängenden Retzen. Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Bands haben Wochentags Giltigkeit.

Kunst-Schaubühne in der Urania, Invalidenstr. No. 57. Mittwoch, 5. Oktober, ab 8 Uhr: In den Ateliers. Deutscher Meister. Parquet 1 M.

Castan's Panopticum. Neu!! Neu!! Lebendig begraben!!

W. Noack's Theater. Brunnstr. 16. Heute, Mittwoch, den 5. Oktober cr.: Wegen Privatfeiern keine Vorstellung. Morgen, Donnerstag: Die Tochter des Herrn Fabricius. Schauspiel in 4 Akten v. Blüchardt.

Circus Busch. Mittwoch, den 5. Oktober 1898, abends 7 1/2 Uhr: Soirée équestre. Kultur. v. Hrn. Franz Gebhardt, Ritter v. p., bisheriger Chef der I. Ispanischen Hofreitschule in Wien, auf dem Vapionerhengst Napoleons-Radcoll.

Herren-Strohhut-Brand! Einen ersten Arbeiter, der jahrelange Thätigkeit in nur Herren-Strohhut-Fabriken nachweisen kann und in allen Arbeiten vollständig firm ist, sucht bei hohem Gehalt Albert Goldstein, Breslau.

Arbeitsmarkt. 1 Goldarbeiter, geht auf jede vorzunehmende Arbeit, bez. Drillen und Vincenz, selbständige, gute Stellung, hoher Lohn, für sofort, Berlin. Besteckarbeiter nach außen, 2 Fasser u. einen guten Goldarbeiter für Berlin u. 1 Goldpollerin. 72/13 Arbeitnachweiser Deutscher Gold- u. Silberarbeiter Holzmarktstraße 8. Geübte Papier- u. Pappenzuschneider auf Partien verlag. Wolff, Neue Friedrichstr. 48. 1333b Falzerinnen verlag. Frydrychowicz, Grünstr. 4, II. Thätige Kalkschläger verlag. Wilmerdorff, Durlacherstr. 15. 1392b

Achtung, Holzarbeiter! Bei der Firma Fork, Kretschmar u. Co. Barnimstr. 13. (Magazin Jannowitzbrücke), haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Jede Verhandlung ist seitens der Firma abgelehnt. Zuzug erhalten! Die Erbverwalter. 108

Bierfutscher, schätiger, für eine Brauerei oder jähriger Bier, der bereits mit Erfolg thätig war, wird bei hohem Lohn gesucht. 1378b

Gasglühlicht. Fachleute zum Montiren, gewandt im Verkehr mit dem Publikum werden gesucht. Deutsche Gasglühlicht-Akt.-Gesellsch. Molkenmarkt 5.

Schneider auf Röde, Paletots u. Jaquets finden dauernde Beschäftigung. Probes Arbeit vorlegen. M. B. Rosenthal u. Co. 54/12 Kaiser Wilhelmstr. 48.

Feuerversicherungs-Agenten werden von alter, deutscher Gesellschaft allerwärts gegen hohe Provision gesucht. 1047b

Thätig. Fahrrad-Reparateur mit guten Empfehlungen gesucht. Lothringerstr. 48 von 2 bis 6 Uhr Nachmittag. 1392b

# Achtung! Schöneberg. Achtung!

Am Mittwoch, den 5. Oktober 1898, abends 8 Uhr, im Klubhause, Hauptstrasse 5-6:

## Oeffentl. Versammlung für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

Unsere Forderungen im Stadtparlament. Referenten: Buchbinder H. Schubert und Stadtverordneter E. Obst. 203/13  
Um jährliches Erscheinen wird dringend ersucht. Die Genossen werden hiernächst nochmals ersucht, heute, Mittwoch, abends 7 Uhr, bei Schulz, Bahstr. 35, zu erscheinen.

# Arbeiter-Bildungsschule.

Donnerstag, 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Louisenhof“, Buckowstr. 9, Ecke Dresdenstrasse, 2 Tr.:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Wahl zweier Revisoren und einer Kommission zur Vorbereitung des Stiftungsfestes. 3. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegengenommen. Zahlreichen Besuch erwartet.  
Der Vorstand.

### Orts-Krankenkasse

## für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Nach §§ 44 und 45 des Kassensatzes besteht die Generalversammlung aus Vertretern der Kassensmitglieder und Arbeitgeber, dazwischen die Wahl derselben in Abtheilungen erfolgt. — Es bilden die Mitglieder der ersten und der zweiten Klasse je eine Abtheilung.  
Die Kassensmitglieder haben die Vertreter aus ihrer Mitte zu wählen, während die zu Beiträgen verpflichteten Arbeitgeber nach Geschäftsführung oder Betriebsort zu Vertretern wählen und in der Wahlversammlung sich durch solche vertreten lassen können.  
Die Zahl der zu wählenden Vertreter ist nach Bestimmung des Mitgliederstandes folgende:

Es sind zu wählen pro 1898/99

in der ersten Klasse (männliche Mitglieder über 16 Jahre) 264 Vertreter, zweite Klasse (weibliche) 65

von den Arbeitgebern 150

Der Vorstand ladet zur Vornahme der Wahl der Delegirten die Mitglieder der ersten Klasse auf

Sonntag, den 23. Oktober cr., vorm. 10 1/2 Uhr

Louisenst. Konzerthaus, Alte Jakobstr. 97 (Wahlst. präz. 11-12 Uhr)

ergerneit ein und ersucht um zahlreiche Betheiligung.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassensmitglieder, welche großjährig und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Zur Legitimation dient das Quittungsbuch, und werden die Herren Druckerei-Kassierer gebeten, dasselbe quittiert den oben aufgeführten Mitgliedern behufs Theilnahme an der Wahl auszuhändigen.

Die Arbeitgeber wählen in ungetheilter Wahlversammlung am

Mittwoch, den 26. Oktober cr., abends 8 Uhr, im Restaurant Feuerstein (Gartenfaal), Alte Jakobstr. 75, und ladet der unterzeichnete Vorstand ebenfalls zu zahlreicher Betheiligung ein.

Berlin, den 1. Oktober 1898. 13809  
Der Vorstand  
der Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.  
Otto Walter, Vorsitzender. Robert Thiele, Schriftführer.

# Achtung!

## Delegirte der Neuen Maschinenbauers-Krankenkasse!

Am Sonntag, den 9. Oktober cr., findet die Besichtigung der Lungenheil-Anstalt am Grabowsee statt. — Treffpunkt Siedlitzer Bahnhof vormittags 8 Uhr 30 Min. Abfahrt 8 Uhr 50 Min. 13858  
S. A.: Franz Engelmann, Strahmannstr. 25.

Donnerstag, den 6. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Rantenberg's Festsaal, Oranienstr. 180:

## Grosser Damen-Vortrag

13886] über:  
Frauenkrankheiten, Heilung u. Verhütung der Operationen durch das Naturheilverfahren v. Thure Brandt. Massage.  
Der Vortrag wird erklärt an 2 Meter hohen Lichtbildern vom Naturarzt E. Lindemann, hinsichtlich nicht approbirt. Nur Damen haben Zutritt.

**Elektromonteur-Kursus.**  
Praktische und technische Ausbildung. 1312b  
Montag, Mittwoch und Freitag, abends 8-10 Uhr.  
Soydelstrasse 30a.

# Möbel auf Theilzahlung

## und Wohnungs-Einrichtungen bei bescheidener Anzahlung

und auf Jahre hinaus vertheilten Ratenzahlungen. Bei Zahlungsschwierigkeiten grösste Rücksicht. Stets enormes Lager v. einfachst. b. feinst. Genre.

**Central-Möbel-Halle** 52992\*  
Kommandantenstrasse 51, Ecke Alexandrinenstrasse.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:  
Verkauf frisch gef. schw. perlj. und finn. Fleisches.

Rindfleisch . . . pro Pfd. von 30 Pf an, Schweinefleisch . . . 40 Pf. [6131L\*  
Verwaltung der Kochanstalt Stadt, Schlachthof

## Gardinenhaus L. Loewenthal,

Kein Laden! 101. Grüner Weg 101, 1. Etage! Teppiche, Steppdecken, Gardinen spottbillig!

## Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 131.

Kaufleute H. & M. Lewent. Beamten Zahl. Bed. ohne Anzahl.

## Dr. Thompson's Seifenpulver

ist das beste 53/13\*

und im Gebrauch billigste und bequemste Waschmittel der Welt.

Carl H. Klippstein & Co.  
Waberei und Versand-Geschäft  
Mühlhausen  
I. Thür. No. 11.

Grünfärbende, Färbemittelstoffe; Roland Ebeviot, Herren-Anzug- u. Kleiderstoffe; sowie unzerwuschene u. schiffbare Spezialitäten sind, \* was vielfache Anerkennungen bewiesen, unerreicht.

Unvergleichliche Collection von Damen- und Herrenstoffen, sowie Portieren steht auf Wunsch franco zur Verfügung.

## Möbel und Polsterwaaren. Reelle Arbeit.

Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. 56789\*  
Franz Tutzauer, Brunnenstr. 152.

## Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben

Grösste Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Bekleidungs- u. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Ladengeschäft bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

Verpackung frei!  
**Große Betten 12 Mt.**  
Doppelbett, Unterbett, 2 Kissen, mit neuen gereinigten Federn, bessere 15 u. 18 Mt., 1 1/2 schläfrige 19,50, 20, 24 Mt. mit guten Federn. Gutes Daunendbett nur 27 Mt. empfiehlt und verleiht unter Nachnahme die Bettfedern- und Bettensabrik von  
**D. Feibel,**  
Berlin N. 61719\*  
Chausseestr. 111.  
Preislisten frei!

Herren- und Knaben-Hüte, Kinderhüte  
nicht einzeln ab Fabrik 60000\*  
Markusstr. 50, Werkhof.  
Sonntags nicht geöffnet.

# PATENTE

Gebrauchsmuster in allen Staaten erwirkt und verworther, Waarenzeichen besorgt  
**Allgemeines Patent-Bureau**  
Berlin W., Jägerstrasse 69  
Ankunft, Rath, Prospekt gratis.  
Zähne v. 2 Mark event. Theilzahlung.  
Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.

## Möbel-Kaufhaus

Die Möbelfabrik Neue Schönbauerstr. 2, zwischen Ringstr. und Rosenhaldenstr. (früher Rosenhaldenstr. 13) verkauft in den neuerbauten Fabrikgebäude und Seitengebäude, erste und zweite Etage, Möbel zu jedem annehmbaren Preise. Auch für weniger Bemittelte halte ich stets Lager von einfachen Einrichtungen schon von 150-300 M. Eventuell gebe ich an sichere Deute Kreditkationen gegen Theilzahlungen unter sonstigen Bedingungen, Beamten ohne Anzahlung. Eigene Tapezier- und Dekorationswerkstatt. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Vorräthe vertrieben gewesener, zum Theil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer, Ruhzimmer oder Plaisanzsäle, Kleiderkabinen u. Vertikows, 16 Mark, Korridorlampen 20, Kucheltische, Kleiderstühle 32, Vertikows mit Matrize und Kissen 21, französische Plaisanzstühle mit Sprungfedern, Matrize und Kissen 48 Mark, Kommoden 16, Spiegel 9, Säulen-Trümele 48, Divan mit Sitzbank 30, Garnituren, Paneelepphän, Salonkränze, Ankleidekränze mit Spiegelstühlen, Korbbetten, Herrenschreibtische, Teppiche, Garderobenschränke, Bücherkränze u. sowie alle Arten Hochmöbel. Braunkette erhalten Hochzeitgeschenk. Beichtigung meiner ausgedehnten Verkaufsräume, Lichtleit ohne Kaufzwang jederzeit gestattet und erbeten. Gelassene Möbel können beliebige Zeit stehen bleiben und werden durch eigene Gespanne sauber transportirt und aufgestellt, auch nach außerhalb. 59852

## Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Klein-Verkauf für Berlin. Dieselbe ist in schönen praktischen dunkelgrünen und braunen Streifen edelfarbig gedruckt. Eine außerordentlich starke Waare, sehr feste Kapputze, haltbare Nähte, breite, tiefe Leder-Pilot-Taschen, ein hohes bequemes Gefäß, richtig weit gearbeitete Schenkeltheile verleihen der Hose die höchsten Vorzüge. Der Hosenbund ist hinten und vorn aus einem Stück gefertigt, ein Reithen der angenehmen Bausche ist daher ausgeschlossen. Die Knöpfe sind fest angeheftet, nicht angehängt, so daß dieselben nicht so leicht abfallen können. Trotz all' dieser ganz erheblichen Vorzüge kostet die Hose nur den billigen Preis von  
Bei Einnahme von **4 Mt. 50**  
6 Stück 26 Mt.

Verandt nach auswärts von 20 Mt. an franco. — Bei Bestellungen genügt die Angabe der Bundesweite und der inneren Schrittlänge. Das neuerscheinende 12. Heft: Buch wird franco zugelandt.

## Baer Sohn

Chausseestr. 24a, Brückenstr. 11, Gr. Frankfurterstr. 16.

## Dr. Simmel Moritzplatz,

Spezialarzt f. Haut u. Gharleiden. 10-2, 5-7, Sonntag 10-12, 2-4.

## „Hülfe!“ Ohne ärztliche Untersuchung

kann jede männliche sowie auch jede weibliche Person im Alter vom 14. bis 60. Jahre der Krankenkasse „Hülfe“ für äußerst billige Monatsbeiträge beitreten. Aufnahme kostenlos im Bureau der „Hülfe“, Berlin SO, Stallstr. 82, I (am Schellischen Thor).

## Zentral-Krankenkasse der Zimmerer.

(E. G. Nr. 2, Hamburg.)  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Kassier **Wilhelm Klewe**, Zahlstelle VI, von Tredeburgerstr. 60 nach **Brenzlauner Allee Nr. 41**, parterre, verzoogen ist.  
Der Vorstand.

Warteigenossen u. Freunde zeige ich hiermit an, daß ich **Dresdenerstrasse 58** den Wohnung übernommen habe. **Alex. Kieburg**, früher Reichensbergerstr. 24. 13856

## Anzüge und Paletots nach Maß

von 28 Mt. an, fertig von 12 Mt. an, u. höchsten, modernsten Stoffen, eleg. Ausführung liefert **J. Temporowski**, Schneiderstr. 56, Laden. Bei theurer Anzahl. Theilzahl. gestattet.

Warteigenosse sucht als **Witwenwöher** rd. Logis u. vorn u. nicht zu weit v. Centrum geleg. Offerten unter **F. G** an die Exped. d. Bl.

## Rolandsäle,

Gilgasse Nr. 26, an Vereine z. Sonnabends zu vergeben. 1387b

## Stepdecken

Stepdeck, Gardin, Vorhänge, Betten, Stores, Wäsche, Bettdecken, Winterpaletots, Anzüge, Hosen, montoirnähren, Opernkleid, sehr spottbill. Pfandlethe, Rauberstr. 6.

## Versicherungs-Bureau

Neue Friedenstr. 71 II sucht Agenten für Krankenkassen, Feuer-, Glas-, Versicherungen. 1276b

## Möbel, Spiegel, Polsterwaaren

empfehl. 781b  
**A. Römer**, Ritterstr. 2.

## Möbel, Brennmateriale.

Briquet Henckel's Werke, 7, per 1000 Stk. 7,-  
Briquet Henckel's Werke, 6, per 1000 Stk. 6,-  
Grube Jena, 6, „ „ 5,-  
Druck pro Zentner 0,55,  
liefert ab Wag (Zahlung billigt berechnet) Wallestr. Nr. 12 und Quingowstr. Nr. 88 60002\*

## Flora-Säle

Bernh. Nieft, 17. Weberstr. 17, 1000 Berl. fassend. Balk. neu einger. Sonnabende 29. Oktober, 26. Nov., 10. u. 17. Dezb. frei!

## Vereine.

Die Sonntage der Winter-Saison sind an Vereine zu vergeben. Fris Nagel.

## Carl Becker

Cigarren, Cigarretten, Tabake  
Gerichtstr. 28, Bahnhingang part.

# Zum Umzuge: Ausnahme-Preise!

In unseren Abtheilungen:

# Porzellan-, Steingut-, Glas-, Emaille- und Holz-Waaren.

Zur gefälligen Kenntnissnahme!

Im Laufe des letzten Jahres wurden an unserer Kasse **55 580 Fahrscheine** angenommen und für jedes Stück **10 Pfg.** ausbezahlt. — Wir machen ein verehrl. Publikum darauf aufmerksam, dass wir auch ferner, trotz der enorm billig ausgestellten Waaren, die

## Omnibus- und Pferdebahn-Fahrscheine

bei Einkauf von Mk. 1 — 1 Billet mit 10 Pfennigen,  
" " " " 2 — 2 " " 20 " etc.  
" " " " 10 — 10 " " 1,00 Mk. " etc. in Zahlung nehmen.

**L. Katz & Co.,** Ecke König- und Spandauer Strasse, gegenüber dem Rathhause.